

Jahresbilanz 2018





Es gibt keinen besseren Zeitpunkt als vor Ende der 19. Legislaturperiode, um Bilanz über die fünf vergangenen Jahre zu ziehen. Als ich das Amt des Innenministers 2014 antreten durfte, war noch nicht absehbar, wie weitreichend die neuen Herausforderungen in der hessischen Sicherheitspolitik werden würden. Die Zuwanderung von rund einer Million Menschen in die Bundesrepublik innerhalb eines Jahres hat unsere Gesellschaft verändert. Einerseits haben Millionen engagierte Bürgerinnen und Bürger die Freundlichkeit und Willkommensbereitschaft unserer Gemeinschaft gezeigt. Zehntausende ehren- und hauptamtliche Einsatzkräfte haben – teils bis zur Erschöpfungsgrenze – Tag und Nacht dafür Sorge getragen, dass Männer, Frauen und Kinder ordentlich untergebracht wurden und ein Dach über dem Kopf hatten. Unsere Fähigkeit als Gemeinschaft, sich ändernden Bedingungen anzupassen sowie entschlossen und mit aller Energie gemeinsam Lösungen zu finden, wurde in den Jahren 2015 und 2016 auf beispielgebende Art unter Beweis gestellt.

Eine Schattenseite des in dieser Form nie dagewesenen Zuzugs von Flüchtlingen waren die Versuche von Rechtsextremisten und anderen Ewiggestrigen, die Migrationsfrage zu ihren Zwecken zu missbrauchen. Der untaugliche Versuch, Zugewanderte unter Generalverdacht zu stellen und unsere Gesellschaft zu spalten, ist bis heute nicht gelungen. Die Sicherheitsbehörden des Landes sowie viele Helferinnen und Helfer aus der Zivilgesellschaft stehen mit ihrem wachsamem und engagierten Einsatz dafür ein, dass unsere gemeinsamen Werte verteidigt werden. Wer sich bei uns integriert und am Gelingen unserer Gesellschaft teilhaben will, ist willkommen. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass Flüchtlinge, die sich bei uns nicht an geltendes Recht halten oder Straftaten begehen, wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen.

Für Polizei und Verfassungsschutz hat die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus eine seit dem Bestehen der Bundesrepublik in dieser Form nie dagewesene Gefahr bedeutet, die weiterhin besteht. Hunderte Menschen sind in Europa in den letzten fünf Jahren von fanatischen Islamisten ermordet worden. Die Opfer des feigen Attentats auf dem Berliner Breitscheidplatz werden wir nie vergessen. Wir haben in Hessen frühzeitig gezielt sicherheitspolitische Schwerpunkte auf den Kampf gegen den Terror gelegt. Dank einer

massiven personellen, technischen und materiellen Stärkung der notwendigen Fähigkeiten, verfügen wir heute über die schlagkräftigste Polizei aller Zeiten und einen operativ ausgerichteten Inlandsnachrichtendienst, mit umfassenden Befugnissen, um die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bestmöglich zu schützen. Diese – nicht immer sichtbaren – aber für die Sicherheit der Menschen in Hessen fundamental wichtigen Weichenstellungen konnten dank der unermüdbaren Arbeit unserer Sicherheitsbehörden gelingen. Dabei gingen die täglichen Aufgaben weiter, mit dem Ergebnis, dass Hessen heute eines der sichersten Länder der Bundesrepublik ist und die Kriminalitätsbelastung so niedrig ist, wie seit 40 Jahren nicht mehr. Eine leistungsstarke, innovative und selbstbewusste Polizei wird auch in Zukunft die Basis für die erfolgreiche Sicherheitspolitik in Hessen bilden.

Ich freue mich, hier die fünfte erfolgreiche Jahresbilanz der 19. Legislaturperiode vorlegen zu können und möchte der gesamten hessischen Polizei, dem Landesamt für Verfassungsschutz, den Regierungspräsidien, den vielen ehrenamtlichen Helfern aus Feuerwehr, Katastrophenschutz und Sportvereinen sowie unseren vielen Partnern aus Verbänden und Zivilgesellschaft von Herzen für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung danken. Bedanken möchte ich mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums, für ihre Expertise, ihren Einsatz und dafür, dass ich auf beides immer zählen durfte.

Mein besonderer Dank für fünf Jahre vertrauensvolle Zusammenarbeit und 40 Jahre im Dienst des Landes Hessen gilt Staatssekretär Werner Koch. Seine Erfahrung, sein großes Fachwissen und seine Amtsführung als höchster Beamter des Innenministeriums sind wesentliche Gründe dafür, dass unser Haus heute so gut und erfolgreich dasteht. Für seinen wohlverdienten Ruhestand wünsche ich ihm auch an dieser Stelle von Herzen alles Gute.

Herzliche Grüße



Peter Beuth

Hessischer Minister des Innern und für Sport





Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch berichten im Doppelinterview über ihre Erfahrungen aus den letzten fünf Jahren.

Die 19. Legislaturperiode neigt sich dem Ende. Gibt es da für Sie ein persönliches Highlight, an das Sie besonders gerne zurückdenken?

Innenminister Peter Beuth: Einen einzelnen Moment da rauszugreifen ist natürlich schwierig. Ich erinnere mich zum Beispiel noch genau an meinen ersten „Tag der Polizei“ auf dem Hestentag in Bensheim 2014. Das war schon ein tolles Gefühl, die ganzen neuen Anwärtinnen und Anwärter zu vereidigen. Beeindruckend war da umso mehr, dass sich so viele junge Menschen für die Sicherheit hier in Hessen einsetzen wollen. Ein bleibendes Bild von vielen.

Staatssekretär Werner Koch: Der „Tag der Polizei“ ist ein schönes Beispiel und steht, denke ich, auch symbolhaft für die Arbeit der Sicherheitsbehörden. Alle kommen zusammen, um die Neuen in der Familie willkommen zu heißen. Dabei ist jedem klar, dass man sich für etwas Großes verpflichtet, dem Dienst für die Allgemeinheit.

Waren die Anwärter früher anders als heute, Herr Staatssekretär?

Werner Koch: Nun, wir haben heute deutlich mehr Frauen als früher, aber die Menschen sind immer noch sehr ähnlich. Es sind couragierte junge Leute, die sich für andere einsetzen wollen und bereit sind, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. Mit klaren Regeln aber auch klaren Befugnissen. Die Polizei ist und war schon immer ein Spiegelbild der Gesellschaft. In einer komplexeren Welt wird aber auch das Aufgabenspektrum für die Kolleginnen und Kollegen immer breiter und diverser.

Ist Hessen heute sicherer als noch vor fünf Jahren?

Peter Beuth: Wenn wir auf die objektiven Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik schauen, dann ja. Die Aufklärungsquote ist so hoch wie nie und die Zahl der Straftaten pro Einwohner ist auf den niedrigsten Stand seit 40 Jahren gesunken. Wir haben aber gerade in den letzten Jahren festgestellt, dass das Sicherheitsgefühl einiger Bürger sich nicht mit der Statistik deckt. Da spielen oftmals Angstgefühle im öffentlichen Raum eine Rolle.

Werner Koch: Bürgerumfragen anlässlich unserer kommunalen Sicherheitsinitiative KOMPASS haben das bestätigt. Mit unserem Programm gehen wir deshalb aktiv auf die Städte und Gemeinden zu, um herauszufinden wo dieses Unsicherheitsgefühl herrührt. Dunkle Ecken an Bahnhöfen oder in öffentlichen Parks werden da immer wieder genannt. Da lässt

sich oft schon mit einfachen Mitteln wie einer besseren Beleuchtung eine Verbesserung der Situation erzielen. Hinzu kommen natürlich die klassischen Instrumente wie eine stärkere Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften oder moderne Videoüberwachung.

Sind die Hessen also ängstlicher geworden?

Peter Beuth: Nein, gar nicht. Auch das zeigen repräsentative Umfragen. Das allgemeine Sicherheitsgefühl ist auch bemerkenswert stabil geblieben, wenn man bedenkt, was in den letzten Jahren alles passiert ist. Wenige Wochen nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz fühlten sich vier von fünf Hessen trotzdem sicher. Mein Eindruck aus vielen Gesprächen mit Polizisten und Bürgern ist, dass der Großteil der Bevölkerung sehr differenziert mit der Frage umgeht. Das zeigt, dass die Menschen unseren Sicherheitsbehörden vertrauen und das auch zurecht. Die Polizei ist heute bestens ausgerüstet und kann flächendeckend gegen eine terroristische Bedrohung oder beispielsweise eine Amok-Lage reagieren. Wir haben mit unseren Stellenpaketen eine massive personelle Verstärkung der Kollegen eingeleitet. So viele Polizisten wie heute gab es noch nie. Darauf wollen wir aufbauen

Werner Koch: Wenn ich daran denke, wozu unsere Analyseplattform hessenDATA fähig ist, dann ist das im Vergleich zu den letzten Jahren ein Quantensprung. Die Bedrohungen der Inneren Sicherheit sind nicht unbedingt viel größer als früher, sie sind aber in einer global vernetzten Welt viel komplexer geworden. Aufgabe der Politik ist es deshalb immer, den Sicherheitsbehörden die richtigen Instrumente in die Hand zu geben, damit sie Schritt halten können oder bestenfalls sogar voraus sind. Dafür haben wir die Weichen gestellt.

Peter Beuth: KLB-operativ, unsere Prognosesoftware gegen Wohnungseinbrecher ist da ein schönes Beispiel. Idealerweise wird es uns gelingen – dank der intelligenten Software – noch vor Ort den Täter dingfest zu machen.

Können sich die Bürger für mehr Sicherheit engagieren?

Werner Koch: Viele machen das ja schon, etwa beim Freiwilligen Polizeidienst. Der Brand- und Katastrophenschutz wird bis auf die Profis in den großen Städten ausschließlich von Ehrenamtlichen getragen. Insofern machen unsere Bürgerinnen und Bürger schon sehr viel dafür, dass wir in Hessen sicher leben können.

Peter Beuth: Wenn es darum geht, Kriminalität zu verhindern oder Verbrechen aufzuklären, hilft Wachsamkeit uns allen am meisten. Die Polizei ist für die Sicherheit der Bürger zuständig, das ist ihr Auftrag. Offene Augen und Ohren von couragierten Mitmenschen helfen dabei aber ungemein. Das gilt insbesondere für das ganz persönliche Umfeld eines jeden Bürgers. Wer zum Beispiel seine eigenen vier Wände mit einbruchssicheren Fenstern oder Türen ausstattet, macht es für die Sicherheitsbehörden leichter und für Straftäter schwerer. Die Summe der Einzelmaßnahmen steigert dann die Sicherheit insgesamt.

Wie sehr hat sich die Zuwanderung der letzten Jahre auf die Sicherheit in Hessen ausgewirkt?

Peter Beuth: Ich habe schon 2015, als innerhalb weniger Monate hunderttausende Menschen nach Deutschland kamen, gesagt, dass ein Flüchtling erstmal kein Sicherheitsrisiko ist. Dabei bleibe ich auch. Das Zusammenleben mit vielen Menschen, die hier völlig fremd waren, hat auch gezeigt, dass Integrationsfragen wie Sprache und Arbeit dort eine viel größere Rolle spielen. Aber natürlich gab und gibt es unter den Flüchtlingen auch Kriminelle. Wer nicht bereit ist, sich an unsere Regeln zu halten, muss wieder gehen. Wir werden weiter daran arbeiten müssen, Straftäter schnell und konsequent abzuschieben. Das gebietet nicht nur unser Recht, das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Werner Koch: Unsere Hausaufgaben haben wir jedenfalls gemacht. Straffällig gewordene Ausländer werden durch die Polizei und die zentralen Ausländerbehörden in unseren Regierungspräsidien mit hoher Priorität behandelt. Die Justiz und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind auch mit im Boot. Der Fokus liegt auf den Mehrfachtätern. Natürlich wird es nicht gelingen, Straftaten komplett zu verhindern, aber wir müssen so schnell wie möglich ein klares Zeichen des Staates setzen, wenn sich kriminelle Karrieren andeuten.

Peter Beuth: Da ist auch in besonderer Weise der Bund gefordert. Die Herkunftsstaaten müssen ihre Staatsbürger wieder zurücknehmen. Diese eindeutige Haltung muss aus Berlin auch auf internationaler Bühne immer wieder vertreten werden.

Die Sicherheit im Netz ist auch ein Thema, das über Landesgrenzen hinausgeht. Welchen Beitrag kann Hessen da überhaupt leisten?

Peter Beuth: Priorität hat für uns natürlich immer erst einmal die Sicherheit der Daten unserer Behörden und Bürger. Fast alle Angriffe auf unser Landesnetz werden abgewehrt und Datenklau im großen Stil konnten unsere Experten bislang erfolgreich verhindern. Damit wir bei der rasanten technischen Entwicklung Schritt halten können, haben wir ein eigenes hessisches Kompetenzzentrum aufgebaut, das Hessen Cyber Competence Center (Hessen3C). Computer- und Sicherheitsspezialisten von Polizei, Land und Verfassungsschutz arbeiten da noch enger zusammen.

Werner Koch: Wir kümmern uns auch um die Kommunen mit unserem kommunalen Dienstleistungszentrum Cybersicherheit. Bei den kostenlosen Beratungen bekommen Städte und Gemeinden wichtige Hinweise, wie sie ihre Daten besser schützen können. Fünf Millionen Euro haben wir dafür zur Verfügung gestellt und mehr als 260 Kommunen machen mit, das sind schon über 60 Prozent.

Land und Kommunen stehen noch vor anderen Herausforderungen. Ab 2020 gilt die Schuldenbremse, sind wir dafür gerüstet?

Peter Beuth: Heute bin ich der Überzeugung das wir es sind. Das war aber kein leichter Weg, weder für das Land noch die Städte und Gemeinden. 2014 war die überwiegende Mehrzahl der hessischen Kommunen über beide Ohren verschuldet. Heute erreichen nahezu alle den jährlichen Haushaltsausgleich. In diesem Jahr können 97 Prozent aller Kommunen, den Haushalt ausgleichen. Sie geben nur so viel Geld aus, wie sie auch einnehmen. Die Defizite wurden in vielen Fällen durch kurzfristig aufgenommene sogenannte Kassenkredite gedeckt. Diese „überzogenen Girokonten“ belasteten die Haushalte wiederum zusätzlich mit Zinsen. Generationengerechtigkeit war damit nicht zu erreichen.

Werner Koch: Die Praxis, sich mit Kassenkrediten über Wasser zu halten, hatte ungesunde Dimensionen angenommen. 2014 hatten die hessischen Kommunen ihre Konten in Höhe von 6,4 Milliarden Euro überzogen. Dank des vollzogenen Paradigmenwechsels und der Chance zum Neustart durch die sogenannte „Hessenkasse“ steht 2018 an dieser Stelle eine „schwarze Null“. Die Lage der Kommunalfinanzen hat sich also im Vergleich zu 2014 fundamental verbessert. Die Kommunen können jetzt sogar wieder Polster für schlechtere Zeiten schaffen und gezielt investieren. Ende 2017 verfügten bereits 42 Prozent der hessischen Kommunen wieder über eigene Rücklagen in Höhe von 2,9 Milliarden Euro.

Immer wieder ist von Kindern, die nicht mehr rückwärts laufen können die Rede. Sind wir wirklich so unспортlich geworden?

Werner Koch: Was das Freizeitverhalten heute angeht, dann hat der Sport schon deutliche Konkurrenz bekommen. Dass viele Kinder Probleme haben, einen Purzelbaum zu machen oder rückwärts zu laufen, höre ich auch bei meinen Gesprächen mit Vereinsvertretern immer wieder. Aber nicht nur Kinder, auch ältere Menschen und insbesondere auch Berufstätige, sollten sich mehr bewegen. Wir brauchen ein Instrument, um die motorische Entwicklung von Kindern wissenschaftlich valide zu identifizieren und die Bewegung von Kindern ganz konkret zu verbessern. Dafür bringen wir den Hessischen Bewegungsscheck an den Start. Kinder der dritten Klasse werden mit einfachen Übungen auf ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten getestet. Die Ergebnisse werden dann analysiert und den Eltern ganz gezielte Bewegungsangebote an die Hand gegeben.

Peter Beuth: Die Rolle des Landes ist beim Sport immer den Vereinen, Schulen oder Familien Möglichkeiten zu eröffnen, sich mehr zu bewegen. Das Land betreibt zwar keine Fitnessstudios oder Schwimmbäder, aber wir fördern die Kommunen mit eigenen Programmen, bestehende Sportstätten zu sanieren oder neue zu bauen. Dabei spielt natürlich das Ehrenamt eine überragende Rolle. Gleiches gilt im Übrigen für den Brand- und Katastrophenschutz. Fast jeder Feuerwehrmann und jede Feuerwehrfrau kommt dieser wichtigen Aufgabe freiwillig nach. Wir als Land unterstützen die rund 70.000 Freiwilligen am meisten mit einer starken und planbaren Finanzierung von Fahrzeugen und Feuerwehrhäusern. Aber genauso wichtig ist es, dieses Engagement anzuerkennen und danke zu sagen. Dafür haben wir eigene Orden- und Ehrenzeichen und Kampagnen, damit der Bürger auch mitbekommt, was die vielen Ehrenamtlichen in Hessen alles Tolles leisten.

INHALTS- VERZEICHNIS

Thema	Seite
Einführungen	
Vorwort Peter Beuth, Hessischer Innenminister	3
Interview mit Innenminister Peter Beuth und Staatssekretär Werner Koch	4
Themen, die bewegten	
Hessen ist noch sicherer geworden	10
Hessens Polizei ist so gut ausgestattet wie noch nie zuvor	13
Hessens KOMPASS für mehr Sicherheit	17
Asyl - Freiwillige Ausreisen und Abschiebungen	18
Rekordinvestitionen für den Schutz der Bevölkerung	19
Schon 97 Prozent der hessischen Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt	22
Sport: Über 45 Millionen Euro für das Sportland Hessen	24
Hessen: Beschäftigte fahren auch 2019 kostenlos im ÖPNV	25
Januar	
Courage gegenüber Hilfsbedürftigen gezeigt	26
Oberzent - Hessen hat ab sofort 423 Kommunen	26
Reaktionsfähigkeit der Polizei landesweit gestärkt	27
Weitere Adresse für die Sicherheit in Frankfurt eingeweiht	28
Drohnen-Pilotprojekt gestartet	29
Februar	
Digitalfunknetz wird mit Hochdruck weiter ausgebaut	30
404 Anwärter nehmen ihr Polizeistudium auf	31
Top-Aufklärungsquote, geringste Straftaten	32
Nicht nur Heusenstamm stärkt Sicherheit durch Videoschutzanlagen	34
310 Aktive Sport-Coaches helfen bei der Integration	35
Olympische Winterspiele: Sportland Hessen vorbildlich repräsentiert	35
März	
Extremisten konsequent Waffen entziehen	36
Regierungserklärung: Sicherheit braucht Verantwortung	36
Unterstützung für Friedensmission in Ghana	37
Stadtwache der Kommunalpolizei in Darmstadt eröffnet	37
Sicherheitsbehörden haben Reichsbürger-Szene fest im Blick	38
Innenminister informiert sich in KOMPASS-Modellkommune	39
Land schob erstmals Islamisten nach § 58A ab	39
Niedrigste Zahl Verkehrstoter aller Zeiten	40
Frankfurter Branddirektor in den Ruhestand verabschiedet	41
April	
Rekordsummen für die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehren	42
Zukunft des Brandschutzes steht auf sicheren Füßen	43
Staatssekretär besucht Projekt „Mehr Feuerwehr in Schulen“	44
„Klarer Auftrag auch für Vereine“	45
Mehr Präsenz in der Innenstadt von Wiesbaden	45
Ressourcenschonende Ausbildung	46
Hessische Abschiebebehafteinrichtung in Betrieb	47
Mai	
Familienfreundlichkeit wird großgeschrieben	48
Sicherheitsprogramm künftig in ganz Hessen verfügbar	49
Deutscher Radklassiker mit exzellentem Ruf	50
Besuch beim Tag des Behindertensports	50
Hochwasserschutz im Rheingau gestärkt	51
Förderrichtlinien veröffentlicht: SWIM modernisiert Hessens Bäderlandschaft	51
1.100 neue Kommissaranwärterinnen und -anwärter vereidigt	52

Juni	
Leistungssport in Hessen nachhaltig gestärkt	54
Startschuss für das Projekt „Starker Sport. Starker Verein.“	54
3.300 Kinder beim Landeskinderturnfest	55
Landestagung des WEISSEN RING e.V.	56
Feiertag für den Katastrophenschutz in Hessen	57
Sommerkampagne zum Schutz der Bürger	58
Feuerwehr Niedernhausen: Neues Drehleiter-Fahrzeug übergeben	58
Juli	
Hessische Polizei führt neue Software ein	59
Hessische Polizei ist gut gerüstet für die Zukunft	60
Innenminister Peter Beuth prämierte Klaus Boida	61
Verfassungsschutz ist schlagkräftig wie nie zuvor	62
Polizei und Rettungswache in Maintal unter einem Dach	63
„Hilfe für Helfer e.V.“: Verein übergibt 40.000 Euro an Hinterbliebene	53
August	
Starterpaket als Begrüßungsgeschenk	64
Pilotprojekt zur Sensibilisierung von Lkw-Fahrern gestartet	64
Finanzhilfeaktion für Unwettergeschädigte in Limburg-Weilburg	65
Rund 180 Kommunen wurden Kunden der Hessenkasse	66
Neue Tartanbahn im Sportpark Neu-Isenburg eingeweiht	67
Grundstein für modernen Neubau gelegt	68
Herausragendes Engagement ausgezeichnet	69
September	
Neues Löschboot für die Hanauer Feuerwehr	70
Meilenstein für die Hessische Jugendfeuerwehr	71
Auch Rotenburger Fuhrpark wird modernisiert	72
HLF 10 für die Brandschützer aus Waldems-Esch	72
Bessere Energiebilanz auch bei der Polizei in Eschwege	73
Werner Koch ehrt beste Auszubildende	73
Start des größten E-Projekts bei der hessischen Polizei	74
Land hilft Kommunen bei der Zukunftsgestaltung	74
Oktober	
Moderne und innovative Behörde wird umbenannt	75
Nächste Etappe der Ausstattungsoffensive	76
Weiter reger Zuspruch für Sicherheitsinitiative	78
Moderne Polizei mit modernen Einsatzmitteln	67
November	
„Bengalos künftig als Sprengstoff ächten“	80
Extremisten suchen Bündnisse mit Nicht-Extremisten	81
Regierungspräsidien werden „Digitale Modellbehörden“	82
Mareike Thum ist „Hessens Polizeisportlerin des Jahres“	83
Programm „Sport und Flüchtlinge“ gewinnt #BeInclusive Sport Award	84
Dezember	
Waffenverbotszonen in der Landeshauptstadt	85
Solidaritäts-Aktion für Einsatzkräfte in Bad Homburg	86
Land würdigt Einsatz für den Sport	87
Ausgezeichnet	
Unsere Feuerwehren des Jahres 2018	88



THEMEN, DIE BEWEGTEN - Ausstattungsoffensive

HESSEN IST NOCH SICHERER GEWORDEN

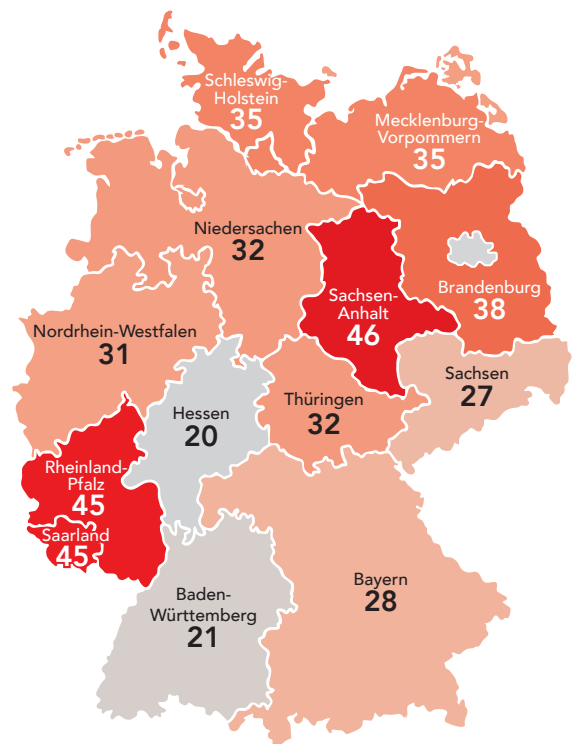
Hessen ist ein sicheres Land. Umfragen belegen, dass sich die Menschen, in keinem anderen Flächenland in Deutschland so sicher fühlen wie in Hessen. Dieses Gefühl der Sicherheit ist berechtigt, wie die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen. Denn Hessen ist auch eines der sichersten Länder in der Bundesrepublik. Die Zahl der Straftaten ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Mit 375.632 erfassten Straftaten wurde für Hessen 2017 die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit fast 40 Jahren gemessen. Bei der so wichtigen Kennzahl über die Kriminalitätsbelastung, der sogenannten Häufigkeitszahl, die Auskunft darüber gibt, wie viele Straftaten im Verhältnis zu 100.000 Einwohnern erfolgt sind - und somit eine gewisse Vergleichbarkeit ermöglicht, steht Hessen im bundesweiten Vergleich auf dem dritten Platz.

Bundesweit wurden im vergangenen Jahr 57,1 Prozent der Straftaten aufgeklärt. In Hessen lag die Aufklärungsquote bei 62,8 Prozent. Das ist die höchste gemessene Aufklärungsquote des Landes seit Bestehen der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahr 1971. Vor zwanzig Jahren wurde noch weniger als die Hälfte der Fälle (1998: 47,4 Prozent) aufgeklärt.

Polizeiliche Kriminalstatistik in Hessen

	2014	2015	2016	2017
Straftaten	396.931	403.188	412.104	375.632
Aufklärungsquote	59,3 %	59,9 %	62,7 %	62,8 %

ANGST VOR STRAFTATEN IM BUNDESVERGLEICH



Prozentsatz der Befragten die angeben, Angst vor einer Straftat zu haben.



Quelle: „Die Ängste der Deutschen 2018“-Studie der R+V Versicherung



- Eine der geringsten Kriminalitätsbelastungen im Bundesvergleich.
- Höchste Aufklärungsquote von Verbrechen seit 1971.
- Platz 1 beim Sicherheitsempfinden innerhalb der Bevölkerung.

In der vergangenen Legislaturperiode wurden so viele zusätzliche Polizisten eingestellt, wie noch nie. Bis 2022 wird der Personalkörper der Hessischen Polizei auf 15.290 Polizeivollzugsbeamte ansteigen, ein Stellenplus im Vergleich zu 2014 von elf Prozent.

20 Prozent weniger Wohnungseinbruchdiebstähle

Dank eines umfangreichen Maßnahmenpakets der Polizei ging der Wohnungseinbruchdiebstahl in den vergangenen Jahren um mehr als 20 Prozent zurück. Ein Einbruch in den eigenen vier Wänden ist für die Opfer, neben dem materiel-

len Verlust, oftmals eine psychische Belastung. Jeder Einbruch ist einer zu viel, aber die positive Entwicklung in der Aufklärungsquote als auch in der absoluten Zahl der Wohnungseinbrüche ist dennoch bemerkenswert. Hessen hat den Wohnungseinbrechern den Kampf angesagt.

Kriminalität in den Bundesländern Straftaten 2017 nach Bundesländern

	Straftaten pro 100.000 Einwohner		Veränderung zum Vorjahr in Prozent
Berlin	14.588	-8,5%	
Hamburg	12.480	-5,6%	
Bremen	11.960	-11,7%	
Sachsen-Anhalt	8.342	-5,0%	
Sachsen	7.917	-0,5%	
Nordrhein-Westfalen	7.677	-6,5%	
Saarland	7.110	-8,0%	
Brandenburg	7.015	-5,8%	
Mecklenburg-Vorpommern	6.850	-10,3%	
Thüringen	6.637	-4,0%	
Niedersachsen	6.621	-9,1%	
Schleswig-Holstein	6.557	-8,5%	
Rheinland-Pfalz	6.191	-8,3%	
Hessen	6.046	-8,9%	
Baden-Württemberg	5.295	-4,8%	
Bayern	4.868	-28,7%	



Durch die Prognose-Software „KLB-operativ“ können Einbruchsserien professionell agierender Serientäter leichter erkannt werden. An potentiellen Brennpunkten lassen sich Polizeikräfte effektiver bündeln.

Straßenkriminalität halbiert

Auch die Straßenkriminalität konnte dank entschlossener Polizeiarbeit in der vergangenen Legislaturperiode messbar eingedämmt werden.

Die Zahl der Fälle hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre halbiert (1998: 127.426; 2017: 67.892), während sich die Aufklärungsquote nahezu verdoppelt hat (1998: 13 Prozent; 2017: 23,6 Prozent). In die Kategorie Straßenkriminalität fällt eine Vielzahl von Delikten, die im öffentlichen Raum begangen werden. Rückgänge wurden im Vergleich zu 2016 beim Taschendiebstahl (- 1.893 Fälle / - 24,8 Prozent), Diebstahl aus Kraftfahrzeugen (- 2.104 Fälle / - 9,8 Prozent), Diebstahl von Fahrrädern bzw. der „unbefugten Ingebrauchnahme“ (- 1.494 Fälle / - 9,8 Prozent) sowie bei Sachbeschädigungen auf öffentlichen Straßen (- 633 Fälle / - 13,5 Prozent) registriert.

Neben einer starken polizeilichen Präsenz im öffentlichen Raum bildeten die modernste Ausstattung für die Sicherheitsbehörden, optimale rechtliche Rahmenbedingungen sowie der Ausbau moderner Videoüberwachungsanlagen in den Städten und Gemeinden wichtige Bausteine der nachhaltigen Sicherheitspolitik der Landesregierung.

Maßnahmen gegen Einbruchsdiebstahl

- ✓ anhaltend hoher Kontrolldruck
- ✓ jährlich rund 8.000 kostenlose kriminalpolizeiliche Beratungen für Bürger
- ✓ erfolgreiche Länderkooperation mit täterorientierten Ermittlungen
- ✓ härtere Strafen für Einbrecher
- ✓ bundesweit einzigartige Prognosesoftware KLB-operativ



THEMEN, DIE BEWEGTEN - Ausstattungsoffensive

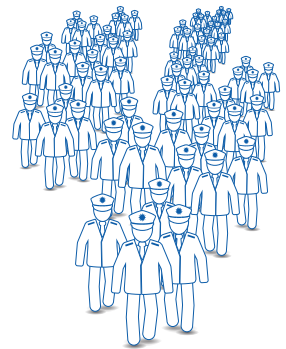
HESSENS POLIZEI IST SO GUT AUSGESTATTET WIE NIE ZUVOR



Angesichts einer anhaltenden Bedrohungslage durch den internationalen Terrorismus, unserem Anspruch organisierte Kriminalität mit aller Härte zu bekämpfen und die hessische Polizei flächendeckend zu entlasten, hat die Hessische Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode 1.520 zusätzliche Stellen geschaffen. Das ist ein historisches Stellenplus von elf Prozent innerhalb einer Legislaturperiode.

Diese Entscheidung der Landesregierung, die Polizei massiv personell zu stärken, fiel bereits im Jahr 2014 mit der Verabschiedung des Haushalts. Bis dahin wurden immer so viele Anwärterinnen und Anwärter pro Jahrgang eingestellt, wie nötig waren, um die Ruhestandsversetzungen ausscheidender Kolleginnen und Kollegen zu kompensieren. Ein Anspruch, die Hessische Landesregierung schon lange an seine Sicherheitspolitik gestellt hat. Mit der Kompensation der Ruheständler war sichergestellt, dass sich die Anzahl der Polizeivollzugsbeamten in Hessen immer auf einem gleichbleibend hohen Niveau bewegt. Durchschnittlich waren hierfür zwischen 450 und 500 Neueinstellungen nötig – je nachdem, wie viele Beamte den Dienst am Ende ihrer Karriere pro Jahr verließen.

Um die Bevölkerung in Hessen bestmöglich zu schützen, hat das Land frühzeitig reagiert und seine Sicherheitsbehörden massiv personell und materiell gestärkt. Heute sind Polizisten für besondere Einsatzlagen gerüstet und werden intensiv taktisch geschult.



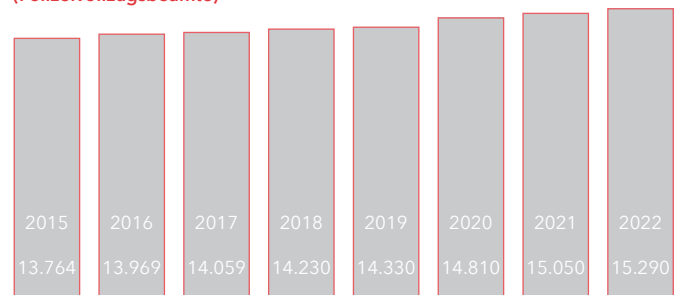
Damit Hessen sicher ist und bleibt, hat die Hessische Landesregierung die personelle Verstärkung der hessischen Polizei von Anfang an konsequent vorangetrieben. 2015 nahmen 140 zusätzliche Anwärter ihr Studium auf – diese Kolleginnen und Kollegen sind mit dem Studium fertig und bereits in den Dienststellen angekommen. 300 weitere Anwärter kamen bei den Einstellungen in 2016 hinzu und werden ab 2019 für Verstärkung sorgen. Im Jahr 2017 nahmen 860 Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern ihr Studium auf. 2018 wurden auf dem Hessentag 1.100 neue Kolleginnen und Kollegen vereidigt und die hessische Polizei massiv gestärkt (Seite 52).

Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 führt die Landesregierung ihre Politik für eine sichere Zukunft konsequent fort. Für 2018 wurden noch einmal 270 und im Jahr 2019 weitere 240 zusätzliche Stellen für die Einstellung von Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärtern geschaffen. Damit wird die hessische Polizei nach der jeweils dreijährigen Ausbildung im Jahr 2022 über rund 15.290 Polizeivollzugsstellen verfügen, so viele wie nie zuvor.

Schnellere Reaktionszeit dank Not-Interventions-Teams

Aufgrund der terroristischen Bedrohung hat die Hessische Landesregierung seit 2014 den Staatsschutz, die operativen Einheiten, die Spezialeinsatzkommandos und nicht zuletzt die Interventionsteams massiv gestärkt. Heute sind rund um die Uhr 104 Interventionsteams auf Hessens Straßen unterwegs, um im Falle einer terroristischen Bedrohung oder einer Amoklage in kürzester Zeit vor Ort zu sein und das landesweit. Das sind doppelt so viele, wie früher. Diese Frauen und Männer wurden dafür intensiv geschult und mit einer Schutz-

Stellenzuwachs bei der Polizei
(Polizeivollzugsbeamte)



ausrüstung ausgestattet, die einem Kalaschnikow-Beschuss standhält. Die SEKs werden mit 60 Stellen gestärkt, die operativen Einheiten in den Polizeidirektionen haben wir um 100 Kräfte auf insgesamt 600 hessenweit erhöht. Außerdem wurden beim Staatsschutz neue operative Einheiten eingesetzt und die Analysefähigkeit der polizeilichen Extremismus-Bekämpfer mit deutlich mehr Personal und technischen Fähigkeiten wie der bundesweit einmaligen Auswertepattform hessenDATA gestärkt.





Sicherheit hat oberste Priorität

Noch nie wurde mehr Geld von einer Hessischen Landesregierung für die Innere Sicherheit bereitgestellt. Das Land macht damit deutlich, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamten für sie oberste Priorität haben. Im Jahr 2017 hat das Land rund 51 Millionen Euro für neue Fahrzeuge, Dienst- und Schutzbekleidung sowie Dienstwaffen investiert. Im Doppelhaushalt 2018/2019 stehen für Fahrzeuge und Geräte weitere 136,7 Millionen Euro zur Verfügung. Knapp 19 Millionen davon sind für neue Dienst- und Schutzbekleidung vorgesehen. Hinzu kommen zusätzliche drei Millionen für die Ausstattung von Spezial- und operativen Einheiten.

Moderne Ausrüstung

Als Ergänzung der vorhandenen ballistischen Ausstattung (ballistische Schutzweste und ballistischer Hals-/Tiefenschutz) wurden beispielsweise ballistische Schutzpakete beschafft. Die zusätzliche Ausstattung besteht aus ballistischen Schutzhelmen, ballistischen Plattenträgersystemen gegen den Beschuss aus Langwaffen, Splitterschutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets zur Erstversorgung von Schussverletzungen. Zwischenzeitlich wurden ca. 2.000 von diesen Paketen für die hessische Polizei beschafft, weitere Beschaffungsmaßnahmen sind eingeleitet.



PRÄVENTION „MADE IN HESSEN“

Insbesondere mit dem „Hessischen Präventionsnetzwerk gegen Salafismus“ hat Hessen eine bundesweite Vorreiter- und Vorbildfunktion in der Salafismus-Prävention inne. Mit der „Beratungsstelle Hessen“ wurde 2014 erstmals in Deutschland ein Ansprechpartner und eine zivilgesellschaftliche Interventions- und Deradikalisierungshilfe geschaffen. Die hessenweite zentrale Koordinierung von Präventionsmaßnahmen nimmt das „Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus“ (HKE) vor. Das Land hat in der vergangenen Legislaturperiode die Fördersummen für Extremismus-Prävention kontinuierlich ausgebaut. Die in Frankfurt am Main ansässige Violence Prevention Network (VPN) angebundene Beratungsstelle Hessen bietet neben der Ausstiegsberatung beispielsweise Workshops zur Sensibilisierung in Bezug auf Rekrutierungsstrategien von Extremisten für Lehr-

kräfte an. Aktuell wird mit 189 Radikalisierten bzw. Gefährdeten gearbeitet, darunter befinden sich auch Syrienrückkehrer. Über 200 Angehörige, deren Kinder oder Freunde gefährdet sind, werden unterstützend beraten und begleitet. Zudem haben über 180 Beratungsgespräche an Institutionen stattgefunden und es wurden mehr als 220 Workshops z. B. an hessischen Schulen durchgeführt. Aufgrund der steigenden Zahl der Beratungsanfragen wurde im September 2017 eine Außenstelle in Kassel eingerichtet. Darüber hinaus bietet die Beratungsstelle Hessen seit Januar 2018 einmal wöchentlich für drei Stunden Beratungen in Offenbach an.



Innovative Ideen zur Steigerung der Sicherheit

Hessens Sicherheit fußt neben dem Engagement der tüchtigen Polizeibeamtinnen und -beamten auch auf der gezielten Förderung moderner Einsatzmittel zum Schutz der Bevölkerung. Die hessische Sicherheitspolitik hat so in den letzten Jahren innovative Ideen hervorgebracht, die zur stetigen Verbesserung der polizeilichen Arbeit beitragen. Body-Cams, Taser, Drohnen zur Tatort- und Verkehrsunfallaufnahme sowie zur Aufklärung von Gefahrenlagen oder moderne Auswertetechnik wie „KLB-operativ“ gegen Wohnungseinbrecher sind nur einige Beispiele für die Innovationen innerhalb der hessischen Polizei.

Islamistischen Anschlag erfolgreich verhindert - dank HessenDATA

Die hessische Polizei hat nach den Anschlägen von Paris und Brüssel ihre Sicherheitsstrategie 2016-2020 fortgeschrieben und dabei unter anderem das Themenfeld Staatsschutz mit einem umfassenden Maßnahmenpaket fokussiert. Dieses beinhaltet als ein Element die personelle, organisatorische und technische Stärkung der Analyse- und Auswertestellen. In diesem Zusammenhang erschloss sich die hessische Polizei die Analyse-Software „hessenDATA“. Die intelligente Analyseplattform kommt schwerpunktmäßig im Staatsschutz zum Einsatz und sorgte dort schnell für eine deutlich effizientere Bearbeitung komplexer Sachverhalte. So konnte Anfang des Jahres 2018 bereits ein mutmaßlicher Anhänger der Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Eschwege festgenommen werden und ein geplanter Terroranschlag verhindert werden (Seite 59).

INNOVATIONEN DER HESSISCHEN POLIZEI

- ✓ „hessenDATA“ für den Kampf gegen Terrorismus (Seite 59)
- ✓ Prognose-Software „KLB-operativ“ landesweit im Betrieb gegen Einbrecher
- ✓ Mittlerweile rund 400 Body-Cams zum Schutz der Polizei im Einsatz
- ✓ Mittel für Videoüberwachung ausgeweitet (Seite 34)
- ✓ Rund 2.000 Schutzpakete für „Notinterventionsteams“ (NIT) übergeben (Seite 27)
- ✓ Taser zur Deeskalation eingeführt (Seite 52)
- ✓ Drohnen-Pilotprojekt für „Tatort- und Verkehrsunfallaufnahmen“ gestartet (Seite 60)
- ✓ HePolChat eingeführt
- ✓ „Videostreife“ gegen Rettungsgassensünder im Testbetrieb
- ✓ „Videokrad“ gegen Raser auf zwei Rädern
- ✓ Größtes E-Projekt bei der Hessischen Polizei gestartet (Seite 74)
- ✓ KOMPASS-Sicherheitsinitiative (Seite 41)
- ✓ Kompetenzzentrum „Hessen3C“ im Aufbau

Themen, die bewegten - Sicherheitsinitiative KOMPASS

HESSENS KOMPASS FÜR MEHR SICHERHEIT

Das Hessische Innenministerium bietet hessischen Kommunen einen Kompass zur Stärkung der Sicherheit vor Ort. Ziel der bundesweit einmaligen kommunalen Sicherheitsinitiative KOMPASS (KOMMunalProgrAmmSicherheitsSiegel) ist es, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenaue Lösungen für Probleme vor Ort zu schaffen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. Durch Bürgerbefragungen und -beteiligung soll gezielt auch das Sicherheitsgefühl der Hessinnen und Hessen durch individuelle Sicherheitsmaßnahmen gestärkt werden.

Das Interesse an der kommunalen Sicherheitsinitiative des Innenministeriums ist groß. Bis 2018 sind bereits 25 Kommunen zu Sicherheitspartnern und KOMPASS-Kommunen geworden. Über 950.000 Hessinnen und Hessen profitieren bereits vor Ort von passgenauen Sicherheitslösungen. Weitere 28 Kommunen stehen in den Startlöchern. Somit werden bald über 1,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Hessen spürbar mehr Sicherheit durch das kommunale Sicherheitsprogramm des Hessischen Innenministeriums erfahren.

Mehr Personal für Kriminalitätsprävention

Das bundesweit einmalige kommunale Sicherheitsprogramm KOMPASS wurde in Hessen zunächst Ende 2017 in vier Modellkommunen getestet. Nach einer erfolgreichen Pilotphase entschied das Hessische Innenministerium Ende Mai 2018, das Programm allen hessischen Kommunen anzubieten und schaffte dafür zusätzliche Stellen, um die Präventions-

„ Jede KOMPASS-Kommune steht schon jetzt dafür, dass dort in Kooperation mit der Polizei gemeinsam an der Stärkung der Sicherheit gearbeitet wird. Wenn die ausgemachten Probleme angepackt und Lösungen erfolgreich umgesetzt wurden, werden diese KOMPASS-Kommunen mit dem Sicherheitssiegel ausgezeichnet. Die Auszeichnung mit dem Sicherheitssiegel bedeutet nicht, dass dort künftig keine Straftat mehr stattfindet. Das Sicherheitssiegel steht vielmehr dafür, dass die Kommune sich in besonderem Maße für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, deren Sorgen und Ängste aufgegriffen und gemeinsam mit der Polizei Sicherheitsmaßnahmen erfolgreich umgesetzt hat.

PETER BEUTH



arbeit der Polizei im Rahmen von KOMPASS weiter zu stärken. Für KOMPASS weist das Hessische Innenministerium den Polizeipräsidien jeweils zwei zusätzliche Stellen - hessenweit insgesamt 14 - zu, um so den Bereich der Prävention dort weiter zu stärken. Außerdem wurde eine Geschäftsstelle für KOMPASS beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet, die mit ebenfalls zwei zusätzlichen Stellen ausgestattet ist. Darüber hinaus werden 30 weitere „Schutzmäner vor Ort“ landesweit eingesetzt.

Erfolgreiche Sicherheitspartner erhalten KOMPASS-Sicherheitssiegel

Jede KOMPASS-Stadt und jede KOMPASS-Gemeinde wird bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ihr eigenes Sicherheitssiegel erhalten. Zur Evaluierung der Initiative KOMPASS wird das Kommunalprogramm wissenschaftlich begleitet und die erfolgten Maßnahmen ausgewertet (Seite 49 und 78).

Weiterführende Informationen zum **KOMMunalProgrAmm SicherheitsSiegel** finden Sie unter kompass.hessen.de.

Interessierte Kommunen können sich an kompass@hmdis.hessen.de wenden.

Themen, die bewegten - Asyl

FREIWILLIGE AUSREISEN UND ABSCHIEBUNGEN



Menschen, die aus politischen und humanitären Gründen nach Hessen kommen, erhalten Schutz. Diejenigen, die nach Prüfung ihres Asylantrags kein Bleiberecht haben, müssen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Die rasche Rückführung von Personen, die keine Bleibeperspektive haben, hat in Hessen bereits seit dem Sommer 2015 Priorität. Die seit Juli 2018 für Rückführungen zuständigen Regierungspräsidien haben daher auch zusätzliches Personal erhalten, um freiwillige Ausreisen und Abschiebungen zu organisieren. Die Polizei unterstützt mit großem Einsatz der Beamtinnen und Beamten den Vollzug der Ausreisepflicht. Sowohl aus Sicht der Betroffenen als auch aus Sicht der mit dem Vollzug beauftragten Behörden ist eine freiwillige Ausreise immer der Abschiebung vorzuziehen. Deshalb werden in Hessen erhebliche Anstrengungen unternommen, um Menschen bei der freiwilligen Ausreise zu unterstützen.

In Hessen wurde Anfang 2017 die staatliche Rückkehrberatung neu organisiert. Das Ziel der staatlichen Rückkehrberatung ist es, Ausländer über die Möglichkeit einer freiwilligen Rückkehr und dabei insbesondere über behördliche Unterstützung in sachlicher und finanzieller Hinsicht zu informieren. Im Fall einer bestehenden Ausreisepflicht werden den Beratern darüber hinaus noch die Vorzüge einer freiwilligen Ausreise gegenüber einer Abschiebung erläutert. Es hat sich gezeigt, dass viele Asylbewerber eine freiwillige Ausreise erst dann in Betracht ziehen, wenn ihr Asylantrag rechtskräftig abgelehnt wurde und somit eine Abschiebung möglich ist. In diesen Fällen wird die freiwillige Ausreise gegenüber der Abschiebung als vorzuziehend empfunden.

Unabhängig davon hat die Erfahrung aber auch gezeigt, dass eine Vielzahl von Ausländern die Möglichkeit einer Ausreise

BasA-KONZEPT

Um Mehrfach- und Intensivtätern ohne deutsche Staatsangehörigkeit wirksam entgegentreten zu können, setzt die hessische Polizei seit Juli 2016 auf das BasA-Konzept („Besonders auf- und straffällige Ausländer“). In Zusammenarbeit mit den Ausländerbehörden und Staatsanwaltschaften sollen die rechtlichen Möglichkeiten bei der Strafverfolgung und den Maßnahmen zur Ausreise besser und fokussierter ausgeschöpft werden als bisher. Ziel ist es, die Strafverfolgung oder die Rückführung zu beschleunigen. Ohnehin ausreisepflichtige, ausländische Straftäter werden prioritär in ihre Heimat zurückgeführt. Im Jahr 2018 waren dies circa 150 besonders auf- und straffällige Personen, seit Auferlegung des BasA-Konzepts 2016 bis heute insgesamt rund 280 Ausländer.

Mehr als 700 besonders auffällige Straftäter stehen derzeit insgesamt im Fokus der hessischen Ermittler. Im März 2018 wurde zudem erstmals ein Islamist nach dem so genannten Gefährder-Paragrafen von Frankfurt aus in sein Heimatland Tunesien abgeschoben (Seite 39). Er stand im Verdacht, einen Terroranschlag vorzubereiten.

in Anspruch nehmen, obwohl sie nicht ausreisepflichtig sind. Der bestehende Rückkehrwunsch ist dann in der Regel höchst persönlich motiviert. Heimweh bzw. Desillusionierung werden hier als Heimkehrgrund genauso genannt, wie zum Beispiel schwere Krankheit oder der Tod eines nahen Angehörigen bzw. eine eigene schwere Krankheit. In den Beratungsgesprächen wird die Hilfe und Unterstützung der Rückkehrberater bei zum Beispiel der Beschaffung von Passersatzpapieren, der Buchung von Flügen etc. besonders dankbar angenommen. Vielen Rückkehrern ist dies eine große Unterstützung, zumal das Land Sachleistungen zur freiwilligen Ausreise fördert. Hierunter fallen unter anderem Kosten für den Transport von Hausstand sowie Kosten für Übergepäck. Diese schnelle, unbürokratische und an den Bedürfnissen des Einzelfalls orientierte Programm ist ein wichtiger Baustein in der Rückkehrberatung. Für das Programm wurde im vergangenen Jahr rund zwei Millionen Euro bereitgestellt.

Im Jahr 2018 wurden rund 730 Asylsuchende in ihr Herkunftsland und 785 Personen aufgrund der Dublin III-Verordnung in einen sicheren Drittstaat überstellt, da sie nach Prüfung ihres Asylantrags kein Bleiberecht hatten. In über 2.100 Fällen entschieden sich Menschen zur freiwilligen Ausreise.

Jahr	Freiwillige Ausreisen aus Hessen	Abschiebungen aus Hessen
2015	6.701	2.658
2016	6.118	1.717
2017	2.908	1.148
2018	2.540	1.805



Themen, die bewegten – Brand- und Katastrophenschutz

REKORDINVESTITIONEN FÜR DEN SCHUTZ DER BEVÖLKERUNG

Die Förderung bedarfsgerechter Ausstattung hessischer Feuerwehren mit Feuerwehrhäusern und Feuerwehrfahrzeugen ist ein Anliegen der Hessischen Landesregierung und wurde deshalb in den letzten Jahren konsequent ausgebaut. Die Garantiesumme der Feuerschutzsteuer ist im vergangenen Jahr auf 35 Millionen Euro gestiegen. 2019 wird sie sich auf 40 Millionen Euro erhöhen.

Im Vergleich zu den Vorjahren (2016: 12 Millionen, 2017: 22 Millionen) stockte das Land damit seine Mittel in den

Feuerwehrbereich massiv auf, auch um dem großen Ersatzbedarf bei den kommunalen Feuerwehren zu befriedigen. Der Antragsstau, zu dem es bei Förderanträgen vor Jahren gekommen ist, wurde deutlich minimiert. 2017 und 2018 erreichte das Land eine Bewilligungsquote von über 90 Prozent.

Fahrzeuge im Katastrophenschutz verdoppelt

Neben den Förderungen von Fahrzeugen und Häusern hat Hessen seinen Katastrophenschutz in nie dagewesenem Maße gefördert. Es gibt mittlerweile mehr als 600 Landesfahrzeuge im Katastrophenschutz, ihre Zahl wurde damit innerhalb der letzten zehn Jahre mehr als verdoppelt. Hierfür wurden seit 2008 rund 60 Millionen Euro bereitgestellt.

FEUERWEHREN

Insgesamt gibt es derzeit über 2.430 Orts- und Stadtteilfeuerwehren in Hessen, von denen nur wenige (zusätzliche) hauptamtliche Einsatzkräfte. Sechs Berufsfeuerwehren (Frankfurt am Main, Wiesbaden, Darmstadt, Kassel, Offenbach und Gießen) sind im Land mit rund 1.800 Feuerwehrbeamten im Einsatz, die von den Freiwilligen Feuerwehren in den Städten zusätzlich unterstützt werden.

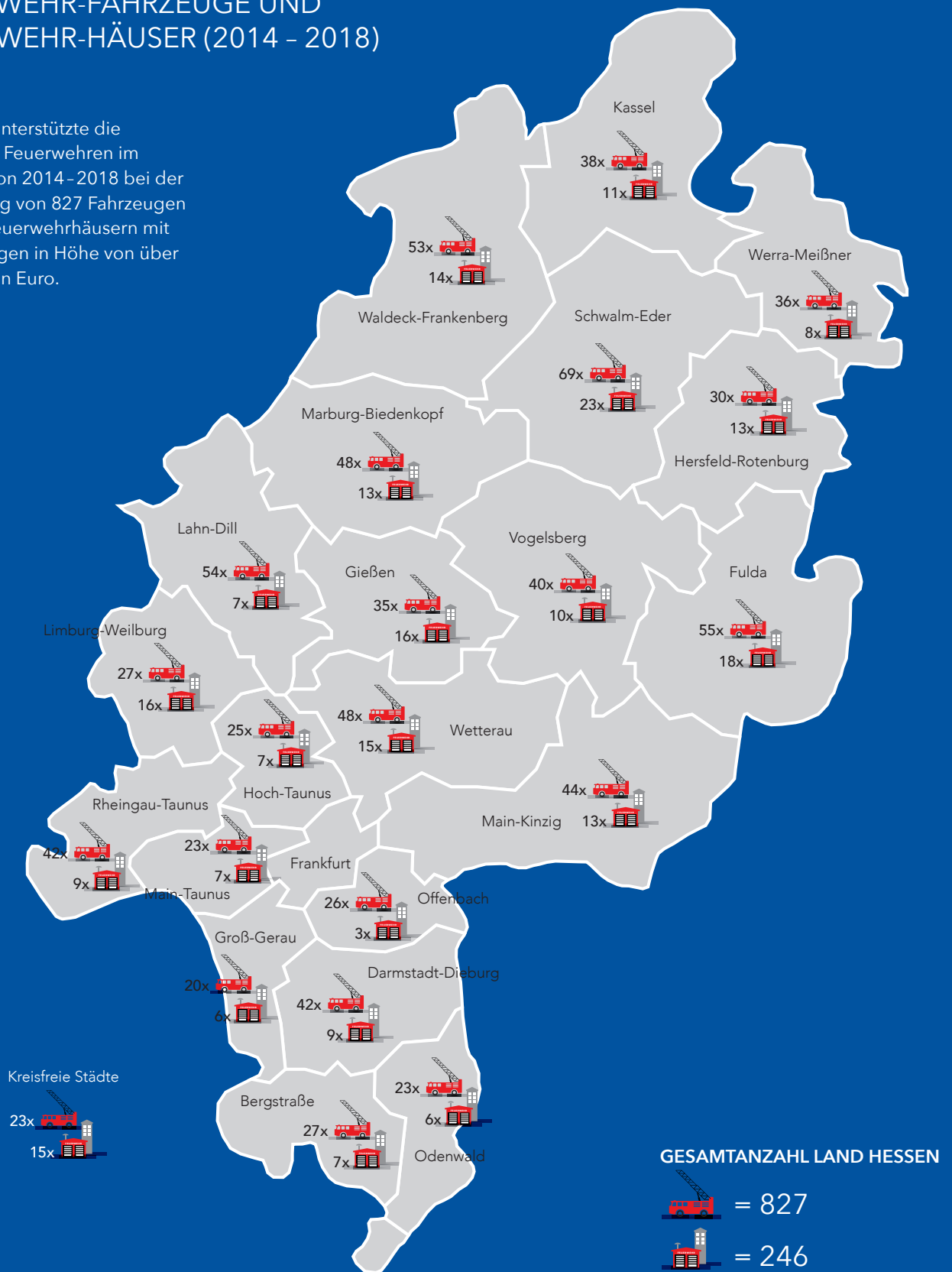
Ansonsten stellen die Freiwilligen Feuerwehren den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe alleine mit ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen sicher. In den Freiwilligen Feuerwehren arbeiteten 2018 insgesamt rund 300 hauptamtliche und rund 70.900 ehrenamtliche Einsatzkräfte.

KATASTROPHENSCHUTZ

Hessen verfügt unter anderem über 52 Betreuungszüge, 42 Sanitätszüge und vier medizinische Task Forces (MTF) sowie rund 400 KatS-Löschzüge. Die im Katastrophenschutz engagierten über 80.000 Angehörigen der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen – Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser Hilfsdienst (MHD) – sowie des THW geben jeden Tag aufs Neue ihr Bestes, um die Bürgerinnen und Bürger des Landes vor Schaden zu bewahren.

ANZAHL DER GEFÖRDERTEN FEUERWEHR-FAHRZEUGE UND FEUERWEHR-HÄUSER (2014 - 2018)

Das Land unterstützte die hessischen Feuerwehren im Zeitraum von 2014-2018 bei der Beschaffung von 827 Fahrzeugen und 246 Feuerwehrrhäusern mit Zuwendungen in Höhe von über 80 Millionen Euro.





Wertschätzung für Retter

Hessen zeichnet beispielhaftes Engagement aus. Bereits seit zehn Jahren wird monatlich eine Feuerwehr als „Feuerwehr des Monats“ ausgezeichnet (Seite 88). Diese Ehrung erhalten Feuerwehren, die mit besonderen Aktionen zur Nachwuchswerbung oder in der Öffentlichkeitsarbeit neue Wege gegangen sind. 2017 hatte das Land Hessen erstmalig einen Katastrophenschutzpreis ausgelobt. Hilfsorganisationen und Einrichtungen des Katastrophenschutzes können sich mit ungewöhnlichen Einsätzen, innovativen Ideen und Projekten bewerben. Auch 2018 wurde die Auszeichnung durch den Hessischen Innenminister verliehen (Seite 69). Neben der Erhöhung der Anerkennungsprämie für Dienstjubiläen bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Katastrophenschutz erhalten seit 2018 Teilnehmer des Grundlehrgangs der Feuerwehr als Begrüßungsgeschenk ein „Starterpaket“ zur Motivation (Seite 64).

ANERKENNUNGSPRÄMIE

Etwa 1,7 Millionen Euro pro Jahr zahlt das Land als Anerkennungsprämie für Dienstjubiläen bei der Freiwilligen Feuerwehr und im Katastrophenschutz. Nach zehn Jahren im Dienst gibt es eine Prämie in Höhe von 100 Euro, nach 20 Jahren von 200 Euro, nach 30 Jahren von 500 Euro und nach 40 Jahren von 1.000 Euro. Voraussetzung ist eine aktive Dienstzeit in einer Einsatzabteilung einer Freiwilligen Feuerwehr. Seit dem 1. Januar 2017 erhalten auch Angehörige des Katastrophenschutzes diese Prämie. Außerdem gibt es weitere Ehrungen wie zum Beispiel das Brandschutzehrenzeichen oder die Katastrophenschutz-Medaille.

HIGHLIGHTS 2018

Neben dem Baubeginn für das neue Jugendfeuerwehrausbildungszentrums in Marburg wurden 2018 fünf neue Abrollcontainer zur Löschwasserversorgung für rund zwei Millionen Euro (Seite 51), 23 neue Einsatzleitwagen an die Informations- und Kommunikationsgruppe des Katastrophenschutzes (Seite 57) sowie 57 neue Einsatzfahrzeuge mit einem Gesamtwert von rund 4,7 Millionen Euro für ehrenamtliche Helfer aus Feuerwehr und Katastrophenschutz (Seite 76) übergeben.

FEUERSCHUTZSTEUER

Der Feuerschutzsteuer ergibt sich anteilig aus Feuerversicherungen, Wohngebäudeversicherungen sowie Hausratversicherungen. Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Feuerschutzsteuer ist bei Feuerversicherungen ein Anteil von 40 Prozent des Versicherungsentgelts, bei Wohngebäudeversicherungen ein Anteil von 14 Prozent des Gesamtbetrages des Versicherungsentgelts und bei Hausratversicherungen ein Anteil von 15 Prozent des Gesamtbetrages des Versicherungsentgelts. Die so erhobenen Beträge werden unter den Bundesländern aufgeteilt. In Hessen werden die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer vollständig in den Brand- und Katastrophenschutz investiert. Je ein Drittel investiert das Land in die Hessische Landesfeuerweherschule sowie in die Förderung des Brandschutzes in Hessen. Die übrigen Einnahmen fließen unter anderem in den Katastrophenschutz sowie in Anerkennungsprämien.

Themen, die bewegten - Kommunales

SCHON 97 PROZENT DER HESSISCHEN KOMMUNEN MIT AUSGEGLICHENEM HAUSHALT

Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport ist auch das „Kommunalministerium“ und trägt auf dem Weg zur „Schwarzen Null“ als Oberste Finanzaufsichtsbehörde besondere Verantwortung für die Haushalte der hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise. Sie alle haben in der vergange-

nen Legislaturperiode erhebliche Konsolidierungsfortschritte erzielt. Nachdem bereits 80 Prozent der Kommunen 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnten, lag dieser Wert 2018 bei 97 Prozent.



”

Nur noch zwölf Kommunen konnten 2018 ihren Haushalt nicht ausgleichen. Davon sind sieben Schutzschirmkommunen, die aufgrund der Verträge mit dem Land Hessen später als 2018 ausgleichen dürfen. Das ist bereits ein herausragender Erfolg, der zeigt, dass Land und Kommunen in den letzten Jahren an einem Strang gezogen haben. Zusammen halten wir an unserem Ziel eine generationengerechte Politik zu verwirklichen konsequent fest, bis die vollständige Konsolidierung herbeigeführt ist.



PETER BEUTH

Ein großer Erfolg für die Hessische Landesregierung, die ausgeglichene Haushalte fordert, da ein gesundes finanzielles Fundament generationengerecht ist und vor Ort Gestaltungsspielräume für die Zukunft eröffnet. Zum Vergleich: Erst acht Jahre zuvor, im Jahr 2010, legten nur zehn Prozent der Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt vor.

IMMER WENIGER SCHUTZSCHIRM-KOMMUNEN

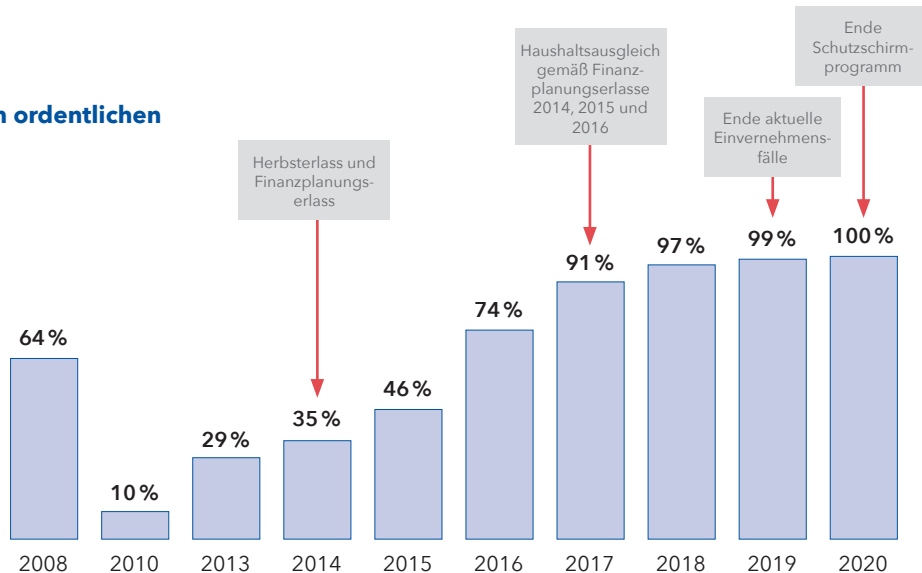
In den Jahren 2015 bis 2017 konnten 61 der 100 Schutzschirmkommunen in Hessen zum dritten Mal in Folge einen Haushaltsausgleich vorlegen, der die Grundvoraussetzung dafür ist, das Programm wieder verlassen zu können. Damit befinden sich aktuell nur noch 67 Kommunen unter dem Schutzschirm des Landes. Viele weitere Kommunen werden in den nächsten Jahren die Konsolidierungsverträge mit dem Land einhalten können. Schließlich konnten 93 Prozent der 100 Schutzschirmkommunen das Haushaltsjahr 2018 bereits mit einem ausgeglichenen Haushalt beenden.

Die positiven Entwicklungen der Kommunalfinanzen kamen einerseits erheblich durch Hilfen und Weichenstellungen des Landes zustande. Der kommunale Schutzschirm, die Kommunalen Investitionsprogramme I & II (KIP), die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs und die bereits im Jahr 2017 vorgestellte HESSENKASSE (Siehe Seite 58) zählen zu den vier wichtigsten finanziellen Unterstützungsprogrammen des Landes. Andererseits halfen auf dem eingeschlagenen Weg auch die guten Entwicklungen der kommunalen Steuereinnahmen sowie die positiven Anstrengungen der Kommunen vor Ort.

Das Land zieht in Sachen Konsolidierung mit. In Hessen stand 2018 erstmals seit 1969 die schwarze Null. In diesem Jahr will das Land laut Plan rund 100 Millionen Euro Schulden tilgen.

Entwicklung des Haushaltsausgleichs im ordentlichen Ergebnis für alle hessischen Kommunen

Auf gutem Weg: Bis 2020 müssen alle hessischen Kommunen den Haushaltsausgleich erreicht haben.



KFA MIT REKORDEN

Der Kommunaler Finanzausgleich (KFA) ist das dauerhafte Finanzierungsinstrument der Kommunen. Mit 4,9 Milliarden Euro erhielten die Kommunen in 2018 den höchsten Betrag in der Geschichte des Landes. Der KFA wird 2019 erstmals die 5-Milliarden-Grenze durchbrechen (5,2 Milliarden Euro). Damit erhalten die Kommunen in diesem Jahr nicht nur erneut erhöhte Einnahmen, sondern verfügen auch selbst über immer mehr Einnahmen.

ERFOLGSMODELL IKZ

Um vor allen Dingen kleinere und mittlere Gemeinden im ländlichen Raum zu fördern, unterstützt die Hessische Landesregierung seit über zehn Jahren Kommunen über Zuschüsse im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ). Seit Unterzeichnung der Rahmenvereinbarung 2008 wurden rund 280 Bewilligungen mit einer Gesamtsumme von rund 19,5 Millionen Euro, bei einer Beteiligung von annähernd 400 Kommunen, ausgesprochen. Das im Innenministerium befindliche Kompetenzzentrum für IKZ berät umfassend in allen Fragen der IKZ, wie beispielsweise in Rechtsfragen, bei der Projektentwicklung, der Herbeiführung kommunalpolitischer Entscheidungen, über Fördermöglichkeiten und bei der Antragstellung auf Fördermittel. Im Schnitt konnten in den letzten fünf Jahren rund 33 Zusammenschlüsse pro Jahr gefördert werden. Im Jahr 2018 wurden 45 Kooperationen mit einer Gesamtsumme von über drei Millionen Euro gefördert. Überdies berät das Kompetenzzentrum auch Kommunen bei der Haushaltsanalyse. Im September 2018 fand bereits das 100. Beratungsgespräch des KIKZ für Nicht-Schutzschirmkommunen in Grävenwiesbach statt (Seite 74).

Themen, die bewegten - Sport

ÜBER 45 MILLIONEN EURO FÜR DAS SPORTLAND HESSEN

Der Sport ist eine der wichtigsten und erfolgreichsten gesellschaftlichen Organisationen und die größte Bürgerbewegung in Hessen. Es ist deshalb eine unverzichtbare Aufgabe für die Hessische Landesregierung, den Sport in all seinen Facetten zu stärken und zu fördern.

Das Land unternimmt größte Anstrengungen, um zeitgemäße und bedarfsgerechte Sportstätten bereitzustellen und unterstützt den Sport dabei in seiner ganzen Vielfalt und Breite. Verbandsarbeit, ein neuer Kunstrasenplatz, neues Vereinsheim, ein moderner Rasentraktor oder die Ausrichtung eines Turniers: Insgesamt stellte Hessen für die Sportförderung im vergangenen Jahr über 45 Millionen Euro bereit.

Rund 20,2 Millionen Euro fließen an den Landessportbund Hessen, der mit dem Geld zum Beispiel die Ausbildung von Übungsleitern, die Arbeitsfähigkeit der Sportkreise und die tägliche Arbeit an seiner Sportschule unterstützt. 9,5 Millionen Euro fließen in die Erhaltung und Modernisierung von Sportstätten. Außerdem stehen für die Förderung des Leistungssports insgesamt 2,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Für Projekte zur Förderung der Integration und der Gewaltprävention stehen knapp drei Millionen Euro bereit. Hier ist insbesondere das bundesweit einmalige Programm „Sport und Flüchtlinge“ hervorzuheben, das mit 2,4 Millionen Euro zur Integration von Flüchtlingen hinterlegt ist. Die Förderun-



JEDER DRITTE HESSE IST IN EINEM SPORTVEREIN

Der Sport ist ein elementarer Bestandteil der aktiven Bürgergesellschaft in Hessen. Über zwei Millionen Menschen betreiben in Hessen in den rund 7.700 Vereinen Sport, noch einmal so viele Menschen werden dem Bereich des „Freizeitsports“ zugerechnet. Hiervon sind ca. 800.000 Kinder und Jugendliche. Das entspricht rund 40 Prozent aller „Freizeitsportler“. Aber auch die über 60-Jährigen sind aktiv: 15 Prozent von ihnen treiben Sport in den Vereinen.

gen für den Behindertensport und die Inklusion im Sport sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. 2018 fließen knapp 600.000 Euro in Maßnahmen dieses Bereichs. Ab dem Jahr 2019 kommt das Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) über eine Laufzeit von fünf Jahren mit jährlich zehn Millionen Euro hinzu. Die Fördermittel stehen ab diesem Jahr zur Verfügung (Seite 51).

Einen herausragenden Stellenwert im Bereich der Sportförderung nimmt das Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ ein (Seite 54). Seit dem Jahr 2007 wurden mehr als 1.700 Bewilligungen mit einem Gesamtvolumen von 53 Millionen Euro erteilt. Die Landesregierung hat in den vergangenen elf Jahren durch intensive Förderung einen Spitzenplatz als Sportland im nationalen Vergleich erreicht. Seit 1999 haben sich die Mittel für den Sport vervielfacht. Auch künftig erfährt der Sport in Hessen auf hohem Niveau Unterstützung von Landesseite. Die Mittel werden in diesem Jahr auf 55 Millionen anwachsen.

Neben der guten finanziellen Ausstattung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche innovative Projekte vorgebracht. So wurde beispielsweise im Rahmen der Kampagne „Sportland Hessen bewegt“ ein Pilotprojekt aufgesetzt, bei dem Kinder an Schulen künftig einen „Hessischen Bewegungsscheck“ durchlaufen können. Mit dem Programm „Gesund älter werden“, das unter der Federführung des Landessportbunds (lsbh) steht, sollen zunächst in einer Pilotregion gezielt ältere Bürgerinnen und Bürger angesprochen werden.

Das Kooperationsprojekt „Starker Sport. Starker Verein.“ richtet sich an alle 7.700 Sportvereine des Landes. Mittels einer Online-Umfrage und einer Detailanalyse zur Vereinssituation wollen das Land, der Landessportbund Hessen, der Hessische Turnverband und der Hessische Fußballverband erfahren, wo bei den Ehrenamtlichen der Schuh drückt, um gemeinsam Hessens Sportlandschaft fit für die Zukunft zu machen (Seite 54).



Engagement für den Sport setzt Menschen in Bewegung und ist gerade in der heutigen Zeit wichtig. Denn durch die immerwährende Präsenz des Digitalen, die sich auch in der Form des sogenannten E-Sports ausprägt, dürfen wir nicht vergessen, worum es beim Sport eigentlich geht: um Bewegung! Weil sich viele Menschen zu wenig körperlich betätigen, steuert die Hessische Landesregierung gegen. Wir tun dies mit unserer umfangreichen landesweiten Sportförderung aber auch mit vielen neuen innovativen Projekten.



PETER BEUTH

Themen, die bewegten - Landesticket

HESSEN: BESCHÄFTIGTE FAHREN AUCH 2019 KOSTENLOS IM ÖPNV

In Hessen heißt es seit dem 1. Januar 2018 für die Beschäftigten des Landes Hessen: Bitte einsteigen. Für sie gilt seither freie Fahrt im öffentlichen Personennahverkehr - und das nicht nur für den Arbeitsweg. Rund 90.000 Beamtinnen und Beamte, mehr als 45.000 Tarifbeschäftigte und etwa 10.000 Auszubildende profitieren vom LandesTicket Hessen. Im Rahmen eines Gesamtpakets haben sich letztlich die Tarifvertragsparteien auf die Einführung des LandesTickets verständigt und hierzu einen Tarifvertrag - TV LandesTicket Hessen - geschlossen. Mit dem LandesTicket Hessen gelingt die optimale Verquickung von Ökologie und verantwortungsvollem Haushalten mit der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes um die klügsten Köpfe. Hessen zeigt damit, dass das Land ein moderner, zuverlässiger und familienfreundlicher Arbeitgeber ist. Da das LandesTicket Hessen 2018 in vielfältiger Weise genutzt und die neue Maßnahme des Landes positiv bewertet wurde, entschied die Hessische Landesregierung im Herbst 2018 die Fortführung für 2019.





Beherrtes Eingreifen

COURAGE GEGENÜBER HILFSBEDÜRFTIGEN GEZEIGT

Zwei besonders couragierte Polizeibeamte wurden gleich zu Jahresbeginn im Hessischen Innenministerium geehrt. Staatssekretär Werner Koch zeichnete Herrn Polizeioberkommissar Dennis Koppel mit der Hessische Rettungsmedaille aus. Herrn Polizeioberkommissar Martin Fischer wurde eine Öffentliche Belobigung ausgesprochen. Anlass für die Ehrung der beiden Polizisten im Innenministerium war jeweils ihr beherrstes Einschreiten in einer Ausnahmesituation. Polizeioberkommissar Dennis Koppel wurde zu einem Suizidversuch gerufen, bei dem er die Suizidentin mit beherrstem Eingreifen vom Balkongeländer wegzog. Polizeioberkommissar Martin Fischer war in Lollar unmittelbarer Zeuge eines schweren Unfalls, bei dem ein 65-jähriger während der Autofahrt einen Herzinfarkt erlitt und ungebremst in das Schaufenster eines Brillengeschäfts fuhr. POK Fischer, der zu dieser Zeit auf Streife war, setzte unmittelbar den Notruf ab und unterstützte seinen Kollegen bei der Reanimation des Unfallopfers. Hierfür belobigte ihn Staatssekretär Werner Koch.

Polizeivizepräsident Peter Kreuter (PP Mittelhessen), POK Martin Fischer, POK Martin Koppel, Staatssekretär Werner Koch und Landespolizeivizepräsident Wilfried Schmäing Anfang 2018 im Hessischen Innenministerium.

OBERZENT HESSEN HAT AB SOFORT 423 KOMMUNEN

Seit dem 1. Januar 2018 gibt es in Hessen nur noch 423 Gemeinden. Erstmals seit Abschluss der kommunalen Gebietsreform vor rund 40 Jahren hat sich am 1. Januar 2018 durch die Fusion der Stadt Beerfelden und der Gemeinden Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal (Odenwaldkreis) zur Stadt „Oberzent“ die gemeindliche Gebietsstruktur geändert. Im Rahmen eines Festaktes, welcher am 19. Dezember 2017 kurz vor der Verschmelzung der Kommunen in Beerfelden stattfand, zeichnete Innenminister Peter Beuth im Namen von Ministerpräsident Volker Bouffier die Bürgermeister der Odenwälder Kommunen mit dem Hessischen Verdienstorden aus. Das Bild zeigt (v.l.n.r.) Thomas Ihrig (Hesseneck), Gottfried Göring (Beerfelden), Innenminister Peter Beuth, Hans Heinz Keursten (Rothenberg) sowie Egon Scheuermann (Sensbachtal).





Notinterventionsteams

REAKTIONSFÄHIGKEIT DER POLIZEI LANDESWEIT GESTÄRKT

Im Einsatztrainingszentrum (ETZ) in Baunatal zeigte die Hessische Polizei zu Jahresbeginn in einer praktischen Übungseinheit für Notinterventionsteams (NIT) ihre Leistungsfähigkeit. NITs bestehen aus Schutzpolizisten, die landesweit im Einsatz sind, um im Falle einer besonderen Lage, wie z. B. eines Anschlags schnell eingreifen zu können. Sie werden dafür besonders geschult und verfügen auch über eine zusätzliche Schutzausstattung, von denen Minister Peter Beuth weitere 780 Stück offiziell übergab. Sie bestehen aus ballistischen Schutzhelmen, Plattenträgersystemen gegen den Beschuss aus Langwaffen, Splitterschutzbrillen und Erste-Hilfe-Sets für die Erstversorgung von Schussverletzungen. Die moderne Ausrüstung bietet den speziell geschulten Polizeivollzugsbeamten einen deutlich höheren Schutz bei besonderen Einsatzlagen etwa im Bereich des Terrorismus oder der Organisierten Kriminalität. Insgesamt wurden damit seit 2016 rund 1.800 Schutzpakete ausgegeben und die Reaktionsfähigkeit der Polizei gegen Schwerstkriminelle landesweit gestärkt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf rund 3,6 Millionen Euro. Bis Januar 2018 hatten innerhalb der Hessischen Polizei 2.500 Schutzleute an mehreren Standorten in Hessen das dreitägige Programm erfolgreich absolviert.



„ Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus stellt nach wie vor die größte Gefahr für die Menschen in unserem Land dar. Wir haben frühzeitig die Weichen gestellt und unsere Sicherheitsbehörden massiv personell und materiell gestärkt, um die Bevölkerung und die Polizei bestmöglich zu schützen.

PETER BEUTH



Neue Polizeiwache

WEITERE ADRESSE FÜR DIE SICHERHEIT IN FRANKFURT EINGEWEIFHT

Sicherheit hat in Frankfurt seit Januar 2018 eine neue Adresse. Mit der offiziellen Indienststellung des neuen Schwerpunktreviers im Mertonviertel in Frankfurt am Main übergab Innenminister Peter Beuth das neue Dienstgebäude offiziell der Hessischen Polizei. In der Marie-Curie-Straße 32 werden künftig das 14. und 15. Revier sowie der Polizeiposten Bonames zu einer Wache zusammengelegt. Die neue Polizeiwache im Herzen des Mertonviertels steht für die moderne, leistungsfähige und erfolgreiche Frankfurter Polizei. Das Dienstgebäude wird künftig fast 180 Mitarbeiter beherbergen und für die Sicherheit von über 100.000 Einwohnern zuständig sein. Damit ist das neue Schwerpunktrevier das zweitgrößte Polizeigebäude der Stadt Frankfurt am Main. Die zentrale Unterbringung in der Marie-Curie-Straße führte zu zahlreichen Synergieeffekten, die für die Bürgerinnen und Bürger und die Bediensteten von Vorteil sind. Das neue Schwerpunktrevier wird aufgrund seiner räumlichen Nähe zu einer engeren Abstimmung aller Sicherheitspartner in Frankfurt führen. Dank zusätzlicher Polizisten und kurzer Anfahrtswege ermöglicht es eine höhere Flexibilität bei der Einsatzplanung. So kann die Polizei mehr Präsenz auf der Straße zeigen.

Die neue Polizeiliegenschaft in der Marie-Curie-Straße 32 bietet mit einer Fläche von 7.533 Quadratmetern für die Polizeibediensteten mehr Nutzfläche als zuvor. Neben einer modernen Wache beherbergt das Schwerpunktrevier neue Umkleidekabinen sowie einen Fitnessraum. Hinzu kommt die zentrale Lage, die kurze Anfahrtswege und schnelle Einsätze ermöglicht.





Polizeiarbeit von morgen

**DROHNEN-PILOTPROJEKT
GESTARTET**

Bei der Polizeifliegerstaffel in Egelsbach wird seit Anfang des Jahres der Einsatz von Kleindrohnen getestet. Staatssekretär Werner Koch informierte sich über das Pilotprojekt „Drohnen für Tatort- und Verkehrsunfallaufnahmen“ im Rahmen eines Vor-Ort-Termins. Das Drohnen-Pilotprojekt soll aufzeigen, ob deren Einsatz künftig die polizeiliche Aufklärungsarbeit unterstützen kann, indem sie zum Beispiel Foto- und Videoaufnahmen aus der Luft liefern. Dies könnte der Polizei bei der Beschaffung und Sicherung von Beweisen an Tatorten oder bei Verkehrsunfällen helfen. Der Einsatz kann zudem zur Aufklärung bei Gefahrenlagen dienen.

Zur Erprobung von Kleindrohnen für die Polizeiarbeit wurden zunächst acht Bedienstete der beteiligten Polizeipräsidien Nord-, Mittel- und Südhessen bei der Polizeifliegerstaffel Hessen zu Luftfahrzeugführern ausgebildet. Für jede Behörde wurde jeweils eine Drohne des Typs „Yuneec H520“ beschafft, da insbesondere dieser Typus durch einen hohen Verschlüsselungsstandard die hohen Anforderungen an den Datenschutz erfüllt. Für Drohnen gelten zudem besondere Begrenzungen: Flüge sind nur in Sichtweite und am Tag, in einer maximalen Flughöhe von 50 Metern und nicht über Menschenansammlungen erlaubt.

„ Wir werden den praktischen Nutzen der Drohnen für die Alltagsarbeit der Polizei genau testen. Wohl überlegte Investitionen und gut ausgebildetes Personal haben die Polizei in den vergangenen Jahren vorangebracht. Diesen Weg werden wir auch weiterhin bestreiten.

WERNER KOCH





Neue Basisstation

DIGITALFUNKNETZ WIRD MIT HOCHDRUCK WEITER AUSGEBAUT

Das Land Hessen arbeitet weiter mit Hochdruck an der Optimierung seines Digitalfunknetzes. Werner Koch weihte im Februar auf dem Großen Feldberg die erste von insgesamt 85 neu geplanten Basisstationen im Land ein. Durch die Inbetriebnahme der Basisstation Sandplacken, für die das Land über 450.000 Euro investiert hat, konnte die Netzqualität für die Region zwischen Feldberg und Oberursel deutlich verbessert werden. Die Basisstation ist hessenweit ein Unikat. Bei Stromausfall wird eine moderne Brennstoffzelle die 72-stündige Stromversorgung sicherstellen. Hessen ist im bundesweiten Vergleich in Sachen Netzabdeckung bereits eines der besten. Mit den derzeit 407 Basisstationen werden bereits 99 Prozent der Landesfläche erreicht. Damit die Feuerwehren, Rettungsdienste, Polizei- und Hilfsorganisationen auch in schwer zu erreichenden Gebieten Digitalfunk nutzen können, baut das Land in den kommenden Jahren die Infrastruktur in diesem Bereich weiter aus. Für die Errichtung und den Betrieb des hessischen Digitalfunknetzes sind rund 85 Beschäftigten der Abteilung 4, BOS-Funk-Hessen, des Hessischen Präsidiums für Technik (HPT) in Wiesbaden zuständig. Derzeit werden durch das Netz über 105.000 Teilnehmer aus dem Bereich



der Feuerwehren, Polizei, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen erreicht. Neben dem eigentlichen Sprachfunk setzt Hessen als Vorreiter und derzeit noch einziges Bundesland das Netz auch für die digitale Alarmierung der nicht polizeilichen Kräfte (Feuerwehren, Rettungsdienste, Hilfsorganisationen) ein. Für die Errichtung und den Betrieb des Netzes hat das Land zwischen 2007 und 2017 insgesamt 231 Mio. Euro in die Hand genommen. 2018 und 2019 erweitert das Land seine Netzinfrastruktur auf 490 Basisstationen und wendet dafür 32 Mio. Euro auf.

Mit Blaulicht in die Zukunft

404 ANWÄRTER NEHMEN IHR POLIZEISTUDIUM AUF



Zum Einstellungsbeginn im Februar nahmen hessenweit 404 junge Anwärterinnen und Anwärter ihre Ausbildung zu Polizeikommissarinnen und -kommissaren sowie Kriminalkommissarinnen und -kommissaren im gehobenen Polizeidienst an den Studienorten Wiesbaden, Mühlheim am Main, Gießen und Kassel auf. Für den Einstellungstermin waren 3.417 Bewerbungen eingegangen. Knapp 25 Prozent der im Februar eingestellten Bewerber stammten dabei aus anderen Bundesländern, sieben Prozent besaßen eine ausländische Staatsangehörigkeit.

In Hessen ist die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn stellenplanmäßig seit 2003 abgeschlossen, wodurch alle Planstellen für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte im gehobenen bzw. höheren Dienst angesiedelt sind. Anders als in vielen anderen Bundesländern sowie bei der Bundespolizei wird in Hessen seit 1995 grundsätzlich nur noch im gehobenen Polizeivollzugsdienst eingestellt. Damit ist ein Einstiegsinkommen in der Besoldungsstufe A 9 verbunden. Staatssekretär Werner Koch begrüßte 167 der 404 neuen Anwärter zum Einstellungstermin im Februar persönlich am Standort in Mühlheim. Wie der Staatssekretär betonte, zeige das Interesse so vieler junger und motivierter Menschen, dass der Polizeiberuf nichts von seiner Faszination verloren hat und dass das Land Hessen weiterhin ein attraktiver Arbeitgeber ist.

„ Die Hessische Polizei ist für junge Menschen nicht nur ein attraktiver Arbeitgeber, sie arbeitet auch äußerst erfolgreich. Mit dem aktuellen Ausbildungsjahrgang werden wir die Hessische Polizei noch leistungsstärker und das Land folglich noch sicherer machen.

WERNER KOCH



Kriminalstatistik 2017

TOP-AUFKLÄRUNGSQUOTE, GERINGSTE STRAFTATEN

Hessen bleibt weiter eines der sichersten Bundesländer in der Bundesrepublik. Die positive Bilanz der vergangenen Jahre im Bereich der Kriminalitätsbelastung und Aufklärung von Straftaten setzte sich auch 2017 konsequent fort. So war die Kriminalitätsbelastung im Jahr 2017 in Hessen auf den niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren gesunken. Genau 375.632 Straftaten wurden erfasst, was einem Rückgang von fast neun Prozent im Vergleich zu 2016 (412.104) entsprach. Gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote von Straftaten in 2017 auf 62,8 Prozent, der höchste jemals gemessene Wert, seit Einführung der Kriminalstatistik im Jahr 1971. Dies gab Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Landespolizeipräsident Udo Münch und LKA-Präsidentin Sabine Thureau bei der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik für 2017 in Wiesbaden bekannt.

Hessen bundesweit auf Platz 3

Die objektiven Zahlen verdeutlichen einmal mehr, dass Hessen besser dasteht als der Bundesdurchschnitt. Bei der so wichtigen Kennzahl über die Kriminalitätsbelastung, der sogenannten Häufigkeitszahl, die Auskunft darüber gibt, wie viele Straftaten im Verhältnis zu 100.000 Einwohnern erfolgt sind - und somit eine gewisse Vergleichbarkeit ermöglicht, stand Hessen im bundesweiten Vergleich auf dem dritten Platz. Bundesweit wurden 2017 nur 57,1 Prozent der Straftaten aufgeklärt. In Hessen lag die Aufklärungsquote bei 62,8 Prozent, was deutschlandweit nach Bayern und Baden-Württemberg der drittbeste Wert war. Zum Vergleich: Vor zwanzig Jahren wurde in Hessen noch weniger als die Hälfte der Fälle (1998: 47,4 Prozent) geklärt.

Erfolgreich im Kampf gegen Einbrecher

Dass Hessen mit seinen Maßnahmen auf dem richtigen Weg ist, belegen auch die Kennzahlen zum Wohnungseinbruchsdiebstahl. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Zahl der Wohnungseinbrüche um mehr als 20 Prozent (20,4 Prozent) ab und sank auf den niedrigsten Wert seit neun Jahren (2008: 7.313; 2017: 8.287). Als Gründe für die guten Werte nannte der Innenminister die Erhöhung des Kontrolldrucks in diesem Deliktbereich. Neben dem Start einer erfolgreichen Länderkooperation mit täterorientierten Ermittlungen, setzt die Polizei vermehrt die bundesweit einzigartige Prognosesoftware KLB-operativ ein, die mittlerweile hessenweit zur Verhinderung und Verfolgung von Wohnungseinbrüchen im Einsatz ist. Zusätzlich führte die Hessische Polizei rund 8.000 kriminalpolizeiliche Beratungen zum Wohnungsschutz durch.

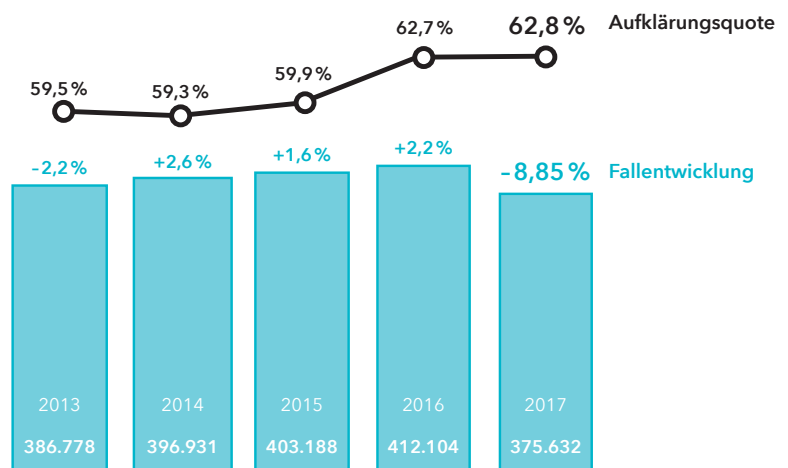


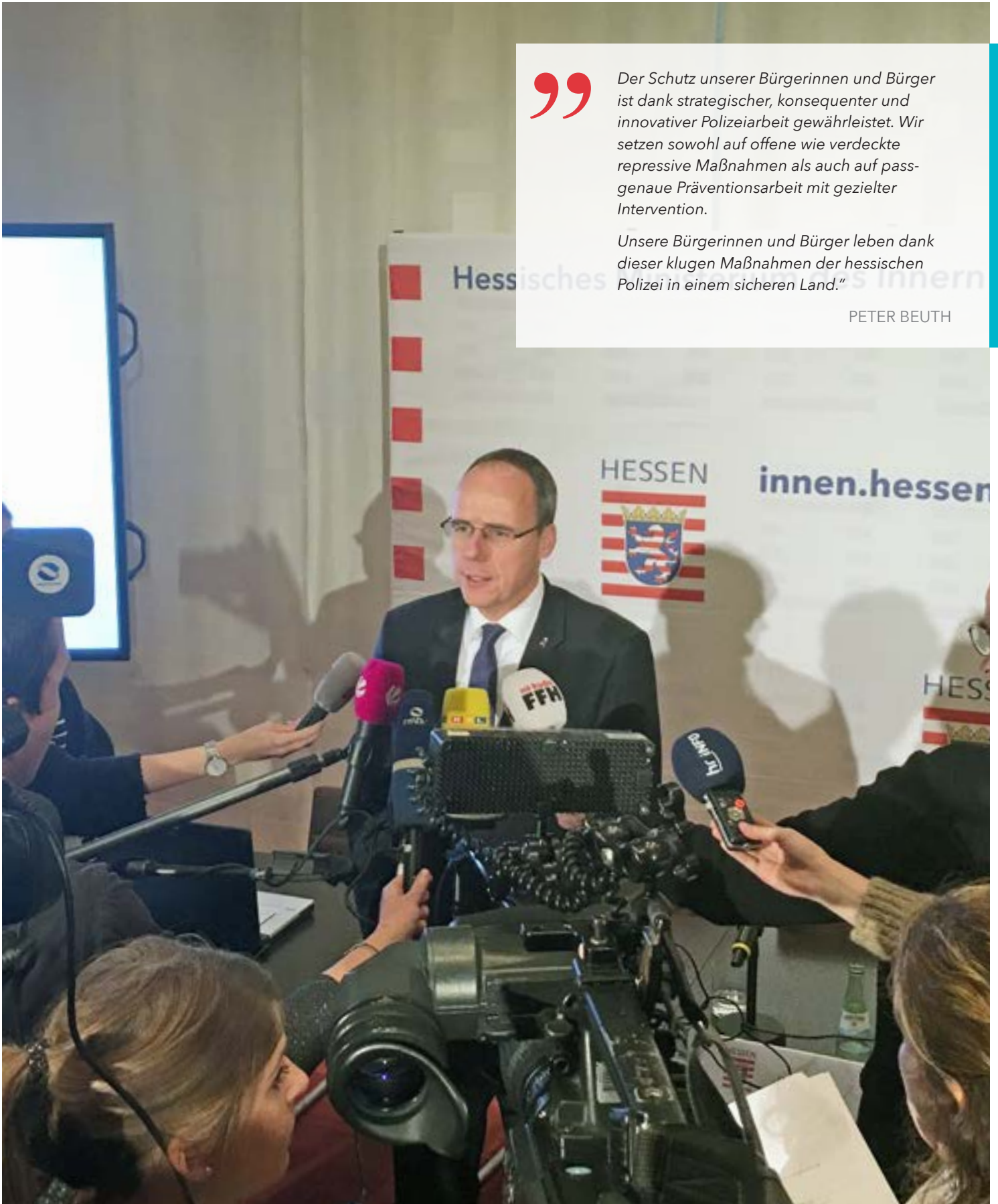
Angriffe gegen Einsatzkräfte

Der PKS war zu entnehmen, dass die Zahl der Angriffe auf Einsatzkräfte in 2017 weiter angestiegen ist. In Hessen wurden 3.512 Polizeivollzugsbeamte Opfer von Übergriffen, 44 mehr als noch im Jahr 2016. Innenminister Peter Beuth verurteilte diese Entwicklung und sprach sich erneut für eine Mindeststrafe von sechs Monaten für Angriffe auf Einsatzkräfte aus und kündigte an, die Anzahl von Body-Cams bei der Hessischen Polizei von 99 auf rund 400 aufzustocken. Die Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 ist online unter www.polizei.hessen.de abrufbar.

Land Hessen 2013-2017

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK





”

Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger ist dank strategischer, konsequenter und innovativer Polizeiarbeit gewährleistet. Wir setzen sowohl auf offene wie verdeckte repressive Maßnahmen als auch auf passgenaue Präventionsarbeit mit gezielter Intervention.

Unsere Bürgerinnen und Bürger leben dank dieser klugen Maßnahmen der hessischen Polizei in einem sicheren Land.“

PETER BEUTH



”

Wir können mit Videotechnik an Kriminalitätsschwerpunkten objektiv mehr Sicherheit gewährleisten, Straftäter überführen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig stärken. Das Land Hessen investiert deshalb bewusst in die Weiterentwicklung von bestehenden und die Installation von neuen Anlagen.“

WERNER KOCH

Kriminalitätsbekämpfung

NICHT NUR HEUSENSTAMM STÄRKT SICHERHEIT DURCH VIDEOSCHUTZANLAGEN

Wer Videokameras an öffentlichen Plätzen und Brennpunkten installiert, stärkt die Sicherheitspartnerschaft zwischen Kommunen und Polizei. Dies betonte Staatssekretär Werner Koch im Februar in Heusenstamm. Die Kommune hatte im Februar eine neue moderne Videoschutzanlage am S-Bahnhof eingerichtet, die vom Land Hessen mit einer Summe in Höhe von rund 13.000 Euro gefördert wurde. Seit 2010 gibt es am S-Bahnhof von Heusenstamm bereits sechs Kameras, die nun mit der Installation von vier Anlagen erweitert wurden. Sie haben den Zweck den Fahrradstellplatz besser zu überwachen. Hier kam es in der Vergangenheit zu einer Häufung von Fahrraddiebstählen.

Die Erfahrungen mit dem Einsatz von Videotechnik sind im gesamten Land positiv. An den videoüberwachten Örtlichkeiten werden jährlich über 2.100 Straftaten registriert, bei denen die Aufzeichnungen für die Ermittlungen oder gar zur Klärung der Straftaten beitragen können. Der Rückgang der Fallzahlen beträgt in den videoüberwachten Bereichen teilweise mehr als 30 Prozent.

Für die Zukunft ist vorgesehen, den Ausbau der Videoüberwachung weiter voranzutreiben. Für die Förderung von Videosicherheitsanlagen der Kommunen stellt das Land auch 2019 eine Fördersumme von 1,3 Millionen Euro zur Verfügung.

In Hessen waren bis Ende 2018 bei den sieben Polizeipräsidien in 18 Städten 22 Bildaufzeichnungsanlagen mit 148 Kameras von Polizei- bzw. Gefahrenabwehrbehörden zur Überwachung öffentlicher Straßen und Plätze gem. § 14 Abs. 3 und 4 HSOG in Betrieb. Neben Heusenstamm wurden neue Videoschutzanlagen in Hanau und Bad Nauheim installiert.

Für die Förderung von weiteren Videosicherheitsanlagen der Kommunen stellt das Land in den nächsten beiden Jahren jeweils 1,3 Millionen Euro zur Verfügung.

Programm „Sport und Flüchtlinge“

310 AKTIVE SPORT-COACHES HELFEN BEI DER INTEGRATION

Das Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ steht bei den hessischen Kommunen weiterhin hoch im Kurs. Im Rahmen einer Kickoff-Veranstaltung für das Jahr 2018 lobte Sportminister Peter Beuth die Bemühungen der Kommunen und die selbstlose Hilfe zahlreicher Ehrenamtlicher bei der Integration von Flüchtlingen. Für das Jahr 2018 hatten 239 Städte und Gemeinden eine Landeszuwendung in einer Gesamthöhe von rund 1,7 Millionen Euro erhalten. Dabei waren hessenweit 300 Sport-Coaches im Einsatz.

„Im vergangenen Jahr haben 300 Ehrenamtliche bei der Integration von Flüchtlingen geholfen. Sie haben eine Willkommenskultur geschaffen und das Landesprogramm mit

Leben gefüllt. Auch die Sportjugend, der Landessportbund Hessen und die Sportkreise leisten seit Jahren einen wesentlichen Beitrag für das Gelingen des Landesprogramms und tragen dafür Sorge, dass Fremdheit, Vorurteile und Ressentiments durch den Sport weiter abgebaut werden. Hierfür danke ich allen Beteiligten“, sagte Sportminister Peter Beuth in Wiesbaden.

Das Land biete den hessischen Städten und Gemeinden mit dem Programm einen unkomplizierten Weg an, um Flüchtlinge über den Sport zu integrieren. Sport-Coaches fungieren dabei als Bindeglied zwischen Kommunen, Vereinen und Flüchtlingen.



„ Wir sind stolz auf unsere hessischen Spitzensportler und die Tatsache, dass der Deutschen Olympischen Sportbund Frankfurt seine Heimat nennt.

PETER BEUTH

**OLYMPISCHE WINTERSPIELE IN PYEONGCHANG
„SPORTLAND HESSEN VORBILDICHTH REPRÄSENTIERT“**

Die Fürsprache und Unterstützung sowohl der hessischen Spitzensportler als auch des Deutschen Olympischen Sportbundes mit Zentrale in Frankfurt sind wichtige Eckpfeiler der hessischen Spitzensportförderung. Dies unterstrich der Hessische Sportminister Peter Beuth bei seinem Kurzbesuch bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang Ende Februar.

Bei den olympischen Winterspielen holte das Team Deutschland 14 Gold-, zehn Silber- und sieben Bronzemedailles. Für Hessen nahmen Skispringer Stephan Leyhe, die Skeleton-Fahrerinnen Tina Hermann und Anna Fernstädt sowie die Bob-Pilotin Anna Köhler und Anschieberin Ann-Christin Strack an den Olympischen Spielen teil. Stephan Leyhe gewann im Mannschaftswettbewerb im Skispringen der Männer von der Großschanze die Silbermedaille. Die dreifache Skeleton-Weltmeisterin Tina Hermann fuhr bei den Olympischen Spielen in Pyeongchang den fünften Platz heraus.



Hessens Sportminister Peter Beuth gemeinsam mit Fabian Hambüchen (2.v.r.) und Silbermedaillengewinner Stephan Leyhe (rechts) auf der Bühne des Deutschen Hauses im südkoreanischen Pyeongchang.

Hessische Bundesratsinitiative

„EXTREMISTEN KONSEQUENT WAFFEN ENTZIEHEN“

Hessens Innenminister Peter Beuth brachte Ende Februar im Deutschen Bundesrat die hessische Gesetzesinitiative zur Verschärfung des Waffenrechts ein, welches zum Ziel hat Extremisten konsequent Waffen zu entziehen. Um den zuständigen Behörden Rechts- und Handlungssicherheit zu geben, möchte Hessen – wie bereits bei seiner Bundesratsinitiative aus 2016 – die Regelung des § 5 des Waffengesetzes (WaffG) über die Zuverlässigkeit in der Weise ergänzen, dass Personen regelmäßig dann waffenrechtlich unzuverlässig sind, wenn sie bei einer Verfassungsschutzbehörde des Bundes oder der Länder gespeichert sind.

„Waffen gehören nicht in die Hände von Extremisten. Uns allen muss daran gelegen sein, die Tatmittel von Extremisten weitest möglich einzuschränken. Denn jeder Extremist mit einer Waffe in der Hand stellt eine Gefahr dar“, so Innenminister Peter Beuth.

REGIERUNGSERKLÄRUNG

„SICHERHEIT BRAUCHT VERANTWORTUNG“

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat für die Hessische Landesregierung seit fast 20 Jahren höchste Priorität. Das betonte Innenminister Peter Beuth in seiner Regierungserklärung, die er unter das Motto „Sicherheit braucht Verantwortung“ stellte. Die Sicherheitspolitik der Landesregierung fuße auf Erfahrung, Verantwortung und klaren Prinzipien. Sie habe auf Bedrohungen wie den internationalen Terrorismus reagiert und die Sicherheitsbehörden massiv personell und materiell gestärkt. Die hessische Polizei sei erfolgreich und innovativ und ein Garant für ein sicheres Hessen, betonte Peter Beuth. Außerdem kündigte der Innenminister an, die Anzahl der Body-Cams bei der Polizei werde 2019 auf rund 400 Schulterkameras erhöht.





Hessen hilft

UNTERSTÜTZUNG FÜR FRIEDENSMISSION IN GHANA

2018 waren rund 15 hessische Polizeibeamtinnen und -beamte für friedenssichernde Auslandsmissionen auf der ganzen Welt abgeordnet. Bei seinem Staatsbesuch in Ghana informierte sich Innenminister Peter Beuth im März über Krisenprävention in Westafrika und Unterstützungsmaßnahmen aus Hessen und Deutschland. Der Minister sah sich dabei eine polizeiliche Trainingsmaßnahme im Kofi Annan International Peacekeeping and Training Centre (KAIPTC) an und führte auch Gespräche mit Sicherheitsexperten und deutschen Kursdirektoren, darunter ein hessischer Polizeibeamter. Peter Beuth betonte,

dass gezielte Krisenprävention in Afrika zur Sicherheit in Europa beitrage. Der Bund und die Länder beteiligen sich derzeit mit rund 230 Polizeibeamtinnen und -beamten an internationalen Polizeimissionen und Unterstützungsmaßnahmen, davon 15 aus Hessen. Ein Drittel des Polizeipersonals im Ausland wird vom Bund, zwei Drittel von den Ländern entsendet. Die Länderbeamten werden bei ihren Auslandsmissionen zur Bundespolizei abgeordnet und den Organisationen zugewiesen. Eine Auslandsmission beträgt grundsätzlich zwölf Monate.

MEHR PRÄSENZ

STADTWACHE DER KOMMUNALPOLIZEI ERÖFFNET IN DARMSTADT

Seit März 2018 gibt es am Luisenplatz in Darmstadt eine neue Stadtwache der Kommunalpolizei. Neben dem 1. Polizeirevier in der Bismarckstraße zeigen die Sicherheitskräfte fortan noch mehr Präsenz in der Innenstadt. Dadurch wird die Sicherheit vor Ort und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter gestärkt. Im Rahmen des täglichen Dienstes unterstützt die Kommunalpolizei Darmstadt die Stadtreviere der Polizei bei der Beseitigung von Verkehrsbehinderungen und geht Beschwerden wegen Lärmbelästigung nach. Die Kommunalpolizei Darmstadt wendet sich wiederum an die Polizei, wenn sie Unterstützung bei der Umsetzung eigener Maßnahmen benötigt oder Feststellungen trifft, die in die Zuständigkeit der Landespolizei fallen. Bei städtischen Großveranstaltungen bindet die Landespolizei die Kommunalpolizei in die polizeilichen Einsatzkonzepte ein. Außerdem wird die Kommunalpolizei Darmstadt auch anlassbezogen in polizeiliche Einsätze eingebunden. Bei polizeilichen Kontrolltätigkeiten in Gaststätten wirken oft auch die Kräfte der Kommunalpolizei mit. Die Polizeidirektion Darmstadt-Dieburg ist für die Sicherheit von 450.000 Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg verantwortlich. 2017 war sie gemessen den Häufigkeitszahlen die sicherste kreisfreie Stadt in Hessen.



Darmstadts Ordnungsdezernent Rafael Reißer, Innenminister Peter Beuth und Oberbürgermeister Jochen Patsch bei der Eröffnung.





Rund 1.000 Personen

SICHERHEITSBEHÖRDEN HABEN REICHSBÜRGER-SZENE FEST IM BLICK

Die Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ wird seit November 2016 in ihrer Gesamtheit bundesweit von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Seither hat das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen rund 1.000 Personen festgestellt, die der Reichsbürger-Szene in Hessen zugerechnet werden. Dies gab Innenminister Peter Beuth in Wiesbaden bekannt. Reichsbürger finden sich in sämtlichen Regionen Hessens. Etwas mehr als die Hälfte der Personen sind 50 Jahre und älter. Die Szene ist überwiegend männlich, nur knapp ein Viertel sind Frauen. Fast 18 Prozent der Reichsbürger in Hessen sind rechtsextremistisch in Erscheinung getreten.

Unter Einbindung der kommunalen Spitzenverbände, des Hessischen Landeskriminalamtes und des LfV sowie des Zentralen Psychologischen Dienstes der Polizei hat das Hessische Innenministerium eine Broschüre mit dem Titel „Reichsbürger und Selbstverwalter in Hessen – eine Handlungsempfehlung für die behördliche Praxis“ erstellt und bereits 2017 der Öffentlichkeit vorgestellt.

AG „Dialog Schwalbach“

INNENMINISTER INFORMIERT SICH IN KOMPASS-MODELLKOMMUNE

In vier hessischen Modellkommunen wurde 2017 die Sicherheitsinitiative KOMPASS des Hessischen Innenministeriums eingeführt. Bei einem Vor-Ort-Termin in Schwalbach am Taunus nahm Innenminister Peter Beuth an einer Besprechung der Arbeitsgemeinschaft „Dialog Schwalbach“ teil und informierte sich über geplante Maßnahmen.

So wurden an den beiden weiterführenden Schulen in den Jahrgängen 9 bis 13 die Themenkomplexe Mülltonnenbrände, Gründe für polizeiliche Kontrollen und Platzverweise, Videoschutzanlage auf dem Marktplatz, Ablauf einer Identitätsfeststellung durch den Jugendkoordinator mit Unterstützung des Schutzmanns vor Ort und der Schulsozialarbeit umfangreich erörtert. Die Stadt Schwalbach initiierte zusätzlich eine Befragung, die sicherheitspolitische Anregungen und Beschwerden aus der Bürgerschaft ermitteln soll.



„Gefährder-Paragraph“

LAND SCHOB ERSTMALS ISLAMISTEN NACH § 58A AB

Am 15. März wurde ein als islamistischer Gefährder eingestuftes Tunesier in sein Herkunftsland abgeschoben. Gegen den polizeibekanntes Mann bestand der Verdacht der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89a StGB). Er sympathisierte offen mit der terroristischen Vereinigung „Islamischer Staat“ und wurde aufgrund einer Anordnung gemäß § 58a des Aufenthaltsgesetzes (sogenannter „Gefährder-Paragraph“) durch das Hessische Innenministerium abgeschoben. In Hessen waren 2018 rund 40

Personen als islamistische Gefährder eingestuft, von denen sich nahezu zwei Drittel im Ausland aufhielten bzw. in Haft befanden. Ungefähr ein Drittel der in Hessen eingestuften islamistischen Gefährder besitzt keinen deutschen Pass. Von diesem Drittel befinden sich fast alle Personen entweder im Ausland, in Untersuchungs-, Straf- oder in Abschiebungshaft.



Verkehrsunfallstatistik 2017

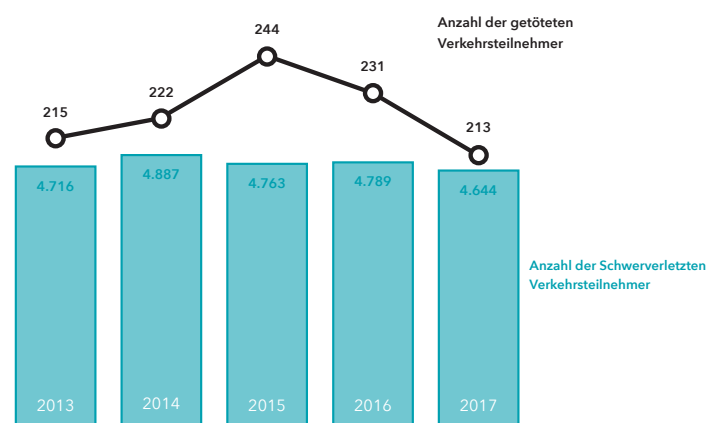
NIEDRIGSTE ZAHL VERKEHRSTOTER ALLER ZEITEN

Im Jahr 2017 waren bei Verkehrsunfällen in Hessen 213 Menschen ums Leben gekommen. Auf Hessens Straßen starben damit 19 Personen weniger als noch 2016 und damit so wenige Menschen, wie noch nie seit Erhebung der Statistik. Die Zahl der Gesamtunfälle in Hessen ist um 8.881 Fälle (+ 6,3 Prozent) auf 150.014 Verkehrsunfälle gestiegen. Das gab der Hessische Innenminister Peter Beuth bei der Vorstellung der Verkehrsunfallstatistik 2017 im März in Wiesbaden bekannt.

„Auf Hessens Straßen sterben immer weniger Menschen und auch die Zahl der Schwerverletzten hat einen historischen Tiefstand erreicht. Im letzten Jahr kam zum ersten Mal seit Beginn der Statistik kein einziges Kind bei einem Verkehrsunfall ums Leben. Das ist eine ermutigende Bilanz und sollte Ansporn für jeden Verkehrsteilnehmer sein, sich weiterhin achtsam und rücksichtsvoll gegenüber seinen Mitmenschen zu verhalten“, betonte Innenminister Peter Beuth bei der Pressekonferenz im Innenministerium.

Nicht angepasste Geschwindigkeit ist weiterhin mit deutlichem Vorsprung die Hauptunfallursache bei Verkehrsunfällen mit Getöteten und Schwerverletzten. Bei knapp einem Viertel der Unfälle mit Schwerverletzten hat nicht angepasste Geschwindigkeit zur Unfallentstehung beigetragen, bei den Unfällen mit Getöteten war dies bei gut einem Drittel der Fall. Um den Kontrolldruck auf Rettungsgassensünder zu

Verkehrsunfallstatistik 2017



erhöhen, setzt die hessische Polizei in einem Pilotverfahren seit November 2017 zwölf „Videostreifen“ bei den Autobahnpolizeistationen ein. Die Streifenfahrzeuge der Autobahnpolizeien sind mit je einer hochauflösenden Front- sowie Heckkamera ausgerüstet.



Mit neuen Rettungsgassen-Bannern an Brücken und zahlreichen weiteren Werbemitteln setzt die Landesregierung zudem ihre landesweite Präventionskampagne fort. Neue Brückenbanner, Aufkleber für Einsatz- und Privatfahrzeuge, Parkscheiben, Plakate und weitere Flyer - mit dem zweiten Schritt der erfolgreichen Kampagne will die Landesregierung dafür Sorge tragen, dass die „Rettungsgasse“ immer wieder in Erinnerung gerufen wird.

Prof. Reinhardt Ries

FRANKFURTER BRAND-DIREKTOR IN DEN RUHESTAND VERABSCHIEDET

Im Rahmen einer Feierstunde hat Hessens Innenminister Peter Beuth Frankfurts scheidenden Leiter der Branddirektion, Prof. Reinhardt Ries, in den Ruhestand verabschiedet und seine ehrenamtlichen Verdienste für den Brandschutz mit dem Silbernen Brandschutzverdienstzeichen als Steckkreuz ausgezeichnet. Innenminister Peter Beuth: „Professor Reinhardt Ries hat herausragende Arbeit für den Brandschutz in der Mainmetropole geleistet. Die Feuerwehr in Frankfurt hat sich in den vergangenen 25 Jahren durch seinen Einsatz zu einer der schlagkräftigsten Berufsfeuerwehren in ganz Deutschland entwickelt.“ Prof. Ries Nachfolger wurde sein bisheriger Vertreter Karl-Heinz Frank.



Verbandsversammlung

REKORDSUMMEN FÜR DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER FEUERWEHREN

Mit rund 27 Millionen Euro investierte das Land Hessen im Jahr 2018 so viel wie noch nie binnen eines Haushaltsjahres in die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -häusern. Das gab Innenminister Peter Beuth zum Auftakt der Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen in Willingen bekannt. Mit dieser Summe investierte das Land weitere fünf Millionen Euro mehr in die Brandschutzförderung, als im bisherigen Rekordjahr 2017, als mit Investitionen

in Gesamthöhe von rund 22 Millionen Euro eine Bewilligungsquote von über 90 Prozent der zuwendungsfähigen Maßnahmen erreicht wurde. Zudem investierte das Land zusätzliche Mittel in die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen in Hessen. Um die Teilnehmerkapazitäten zu erhöhen und Wartezeiten zu verkürzen, investierte das Land im vergangenen und diesem Jahr insgesamt rund 5,5 Millionen Euro zusätzlich in die Hessische Landesfeuerweherschule.





Landes-Delegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehren

ZUKUNFT DES BRANDSCHUTZES STEHT AUF SICHEREN FÜßEN

Im vergangenen Jahr konnten die Jugendfeuerwehren in Hessen erstmals seit Jahren ein Mitgliederplus von mehr als drei Prozent verzeichnen. Dies gaben der Hessische Innenminister Peter Beuth und Innenstaatssekretär Werner Koch auf dem 43. Landesdelegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen e.V. in Kiedrich bekannt. Für seine wichtige Arbeit erhielt der Verband einen Zuwendungsbescheid in Höhe von rund 160.000 Euro. Zusätzlich überreichten Peter Beuth und Werner Koch ein „Jugendpaket“ für die Freizeitfahrten der Kreisjugendfeuerwehrverbände. Jeder der 32 Kreisjugendverbände erhielt acht Zelte und 100 Feldbetten.

”

In über 2.000 hessischen Orten wird in den Jugendfeuerwehren hervorragende Arbeit geleistet. Rund 25.000 Kinder werden aktuell von rund 7.000 ehrenamtlichen Jugendbetreuerinnen und -betreuern mit großem Einsatz und unter hohem Zeitaufwand ausgebildet und gefordert. Das große ehrenamtliche Engagement für die Nachwuchs-Feuerwehrlaute zahlt sich aus. Immer mehr Kinder gehen zur Jugendfeuerwehr und die Zukunft des Brandschutzes steht in Hessen auf sicheren Füßen.



PETER BEUTH



„Mehr Feuerwehr in Schulen“

STAATSSSEKRETÄR BESUCHT PROJEKT „MEHR FEUERWEHR IN SCHULEN“

Das Projekt „Mehr Feuerwehr in Schulen“ läuft bereits seit September 2016. In verschiedenen Modellregionen in Hessen wurden Grundlagen für mehr Feuerwehrangebote in Schulen geschaffen und erprobt. Staatssekretär Werner Koch besuchte im April 2018 eine Unterrichtseinheit in der Friedrich-Fröbel-Schule in Hanau-Maintal, die von den Kameradin-

nen und Kameraden der Feuerwehr Hanau im Rahmen des Projekts „Mehr Feuerwehr in Schulen“ geleitet wurde. „Es ist wichtig, dass sich die Feuerwehren an Schulen engagieren. So können junge Menschen die Arbeit der Brandschützer kennenlernen und wichtige Kenntnisse zum Beispiel für den Umgang mit Gefahrensituationen gewinnen. Die Feuerwehren haben die Möglichkeit, sich bei Schülern zu präsentieren und so um Nachwuchs für ihre wertvollen und wichtigen Aufgaben zu werben. Ein tolles Projekt, das von der Hessischen Landesregierung nach Kräften unterstützt wird“, so Staatssekretär Werner Koch.



Sportministerkonferenz

„KLARER AUFTRAG AUCH FÜR VEREINE“

Innenminister Peter Beuth hat den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 27. April 2018, wonach bundesweite Stadionverbote für gewalttätige Fußball-Chaoten als zulässig erklärt wurden, ausdrücklich begrüßt. „Die Karlsruher Richter bestätigen mich in meiner schon immer vertretenen Auffassung, dass gewaltsuchende und gewalttätige Randalierer nichts in einem Fußballstadion zu suchen haben. Diese Anti-Fans beschädigen unseren Sport und stellen eine Bedrohung für jeden Stadionbesucher und echten Fan dar. Die Vereine

sollten daher das Urteil des Bundesverfassungsgerichts als klaren Auftrag verstehen: bundesweite Stadionverbote für die Gewalt-Fans. Zugleich sehe ich die Vereine nun verstärkt in der Pflicht, diese Stadionverbote auch konsequent umzusetzen. Nur mit einer klaren Haltung machen wir den Krawallmachern deutlich, dass sie nichts mit Fußball zu tun haben und schaffen Sicherheit in unseren Stadien“, sagte Peter Beuth.



Mauritiusgalerie

MEHR PRÄSENZ IN DER INNENSTADT VON WIESBADEN

Landespolizei und Stadtpolizei packen die Sicherheitsaufgaben in Wiesbaden gemeinsam an und unterstützen sich gegenseitig. Dank starker gemeinsamer Präsenz sind die Gesamtstraftaten bereits im vergangenen Jahr in der Landeshauptstadt auf den zweitgeringsten Wert im Zehnjahresvergleich zurückgegangen. Die Aufklärungsquote lag gleichzeitig bei 63,9 Prozent, dem bisher höchsten Wert für Wiesbaden. Mit der neuen Innenstadtwatche in der Mauritiusgalerie zeigen die Sicherheitskräfte nun neben dem 1. Polizeirevier am Platz der Deutschen Einheit noch mehr Präsenz in der Innenstadt von Wiesbaden. Die Sicherheit in der Landeshauptstadt wird dadurch weiter gestärkt“, sagte Innenminister Peter Beuth.





Optimal vorbereitet

RESSOURCENSCHONENDE AUSBILDUNG

Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat im Rahmen der Zukunftswochen „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ die Hessische Bereitschaftspolizei in Wiesbaden besucht und praktische Unterrichtseinheiten in der Ausbildung der hessischen Polizei begleitet. Dabei führten die Studierenden in einem Trainingsszenario eine Kontroll- und Beweissicherungsübung durch. Nach 20 Wochen Theorie-Unterricht im ersten Studienabschnitt an der Hochschule für Polizei und Verwaltung sammelten die Studierenden im Grundlagentraining in den Aus- und Fortbildungseinheiten der Bereitschaftspolizei erste praktische Erfahrungen für den Polizeiberuf. In Übungseinheiten wurden die handwerklichen Fähigkeiten zur Durchführung von Verkehrskontrollen, die Verkehrsunfallaufnahme, das Fertigen von Anzeigen sowie Einsatztraining, Schießausbildung und taktische Maßnahmen zur Eigensicherung eingeübt. Dabei konnten die angehenden Schutzleute zugleich ihre Teamfähigkeit schulen und Kommunikation als Mittel zur Konfliktlösung einüben. Einen wichtigen Beitrag zur praxisorientierten Ausbildung leisten dabei die an realen Gegebenheiten angelehnte „Trainingswelt“, in der verschiedene Einsatzszenarien und Lehrräume für den polizeilichen Alltag abgebildet sind. So dienen unter anderem die nachempfundenen Räumlichkeiten einer Wohnung oder einer Gaststätte als Übungsorte, wo Alltagssituationen des Polizeiberufs von den Studierenden auf Grundlage des zuvor vermittelten theoretischen Wissens erlernt werden können.



„ Wir brauchen Polizistinnen und Polizisten, die optimal auf die Herausforderungen ihres komplexen Berufs vorbereitet werden. Die ‚Trainingswelt‘ der Hessischen Bereitschaftspolizei bietet hierfür hervorragende Bedingungen. Hier können unsere künftigen Schutzleute sämtliche Situationen des polizeilichen Alltags in geschützter Trainingsatmosphäre und angeleitet durch erfahrene Lehrkräfte erproben und sich optimal auf den künftigen Berufsalltag vorbereiten. Deshalb sorgen heute wie auch morgen gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten für Sicherheit in Hessen.

PETER BEUTH

Vollzug ausländerrechtlicher Freiheitsentziehung

HESSISCHE ABSCHIEBEHAFT EINRICHTUNG IN BETRIEB

Der Hessische Landtag hatte im Dezember 2017 das Gesetz über den Vollzug ausländerrechtlicher Freiheitsentziehung verabschiedet und damit die Voraussetzungen für die Inbetriebnahme einer speziellen Abschiebehafteinrichtung in Hessen geschaffen. Eine ehemalige Liegenschaft der Justizvollzugsanstalt Darmstadt wurde im Frühjahr des Jahres 2018 hierfür ertüchtigt, die Platz für bis zu 75 Haftplätze bietet.

Die Hessische Abschiebehafteinrichtung folgt dem Prinzip „so viel Freiheit wie möglich, bei so vielen Einschränkungen wie nötig“. Dabei steht eine menschenwürdige Behandlung immer an erster Stelle. In den ehemaligen Gebäudeteilen der Justizvollzugsanstalt Darmstadt wurden seitens der Sicherheitsbehörden die optimalen Voraussetzungen vorgefunden.

Die Abschiebungshaft ist das letzte Mittel zur Durchsetzung einer Ausreisepflicht. Häufig gelingt es, gemeinsam mit den Betroffenen freiwillige Ausreisen zu planen und so eine selbstbestimmte Rückkehr ohne Zwang zu ermöglichen. Das Land Hessen hat hierzu eigens eine Förderrichtlinie entwickelt, die dann greift, wenn die bestehenden Förderprogramme des Bundes nicht ausreichen oder zu unflexibel sind. Die freiwillige Ausreise wird grundsätzlich einer zwangsweisen Rückführung vorgezogen. In die Abschiebehafteinrichtung kommen nur die wenigsten Ausreisepflichtigen. Wenn Betroffene die Angebote für eine freiwillige Rückkehr nicht annehmen, ist Abschiebung die rechtsstaatlich gebotene Konsequenz.





48 Landes-Dienststellen ausgezeichnet

FAMILIENFREUNDLICHKEIT WIRD GROßGESCHRIEBEN

Der Hessische Innenstaatssekretär Werner Koch hat Anfang Mai 2018 in Wiesbaden das Gütesiegel „Familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen“ und das Gütesiegel „Familienfreundliche Hochschule Land Hessen“ an insgesamt 48 besonders engagierte Einrichtungen des Landes verliehen. Im Rahmen der Bewerbung um ein Gütesiegel hatten die teilnehmenden Dienststellen und Hochschulen Workshops durchgeführt, um relevante Themen innerhalb der Belegschaft ihrer Häuser zu identifizieren. Dadurch wurden je nach Personalstruktur teils sehr unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt: Während sich eine Dienststelle vermehrt um die Unterstützung pflegender Angehöriger kümmert, versuchen andere ihre Kolleginnen und Kollegen mit Notfall-, Ferien- oder Brückentagsbetreuung für die Kinder zu unterstützen. Alle eint, dass sie sich strukturell mit einem ausgewogenen Verhältnis zwischen beruflichen Anforderungen und privaten Bedürfnissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auseinandersetzen.



„ Wir wollen für jede Arbeitskraft die Arbeitsbedingungen schaffen, die sie oder er braucht um bestmögliche Leistung zu erbringen und Freude an der Arbeit zu haben. Unsere Gütesiegel stehen für diesen Anspruch und zeichnen vorbildliche Dienststellen und Hochschulen in Hessen aus, die sich auf den Weg gemacht haben, unseren Anspruch konsequent umzusetzen.

WERNER KOCH



KOMPASS wird ausgeweitet

SICHERHEITSPROGRAMM KÜNFTIG IN GANZ HESSEN VERFÜGBAR

Seit dem 4. Mai 2018 können sich alle hessischen Kommunen zur Teilnahme an der Sicherheitsinitiative KOMPASS bewerben. Hessens Innenminister Peter Beuth hatte gemeinsam mit den Oberbürgermeistern und den Bürgermeisterinnen der vier Modellkommunen Hanau, Bad Homburg, Schwalbach am Taunus und Maintal eine erste Bilanz zum Sicherheitsprogramm KOMPASS (**KOM**munal**ProgrA**mm**S**icherheits**S**iegel) gezogen und die Ausweitung des Sicherheitsangebots auf ganz Hessen angekündigt.

In den Modellkommunen war KOMPASS im Dezember 2017 gestartet. Seitdem konnte bereits vieles für die Sicherheit vor Ort umgesetzt werden. Überall fanden Bürgerbefragungen und erste KOMPASS-Sicherheitskonferenzen der Sicherheitspartner statt. Teilweise wurden „Sicherheitsberater für Senioren“ gewonnen, ein „Schutzmann vor Ort“ (SvO) eingeführt oder etwa Videoschutzanlagen aufgestellt. *Weitere Informationen unter kompass.hessen.de.*

Innenminister Peter Beuth mit den Rathaus-Chefs der Modellkommunen (v.l.n.r.): Monika Böttcher (Maintal), Alexander W. Hetjes (Bad Homburg), Christiane Augsburg (Schwalbach am Taunus) und Claus Kaminsky (Hanau).



”

In den vier Kommunen wurde wichtige Pionierarbeit für Hessens Sicherheit geleistet. Aus den dort gemachten Erfahrungen können wir schöpfen und bestärkt unsere KOMPASS-Sicherheitsinitiative landesweit anbieten.

PETER BEUTH



Traditions-Radrennen Eschborn-Frankfurt

DEUTSCHER RADKLASSIKER MIT EXZELLENTEM RUF

Getreu dem Motto „von der Weltklasse bis zum Erstklässler“ gehen alljährlich Profis, Nachwuchs, Teilnehmer des Inklusionsrennens und bis zu 5.000 Hobbyfahrer auf die Strecke des Radklassikers Eschborn-Frankfurt. Die Ausstellungen in Eschborn und an der Alten Oper in Frankfurt sowie viele Feste im Taunus oder am berühmt-berüchtigten Mammolshainer Berg machen den 1. Mai zu einem Radsporttag in der gesamten Region. Die tolle Stimmung an der Strecke und die Atmo-

sphäre an der Alten Oper zeigten auch 2018 wieder, dass das Rennen nichts von seiner großen Attraktivität verloren hat und der Radsport in Hessen weiterhin quicklebendig ist. Nach der Absage des Radrennens 2015 aufgrund des damaligen Anschlagverdachts ist dies ein Zeichen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Hessen nicht verunsichern lassen und weiter mit Freude an dieser Großveranstaltung teilnehmen.



Alexander Kristoff gewann 2018 zum vierten Mal nacheinander den Radklassiker Eschborn-Frankfurt und kürte sich damit zum Rekordsieger des Traditionsrennens.



Gespannt schauten die kleinsten Teilnehmer auf Sportminister Peter Beuth, der die Flagge zum Start des Lauf-Rad-Rennens schwenkte.

Eintracht Frankfurt e.V.

BESUCH BEIM TAG DES BEHINDERTENSORTS

Die Rollstuhltennisspieler von Eintracht Frankfurt e.V. freuten sich im Mai 2018 über den Besuch von Minister Peter Beuth, der bei den Tenniscracks die Bedeutung gleichberechtigter Teilhabe am Sport hervorhob und dem Verein eine Förderung für die Nachwuchsarbeit in Höhe von 500 Euro überreichte. Der Tennissport ist ideal für inklusives Sporttreiben geeignet. Jüngere und ältere Sportler spielen in der Rollstuhltennisabteilung mit unterschiedlichen Behinderungen mit- und gegeneinander. So wird gegenseitiges Verständnis gestärkt und Vorurteile und Berührungspunkte abgebaut.

Der „Tag des Behindertensports“ bei Eintracht Frankfurt e.V. leistete einen weiteren wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung für die Themen Behindertensport und Inklusion, um die sich auch zahlreiche hessische Sportfachverbände 2018 verdient gemacht haben.



„Wir wollen allen Menschen eine selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am Sport ermöglichen, mehr Anerkennung für Menschen mit Behinderung erreichen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.“

PETER BEUTH

Fünf neue Abrollcontainer

HOCHWASSERSCHUTZ IM RHEINGAU GESTÄRKT

Fünf neue Abrollcontainer zur Löschwasserversorgung (AB-LWV) mit einem Gesamtwert von rund zwei Millionen Euro konnten im Mai an die Freiwillige Feuerwehr Rüdeshheim-Assmannshausen übergeben werden. Die Abrollbehälter sind ein schlagkräftiges und hoch mobiles Einsatzmittel mit modernsten Funktionen im Bereich des Hochwasserschutzes. Durch ihre leistungsstarke Pumpe können sie 4.000 Liter Wasser in nur einer Minute über eine Förderstrecke von nahezu zwei Kilometern fördern. Mit der Übergabe konnte der Hochwasserschutz im Rheingau und der Region gestärkt werden.



Förderrichtlinien veröffentlicht

SWIM MODERNISIERT HESSENS BÄDERLANDSCHAFT

Für 2019 hat die Hessische Landesregierung ein neues Programm zur Förderung von Schwimmstätten im Land aufgelegt. Mit dem 50 Millionen Euro schweren Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramm (SWIM) fördert die Landesregierung den Erhalt und die Modernisierung der hessischen Hallen- und Freibäder. Die Hessische Landesregierung unterstreicht mit diesem Programm, dass sie die Bedeutung der Bäder sowohl für den ländlichen Raum, als auch für den Schwimmsport würdigt und deren Erhalt und Modernisierung gezielt fördert.

Seit dem 29. Mai 2018 können Kommunen, gemeinnützige Vereine und öffentliche Schwimmbadbetreiber eine Förderung beantragen und ihre Maßnahmen planen. Aus dem aufgelegten SWIM-Programm mit einer Laufzeit über fünf Jahre stehen jährlich Mittel in Höhe von insgesamt zehn

Millionen Euro zur Verfügung. Anmeldungen zum Förderprogramm können über das auf der Internetseite www.swim.hessen.de hinterlegte Anmeldeformular über den jeweiligen Landkreis bzw. die kreisfreie Stadt oder die Stadt mit Sonderstatus beim Hessischen Innenministerium eingereicht werden.





„ *Innere Sicherheit ist ein Markenzeichen unseres Landes. Die Menschen haben großes Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Als Garant für Sicherheit und Hüter des Gemeinwesens nehmen die heute vereidigten Polizeianwärterinnen und -anwärter eine herausragende Rolle für unsere freie und demokratische Gesellschaft ein. Die heute vereidigten Nachwuchsbeamten stehen exemplarisch für den Ausbau der Hessischen Polizei, bei der im Jahr 2022 über 15.290 Polizistinnen und Polizisten für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen sorgen werden.*

PETER BEUTH





”

Für die Hessische Landesregierung steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Deshalb haben wir in den vergangenen Jahren beschlossen, die Polizei in Hessen deutlich zu stärken. Nachdem wir im vergangenen Jahr mit 860 Polizeinachwuchskräften bereits den größten Ausbildungsjahrgang aller Zeiten vereidigen konnten, wurde dieser Rekordwert jetzt erneut deutlich überschritten. Mit rund 1.100 Anwärterinnen und -anwärter werden heute so viele junge Menschen in Hessen vereidigt, wie noch nie.

VOLKER BOUFFIER



Hessentag 2018

1.100 NEUE KOMMISSARANWÄRTERINNEN UND -ANWÄRTER VEREIDIGT

Am Tag der Polizei hat Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Ministerpräsident Volker Bouffier rund 1.100 neue Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter auf dem Hessentag in Korbach vereidigt. Es ist der bis heute größte Jahrgang von Polizeianwärterinnen und -anwärtern, den es jemals bei der Hessischen Polizei gegeben hat. Die rund 1.100 Vereidigten stammen aus dem Einstellungsjahrgang 2017 und sind Teil der Sicherheitspakete, durch das die hessische Polizei bis zum Jahr 2022 mit 1.520 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten verstärkt wird. Alle Vereidigten sind im Alter von 18 bis 38 Jahren, knapp ein Drittel von ihnen sind Frauen.

Rund 20 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter haben einen Migrationshintergrund, 21 eine doppelte Staatsbürgerschaft, 27 eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zehn gehören der Sportfördergruppe an. Fast 30 Prozent der Anwärterinnen und Anwärter stammen aus zwölf anderen Bundesländern, die meisten davon aus Rheinland-Pfalz (107), Nordrhein-Westfalen (46) und Baden-Württemberg (47). Nach der feierlichen Zeremonie eröffnete der Minister die Polizeishow zum „Tag der Polizei“. Dabei zeigten die Polizeireiterstaffel und Hundeführer ihr Können sowie Beamte des Spezialeinsatzkommandos (SEK) Teile ihres Einsatzspektrums.





Maßnahmenpaket verabschiedet

LEISTUNGSSPORT IN HESSEN NACHHALTIG GESTÄRKT

Im Mai des Jahres hatte Sportminister Peter Beuth gemeinsam mit Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz und Dr. Rolf Müller, Präsident des Landessportbundes Hessen, ein Maßnahmenpaket geschnürt und eine gemeinsame Vereinbarung zur „Neuausrichtung des Leistungssports Hessen“ vorgestellt. Im Mittelpunkt steht die Nachwuchsförderung für den hessischen Spitzensport. Dafür investierte das Land im Jahr 2018 zusätzlich 1,3 Millionen Euro in den Leistungssport. Die Eckpunkte der Leistungssport-Reform sehen die Stärkung des Landesprogramms „Talentsuche - Talentförderung“, der Dualen Karriere sowie der Leistungssporttreibenden Vereine vor. Zudem werden die Zuwendungen an die Hessischen Sportfachverbände erhöht und der Olympia-Stützpunkt Hessen unterstützt. Auch der Aufbau einer eigenen Athleten- und Trainervertretung wird forciert.

„ Mit unserer Leistungssport-Reform schaffen wir die Rahmenbedingungen für künftige Erfolge bei Olympischen und Paralympischen Spielen. Wir haben bewusst von Beginn an die Athletinnen und Athleten in den Mittelpunkt unserer Bemühungen gestellt. Unsere Reformen orientieren sich an den Bedürfnissen der Sportler, die sich aktiv in den Reformprozess eingebracht haben und deren Stimme wir durch die Förderung der Hessischen Athletenvertretung stärken. Der ‚hessische Weg‘ im Leistungssport sorgt dafür, dass junge Talente sich auf ihren sportlichen Erfolg konzentrieren können und sich dennoch zugleich berufliche Perspektiven nach der Sportkarriere schaffen können.

PETER BEUTH

Online-Umfrage

STARTSCHUSS FÜR DAS PROJEKT „STARKER SPORT. STARKER VEREIN.“

Der Hessische Sportminister Peter Beuth hat im Mai des Jahres gemeinsam mit dem Präsidenten des Landessportbundes Hessen (lsbh), Dr. Rolf Müller, dem Präsidenten des Hessischen Turnverbands (HTV), Norbert Kartmann, und dem Präsidenten des Hessischen Fußballverbands (HFV), Stefan Reuß, den Startschuss für das neue Kooperationsprojekt „Starker Sport. Starker Verein.“ gegeben. Zentraler Bestandteil des Projekts ist eine Online-Umfrage, an der alle 7.700 hessischen Sportvereine teilnehmen können.

In Hessen gibt es rund 7.700 Sportvereine. Damit das auch in Zukunft so bleibt, sollen sie mit dem Projekt nachhaltig gestärkt werden. Mit dem Projekt „Starker Sport. Starker Ver-

ein.“ soll in Erfahrung gebracht werden, wo der Schuh in den Vereinen drückt und auf welchen Gebieten sie Unterstützung benötigen. Basierend auf den Antworten einer Online-Umfrage erhalten die Vereine eine individuelle Auswertung, die Hinweise gibt, wo der Verein gut aufgestellt ist und wo vielleicht noch Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen. Das Hessische Innenministerium fördert das auf drei Jahre angelegte Projekt mit insgesamt 320.000 Euro.



Einzigartige Veranstaltung

**3.300 KINDER BEIM
LANDESKINDERTURNFEST**

Bereits zum neunten Mal veranstaltete die Hessische Turnjugend (HTJ) das Landeskinderturnfest in Gießen. Unter dem Motto „Miteinander turnen – gemeinsam leuchten“ wurde die Veranstaltung auf der Turnfestmeile im Stadtpark Wieseckau sowie in zahlreichen Sporthallen der Stadt Gießen durchgeführt. Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Hessen übernachteten dabei von Freitag bis Sonntag in Schulen der Stadt. In verschiedenen Sportarten, unter anderem Geräteturnen, Trampolin, Prellball, Gymnastik, Leichtathletik, Tanz, Rhönrad und Rope Skipping, erlebten die Kinder die ganze Vielfalt des Turnens. Zahlreiche Mitmachwettbewerbe konnten ausprobiert werden. Insgesamt nahmen in diesem Jahr über 3.300 Kinder am Turnfest teil.



Vielfältige Präventionsarbeit

LANDESTAGUNG DES WEISSEN RING E.V.

Staatssekretär Werner Koch nahm im Juni an der Landestagung des Weissen Rings in Fulda teil und betonte dabei die engagierte ehrenamtliche Tätigkeit des Vereins für die Belange des Opferschutzes. Der WEISSE RING e.V. leistet bei der Betreuung von Opfern eine vorbildliche Arbeit und arbeitet hierbei eng mit dem Land Hessen zusammen. Bereits im Dezember 2008 wurde zwischen dem WEISSEN RING e.V. in Hessen und der Hessischen Landesregierung eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Ziel der Vereinbarung ist es, die Möglichkeiten der Information und Hilfe für die Opfer von Straftaten weiter zu verbessern und gezielte Maßnahmen der Prävention zu koordinieren.

Wie Werner Koch betonte, sei der beste Opferschutz noch immer die Verhinderung von Straftaten. Es sei daher erfreulich, dass mit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017, mit 375.632 Straftaten in Hessen, ein historischer Tiefstwert erreicht werden konnte. Angesichts von 57.151 Opfern ist dies aber dennoch kein Anlass, um sich auszuruhen. „Gemeinsam müssen wir weiter daran arbeiten, dass Menschen gar nicht erst zu Opfern werden. Die vielfältige Präventionsarbeit der hessischen Polizei setzt hier an der richtigen Stelle an“, so Werner Koch.





23 neue Einsatzleitwagen

FEIERTAG FÜR DEN KATASTROPHENSCHUTZ IN HESSEN

Im feierlichen Rahmen überreichte Innenminister Peter Beuth im Juni auf dem Schloßplatz in Wiesbaden 23 Einsatzleitwagen „ELW 2“ an die Informations- und Kommunikationsgruppe (IuKGr) des Katastrophenschutzes. Die Fahrzeuge unterstützen eine Führungsgruppe beim Einsatz eines Verbandes oder mehrerer taktischer Einheiten in einem größeren Einsatzgebiet oder bei der Koordination verschiedener Hilfsorganisationen bei einem Einsatz.

Hessen verfügt unter anderem über 52 Betreuungszüge, 38 Sanitätszüge und vier medizinische Task Forces (MTF) sowie rund 400 Katastrophenschutz-Löschzüge. Im Rahmen der Ausstattungsoffensive wurden in den letzten zehn Jahren bis Ende 2018 rund 60 Millionen Euro in die Ausstattung investiert.

Die 23 übergebenen Einsatzleitwagen hatten allein einen Gesamtwert von 9,77 Millionen Euro. Unter den genormten Einsatzfahrzeugen stellt der Einsatzleitwagen nach den Drehleitern das zweitwerteste Fahrzeug im Brand- und Katastrophenschutz dar.



„Die 23 Einsatzleitwagen sind mit einer hochkomplexen Funk- und Fernmeldetechnik und einsatztaktischer Ausrüstung ausgestattet. Hierzu gehört eine moderne Bürokommunikationsausstattung mit zwei Satellitenterminals, einem PC-Netzwerk bestehend aus einem Server und mehreren Arbeitsplätzen und einer Kameraanlage zur digitalen Bildübertragung. Neben der herkömmlichen Lagerdarstellung dienen sie somit als Führungsmittel sowie mobile Befehlsstelle für die Einsatzleitungen unserer Informations- und Kommunikationsgruppen. Damit sind sie nicht nur auf dem neusten technischen Stand, sondern auch das Herzstück der Einsatzkommunikation bei Großschadenslagen und in Katastrophenfällen.“



PETER BEUTH



Einbruchsdiebstahl bekämpfen

SOMMERKAMPAGNE ZUM SCHUTZ DER BÜRGER

Trotz eines Rückgangs im Deliktsfeld des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED) von zehn Prozent im vergangenen Jahr hat die hessische Polizei auch 2018 über die Sommerferien wieder ihre Kontroll- und Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs intensiviert. Insgesamt wurden vom 11. Juni bis zum 5. August 730 Einsatz- und Kontrollmaßnahmen und damit 20 mehr als noch im Sommer 2017 hessenweit durchgeführt.

Erneut setzte die Hessische Polizei vor und während der Ferienzeit auf ein breites Maßnahmenbündel, zu dem neben Kontrollen und Prävention auch der stärker täterorientierte

Ermittlungsansatz im Rahmen unserer Länderkooperation mit Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zählt. Die Schwerpunkte lagen dabei auf Kontrollen auf überregionalen Verkehrswegen, im öffentlichen Personennahverkehr, in An- und Verkaufsgeschäften und an regionalen Schwerpunkten. Zusätzlich vermittelte die Polizei bei knapp 30 landesweit durchgeführten Präventionsveranstaltungen praktische Handlungsanleitungen zum Schutz vor Wohnungseinbruchdiebstahl. Die Polizeiexperten gaben persönlich und über soziale Medien Hinweise, um Bürgerinnen und Bürger schnell und unbürokratisch zu informieren.

Feuerwehr Niedernhausen

Neues Drehleiter-Fahrzeug übergeben

Beim großen Mittsommernachtsfest der Freiwilligen Feuerwehr Niedernhausen konnte Innenminister Peter Beuth den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden ein neues Drehleiterfahrzeugs vom Typ „DLAK 23/12“ übergeben, dessen Anschaffung mit 127.500 Euro gefördert wurde. „Heute ist ein guter Tag für die Kameradinnen und Kameraden, denn die Gemeinde erhält heute ihre allererste Drehleiter. Neue Fahrzeuge sorgen für hohe Motivation, Begeisterung und Freude unter den Kameraden, die sich richtig reinknien, um Fahrzeug und Technik optimal bedienen zu können“, so Innenminister Peter Beuth.



Terror-Anschläge verhindern

HESSISCHE POLIZEI FÜHRT
NEUE SOFTWARE EIN

Im Juli 2018 präsentierte die Hessische Polizei mit hessenDATA der Öffentlichkeit eine neue Analyseplattform, mit der Schwerstkriminelle effektiv bekämpft und Anschläge von Terroristen verhindert werden sollen. Innenminister Peter Beuth überzeugte sich von der neuen Software im Polizeipräsidium Frankfurt am Main. hessenDATA kann bereits von mehr als 150 Staatsschützern genutzt werden. Dafür verknüpfen die Experten bereits vorhandene Informationen aus polizeilichen Datenbanken, um schnell gebündelte Erkenntnisse - zum Beispiel über islamistische Gefährder - zu generieren und polizeiliche Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Auch ein Abgleich mit im Internet offen einsehbaren Informationen wie etwa aus sozialen Netzwerken ist möglich.

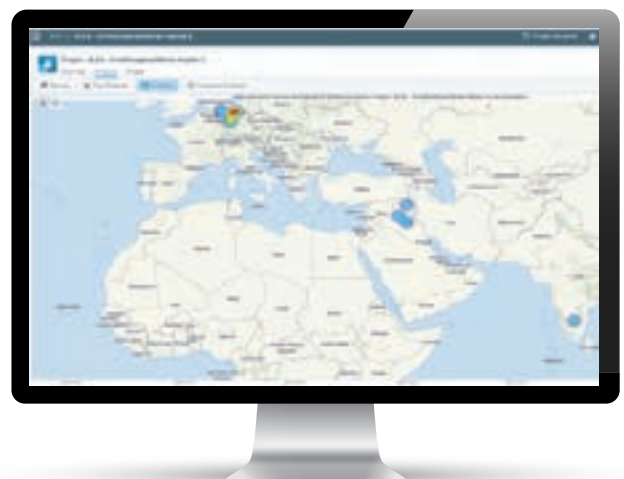
Die Hessische Landesregierung hat nach den Anschlägen von Paris und Brüssel die Sicherheitsstrategie 2016-2020 für die hessische Polizei fortgeschrieben und dabei unter anderem auch den Staatsschutz mit einem umfassenden Maßnahmenpaket gestärkt. Dieses beinhaltet als ein Element die personelle, organisatorische und technische Stärkung der Analyse- und Auswertestellen. In diesem Zusammenhang wurde die Analyseplattform implementiert und mit Erfolg in die polizeiliche Ermittlungsarbeit integriert. So konnte beispielsweise im Rahmen eines beim Hessischen Landeskriminalamt geführten Ermittlungsverfahrens gegen Haykel S. dieser anhand von Standortdaten lokalisiert werden, die im Zusammenhang mit der Nutzung von sozialen Netzwerken offengelegt werden konnten. In Verbindung mit den bereits vorhandenen Informationen im Verfahren konnten auf diesem Weg neue Ermittlungsansätze, beispielsweise die Feststellung eines Auslandsaufenthaltes generiert werden. Die Verarbeitung der zugrundeliegenden Daten erfolgte zunächst manuell und erforderte eine Weitergabe der Rohdaten an IT-Fachdienststellen im Hessischen Landeskriminalamt, wo die Daten innerhalb einer Woche aufbereitet wurden. Unter Hinzuziehung von hessenDATA gelang es, diese aufwendigen manuellen Arbeitsschritte einzusparen und bereits nach wenigen Minuten eine vollständige und strukturierte Übersicht der erhobenen Daten zu erhalten.



„*Fanatische Extremisten haben in Europa alleine im letzten Jahr 62 Menschen bei dschihadistischen Anschlägen getötet. Mit hessenDATA stellen wir sicher, dass die hessische Polizei vorhandene Informationen schnell und richtig verknüpfen kann. Wir haben die Polizeiarbeit damit in ein neues Zeitalter gehoben. Die Analyseplattform beschleunigt die Ermittlungen, hilft Netzwerke aufzuhellen und kann dadurch Menschenleben retten. Wir konnten dank des gezielten Einsatzes der Software durch unsere Analysten bereits einen bevorstehenden Anschlag verhindern.*

PETER BEUTH

hessenDATA
Daten-Analyseplattform



Neue Einsatzmittel

HESSISCHE POLIZEI IST GUT GERÜSTET FÜR DIE ZUKUNFT

Die hessische Polizei wird landesweit mit Distanzelektropulsgeräten den sogenannten „Tasern“ ausgestattet. Das hat der Hessische Innenminister Peter Beuth Anfang Juli in der Polizeiakademie Hessen (HPA) bekanntgegeben. Seit Mitte Mai 2017 hatten zunächst das Überfallkommando in Frankfurt und ab Mitte November 2017 das 1. Polizeirevier in Offenbach im Rahmen eines Probebetriebs das neue Einsatzmittel getestet. Dabei hatte sich der Taser bewährt. Die Waffe hat einen hohen präventiven Effekt, in der Testphase hat oftmals schon die Androhung des Einsatzes zu einer Deeskalation geführt. Zunächst wurden sogenannte Unterstützungseinheiten (wie das Überfallkommando) und die Einsatzkräfte von Innenstadtrevieren im Umgang geschult und ausgerüstet. Vorläufig wird die Waffe nur in Situationen zum Einsatz kommen, in denen ein oder mehrere Polizisten den Taser-führenden Schutzmann absichern.

Der Innenminister konnte zudem bei einem Übungsszenario einer Beweis- und Festnahmeinheit (BFE) der Bereitschaftspolizei von der Schlagkraft und neuen Mitteldistanzwaffe überzeugen. Mit ihr wurde die Reaktionsfähigkeit der Polizei angesichts einer anhaltenden Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus weiter erhöht. Die BFE wurden vor diesem Hintergrund bereits mit neuen modernen Gewehren ausgestattet. Weitere 1.500 Langwaffen befinden sich im Beschaffungsvorgang und werden in diesem Jahr an die Polizei übergeben.



Erstmals wurde auch ein neuer Messengerdienst präsentiert, der seit vergangenem Jahr in allen Dienststellen landesweit zur Verfügung steht. Der HePolChat ist auf Smartphones und Tablets verfügbar und ermöglicht die schnelle und effektive Kommunikation der Polizei. Nach einer durchweg positiven Erprobung des Messengerdienstes bei der Bereitschaftspolizei und im Polizeipräsidium Westhessen soll HePolChat plattformübergreifend auf Windows-Rechnern aber auch auf iOS-(Apple) sowie Android-Systemen hessenweit genutzt werden. 2.800 mobile Endgeräte (Smartphones und Tablets) wurden bereits bis 2018 an die Polizei ausgegeben, der Bestand wird fortlaufend erhöht.



Ideenmanagement des Landes

**INNENMINISTER PETER BEUTH
PRÄMIERTE KLAUS BOIDA**

Die Hessische Landesregierung fördert die Kreativität und das Engagement seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jedes Jahr zu Verbesserungsvorschlägen innerhalb der Landesverwaltung angehalten werden. Empfehlungen, die zu einer bürgerorientierten, effektiven und wirtschaftlichen Aufgabenerledigung führen, können dabei im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Abteilung Zentrales Ideenmanagement, eingereicht werden. Ideen einzelner Kolleginnen und Kollegen führen immer wieder dazu, dass auch der Job für Hessens Polizisten leichter wird. Im Juli 2018 prämierte Innenminister Peter Beuth bei seinem Besuch der Polizeifliegerstaffel in Egelsbach den Ersten Polizeihauptkommissar Klaus Boida, der eine benötigte Software zur wiederkehrenden Schulung des fliegenden Personals der Polizeifliegerstaffel in Egelsbach entwickelt hat. Durch den persönlichen Einsatz des Schulungsleiters spart das Land jährlich einen fünfstelligen Betrag.

„Extremisten fordern unseren Staat heraus, indem sie seine Werte und Symbole ablehnen. Unter ihnen befinden sich radikale Fanatiker, die im Verborgenen planen, den Menschen in unserem Land größtmöglichen Schaden zuzufügen. Von islamistischen Gefährdern, die Anschläge verüben wollen über gewalttätige Rechtsextremisten, die gegen Andersdenkende hetzen, bis hin zu Linksextremisten, die Ordnung durch Chaos und Anarchie ersetzen wollen. Unser starker, operativ ausgerichteter und moderner Verfassungsschutz ist Garant für ein zuverlässiges Frühwarnsystem in Hessen.“



ROBERT SCHÄFER

LfV-Bericht 2017 vorgestellt

VERFASSUNGSSCHUTZ IST SCHLAGKRÄFTIG WIE NIE ZUVOR

Etwa 13.500 Extremisten lebten 2017 in Hessen. Dies gaben Innenminister Peter Beuth und der Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen, Robert Schäfer, Ende Juli 2018 anlässlich der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 2017 bekannt. Der islamistische Terrorismus ist weiterhin die größte Gefahr für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Hessen. Aber auch gewaltorientierte Rechts- und Linksextremisten stellen die Sicherheitsbehörden weiterhin vor große Herausforderungen.

In den vergangenen Jahren wurde das Landesamt für Verfassungsschutz insbesondere aufgrund der anhaltende Bedrohung durch den internationalen Terrorismus nachhaltig gestärkt. Mit dem Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes und einzelnen Anpassungen des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) verfügen die Sicherheitsbehörden mittlerweile über den notwendigen rechtlichen Rahmen für ihre wichtigen Aufgaben. Zusätzlich konnte der hessische Nachrichtendienst personell gestärkt werden. Bis 2019 wird das LfV auf 370 Planstellen anwachsen - eine Verdopplung gegenüber dem Jahr 2000 (182 Stellen). Die jährlichen Haushaltsmittel wurden im gleichen Zeitraum sogar mehr als vervierfacht (2000: 8,3 Mio. Euro; 2018: 28,2. Mio. Euro).

Im Zeichen der Neuausrichtung hin zu mehr Offenheit und Transparenz hat das Landesamt für Verfassungsschutz in den letzten Jahren auch seine Präventionsarbeit intensiviert. Im Berichtsjahr gelang es dem LfV erneut, die Anzahl seiner Präventionsveranstaltungen zu steigern. Insgesamt 292 Veranstaltungen wurden durchgeführt. Die Experten des Landesamtes für Verfassungsschutz gehen zu Unternehmen, Kommunen, Schulen oder Polizeidienststellen, um sie über aktuelle Phänomene in der Extremistenszene zu informieren. Gerade im Hinblick auf neue Strategien im Netz wie bei der Identitären Bewegung ist es wichtig, dass insbesondere junge Menschen darüber aufgeklärt werden. Hinter vordergründig harmlos wirkenden Sprüchen im Internet stecken oftmals handfeste Rechtsextremisten, die versuchen, neue Zielgruppen in der Mitte der Gesellschaft zu rekrutieren.

Zusätzlich wurde 2017 das Format des „robusten Dialogs“ eingeführt. Extremistisch beeinflusste Moscheevereine werden aktiv von Verfassungsschützern angesprochen. Ziel ist es einerseits demokratiefördernde Prozesse in den Gemeinden anzustoßen. Andererseits vermitteln die Experten des Nachrichtendienstes den Verantwortungsträgern der Vereine eine klare Erwartungshaltung der Sicherheitsbehörden im Hinblick auf die Einhaltung der in Hessen geltenden Regeln.

Der Verfassungsschutzbericht 2017 ist online unter lfv.hessen.de einsehbar.



Personenpotential und Straftaten von Extremisten 2017

Extremisten	Personen	Straftaten
Salafisten	4.170	99
Extremisten mit Auslandsbezug	4.475	118
Linksextremisten	2.570	61
Rechtsextremisten	1.465	540
Reichsbürger/Selbstverwalter	1.000	-



Neue Polizeistation eröffnet

POLIZEI UND RETTUNGSWACHE IN MAINTAL UNTER EINEM DACH

Große Freude herrschte bei der offiziellen Eröffnung der neuen Polizeistation in Maintal im Juli 2018. Knapp 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hessischen Polizei sowie eine zentrale Rettungswache des Deutschen Roten Kreuzes e.V. (DRK) sind fortan an einem Standort untergebracht. Sie erhalten mit der neuen und barrierefreien Polizeistation eine moderne und attraktive Arbeitsstelle, die ein wichtiger Schritt für eine leistungsfähige und moderne Polizei vor Ort ist. Die neue Adresse bietet großzügige und komplett neu möblierte Räumlichkeiten und ist nach dem neusten Stand der Technik ausgestattet. Hinzu kommt die ideale und attraktive Lage der Polizeistation, die eine gute Anbindung an die umliegenden Städte sowie die Bundesautobahn verspricht.



„Hilfe für Helfer e.V.“

VEREIN ÜBERGIBT 40.000 EURO AN HINTERBLIBENE

An Weihnachten 2015 wurde Polizeioberkommissar Christoph Rehm bei einer Fahrkartenkontrolle am Herborner Bahnhof tödlich verletzt. Die Vorsitzende des Vereins „Hilfe für Helfer Frankfurt e.V.“ Hildegard Becker-Toussaint übergab gemeinsam mit Vorstandsmitglied Karl-Heinz Reinstädt, im Hauptberuf Präsident des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik, bei einer kleinen Feier im Innenministerium in Wiesbaden der Lebensgefährtin des toten Polizisten, Kristina Klein und dessen Sohn Henry einen Scheck über 40 000 Euro, welches vor allem für die Ausbildung des Jungen gedacht ist. Innenminister Peter Beuth sagte, die Tat von Herborn habe dazu geführt, Polizisten noch besser zu schützen. Die Tat sei auch Anlass gewesen, stich- und schnittsicheren Schutzwesten und Schals für die hessische Polizei anzuschaffen. Zugleich erinnerte der Minister daran, dass es eine politische Aufgabe sei, eine „Erinnerungskultur“ für Beamte zu schaffen, die bei ihrer Arbeit körperliche oder seelische Verletzungen erlitten.





Motiviert in die Feuerwehr

STARTERPAKET ALS BEGRÜßUNGSGESCHENK



Gut ausgestattete, professionell ausgebildete und motivierte Einsatzkräfte bilden die Grundlage einer funktionierenden Freiwilligen Feuerwehr in Hessen. Um die künftigen Mitglieder der Einsatzabteilung für ihre wichtige Aufgabe zusätzlich zu motivieren, erhalten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines Grundlehrgangs ab August 2018 als Begrüßungsgeschenk ein Starterpaket, das im Wesentlichen aus einer Woll-

mütze, einem Rettungsmesser und einer LED-Taschenlampe sowie grundlegenden Feuerwehrdienstvorschriften - verpackt in einer Schreibmappe mit Block, Kugelschreiber und weiterem Bürobedarf - besteht. Die Kosten pro Paket liegen bei rund 50 Euro. Um den Bedarf für die nächsten zwölf Monate zu decken, hat das Land 3.000 Starterpakete beschafft, die landesweit bei allen Grundlehrgängen ausgegeben werden.

Kampagne „Rettungsgasse“

PILOTPROJEKT ZUR SENSIBILISIERUNG VON LKW-FAHRERN GESTARTET

Im Rahmen der Kampagne „Rettungsgasse“ wurden die Feuerwehren aus Bad Hersfeld, Kirchheim, Limburg, Seligenstadt und Neu-Isenburg mit CB-Funkgeräten ausgestattet. Sie können damit Lkw-Fahrer in acht Sprachen auf Unfälle hinweisen und zur Bildung der Rettungsgasse auffordern. Die Kosten für die Beschaffung der fünf Geräte für den Pilotversuch belaufen sich inklusive Zubehör auf 26.263 Euro und werden komplett vom Land Hessen übernommen.

Über 70 Prozent der Lkw-Fahrer nutzen den CB-Funk als Hauptkommunikationsmittel, um sich mit Kollegen über die Verkehrssituation auszutauschen. Dies tun sie üblicherweise in ihrer jeweiligen Landessprache, auf einem sprachspezifischen Funkkanal. Dabei haben sich bestimmte Kanäle für die einzelnen Landessprachen etabliert, auf denen sich die Fahrer über alle möglichen Informationen rund um den Straßenverkehr austauschen.



Das CB-Funkwarngerät ist in der Lage, gleichzeitig auf acht CB-Funkkanälen einen eingespeicherten Funkspruch jeweils in einer separaten Sprache auszusenden. Dadurch ist es möglich, Lkw-Fahrer in ihrer jeweiligen Landessprache vor den herannahenden Einsatzfahrzeugen zu warnen und zum Bilden einer Rettungsgasse aufzufordern. Die Reichweite beträgt rund 1.000 m und lässt den Lkw-Fahrern somit genug Zeit zur Reaktion. Um die Wirkung in Hessen zu erproben, wurden die fünf hessischen Feuerwehren mit starker Einsatzfrequenz auf Autobahnen für den Pilotversuch ausgewählt.

Unwetterschäden

FINANZHILFEAKTION FÜR UNWETTERGESCHÄDIGTE IN LIMBURG-WEILBURG

Heftige Gewitter und Starkregen hatten am 5. Juli 2018 in mehreren Kommunen im Landkreis Limburg-Weilburg zu Überflutungen geführt. Besonders betroffen waren die Städte Runkel, Villmar und Weilmünster sowie die Gemeinde Weinbach. Zahlreiche Keller liefen voll und Schlammmassen wälzten sich durch die Straßen. Über das zuständige Regierungspräsidium Gießen wurde der Landkreis Limburg-Weilburg im August durch das Hessische Innenministerium darüber informiert, dass eine Finanzhilfeaktion nach der Elementarschädenrichtlinie des Landes eingeleitet wird.

Das Land unterstützt betroffene Bürgerinnen und Bürger. Nach den Elementarschäden-Richtlinien des Landes ist die Voraussetzung für eine staatliche Finanzhilfeaktion, dass auf überörtlicher Ebene schwere Schäden bei einem größeren Personenkreis aufgetreten sind, die die Betroffenen weder aus eigener Kraft noch durch die sachlich gebotene Eigenvorsorge, also zum Beispiel durch eine Versicherung, schultern können.

Neben Limburg-Weilburg erhielten drei weitere Landkreise Unterstützung. Im Odenwaldkreis kam es am 23. April des Jahres in der Stadt Oberzent und der Gemeinde Fränkisch-Crumbach nach Starkregen zu Überflutungen. Am Muttertag 2018 überflutete Regen und Hagel Häuser und Wohnungen in den Gemeinden Grebenhain, Feldatal, Gemünden (Felda) sowie in die Städten Herbstein und Lanzenhain (Vogelsberg-

kreis). Schließlich kam es nach mehrstündiger Starkregen mit Hagel und Sturmböen am 7. August 2018 in mehreren Kommunen im Landkreis Marburg-Biedenkopf zu Überflutungen mit Wasser, Schlamm und Geröll. Besonders betroffen waren die Städte Kirchhain, Amöneburg und Stadtallendorf. Der Landkreis erhielt die staatliche Finanzhilfeaktion im Oktober des Jahres. Alle Landkreise richteten eine Schadenskommission ein, die entstandene Schäden prüfte und Vorschläge für die konkrete Finanzhilfe machte.



Das Land stand an der Seite der Betroffenen und leitete zügig Finanzhilfeaktionen ein, damit Schäden, die beispielsweise nicht von einer Versicherung abgedeckt waren, zügig beseitigt werden konnten. Trotz der starken Schäden in den verschiedenen Regionen des Landes war es erfreulich zu beobachten, mit welcher Tatkraft die Verantwortlichen und vor allem die Bürgerinnen und Bürger vor Ort bei den Aufräumarbeiten und dem Wiederaufbau im vergangenen Jahr ans Werk gingen.



PETER BEUTH





Finanzieller Neustart

RUND 180 KOMMUNEN WURDEN KUNDEN DER HESSENKASSE

178 Kommunen erhielten im August ihre Bewilligungsbescheide zur Teilnahme am Entschuldungsprogramm HESSENKASSE. Mit dem Bescheid bekommen die Kommunen eine bundesweit einmalige Unterstützung, um rund 5 Milliarden Euro Schulden, die als Kassenkredite aufgelaufen waren, zu tilgen. Sie bekommen dafür Geld in beträchtlicher Höhe, umfangreiche Service- und Beratungsleistungen und sind das Risiko, bei steigenden Zinsen noch tiefer in die eigenen Taschen greifen zu müssen, los. In Darmstadt übergab Innenminister Peter Beuth 24 Bescheide der HESSENKASSE mit einer Gesamtsumme von rund 1,3 Milliarden Euro an Landräte und Bürgermeister aus dem Kreis Bergstraße, dem Kreis Groß-Gerau, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Odenwaldkreis sowie an den Oberbürgermeister der Wissenschaftsstadt Darmstadt.

Die Bewilligungsbescheide wurden vom Finanzministerium in Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) sowie dem Innenministerium erstellt. Sie legten für jede am Entschuldungsprogramm teilnehmende Kommune fest, wie hoch der Ablösungsbetrag ist, wie viel Euro der Kassenkredite die HESSENKASSE also übernimmt.



„Die HESSENKASSE ermöglicht den Kommunen, Kassenkredite in Höhe von rund 5 Milliarden Euro abzubauen. Mit Fug und Recht können wir von einem Neustart für unsere hessischen Kommunen dank der HESSENKASSE sprechen. Eine Bank, die einem hilft, den eigenen Dispo abzubauen, um das Konto wieder auszugleichen und die dafür noch eigenes Geld beisteuert, wünschen sich sicherlich manche Hessinnen und Hessen. Für ihre Kommunen bieten wir genau dies mit der HESSENKASSE

PETER BEUTH

„Sportland Hessen“

NEUE TARTANBAHN IM SPORTPARK NEU-ISENBURG EINGEWEIFHT

Mit 100.000 Euro unterstützte das Land Hessen aus dem Sonder-Investitionsprogramm „Sportland Hessen“ den Bau einer neuen Tartan-Laufbahn im Sportpark Neu-Isenburg. Staatssekretär Werner Koch eröffnete die modernisierte Sportstätte klassisch mit dem Knall einer Leichtathletik-Startklappe. Mit fünf Grundschulen, einer Realschule, einem Gymnasium sowie einer Förderschule nutzen derzeit allein knapp 3.500 Schülerinnen und Schüler die Sportstätte im Rahmen ihres Schulunterrichts. Viele weitere begeisterte Sportlerinnen und Sportler betätigen sich zudem im Rahmen des Vereinssports beim TV 1861 Neu-Isenburg sportlich auf dem Gelände.

Die ausgetauschte Aschelaufbahn im Sportpark konnte aufgrund des schlechten Belags in den Wintermonaten zuletzt häufig nicht genutzt werden, so dass der Neubau einer modernen Kunststofflaufbahn dringend notwendig geworden war.

Ein wichtiges Ziel in der hessischen Sportförderung ist, allen Bevölkerungsschichten und Altersgruppen die Chancen und den Anreiz zu aktiver sportlicher Betätigung zu schaffen. Dies setzt ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Sportstätten voraus. Vor diesem Hintergrund gewährt die Hessische Landesregierung Sportvereinen, die Mitglied im Landes-sportbund Hessen e.V. sind, Zuwendungen aus dem Förderprogramm Sportland Hessen zur Sanierung, Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten.





Polizeipräsidium Südosthessen

GRUNDSTEIN FÜR MODERNEN NEUBAU GELEGT

Der Grundstein für das neue Polizeipräsidium Südosthessen in Offenbach wurde Ende August gelegt. Bis 2021 wird das neue Dienstgebäude gebaut, welches viel Platz für die etwa 900 Polizeibediensteten bieten wird. Mit einer Nutzungsfläche von 35.700 Quadratmetern verfügen die Bediensteten über genügend Raum und hochwertige Büroausstattung, um ihre wichtigen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Dazu kommt eine ideale Lage, die kurze Anfahrtswege und schnelle Erreichbarkeit verspricht. Schon heute herrscht bei den Kolleginnen und Kollegen in Südosthessen Aufbruchsstimmung und große Vorfreude. Minister Peter Beuth betonte, dass mit der Grundsteinlegung eine neue Ära in der Geschichte des Polizeipräsidioms Südosthessen beginnt. Die Baukosten in einem Gesamtvolumen von rund 162 Millionen Euro trägt ein privater Investor. Das Land wird Mieter in dem neuen Gebäude.





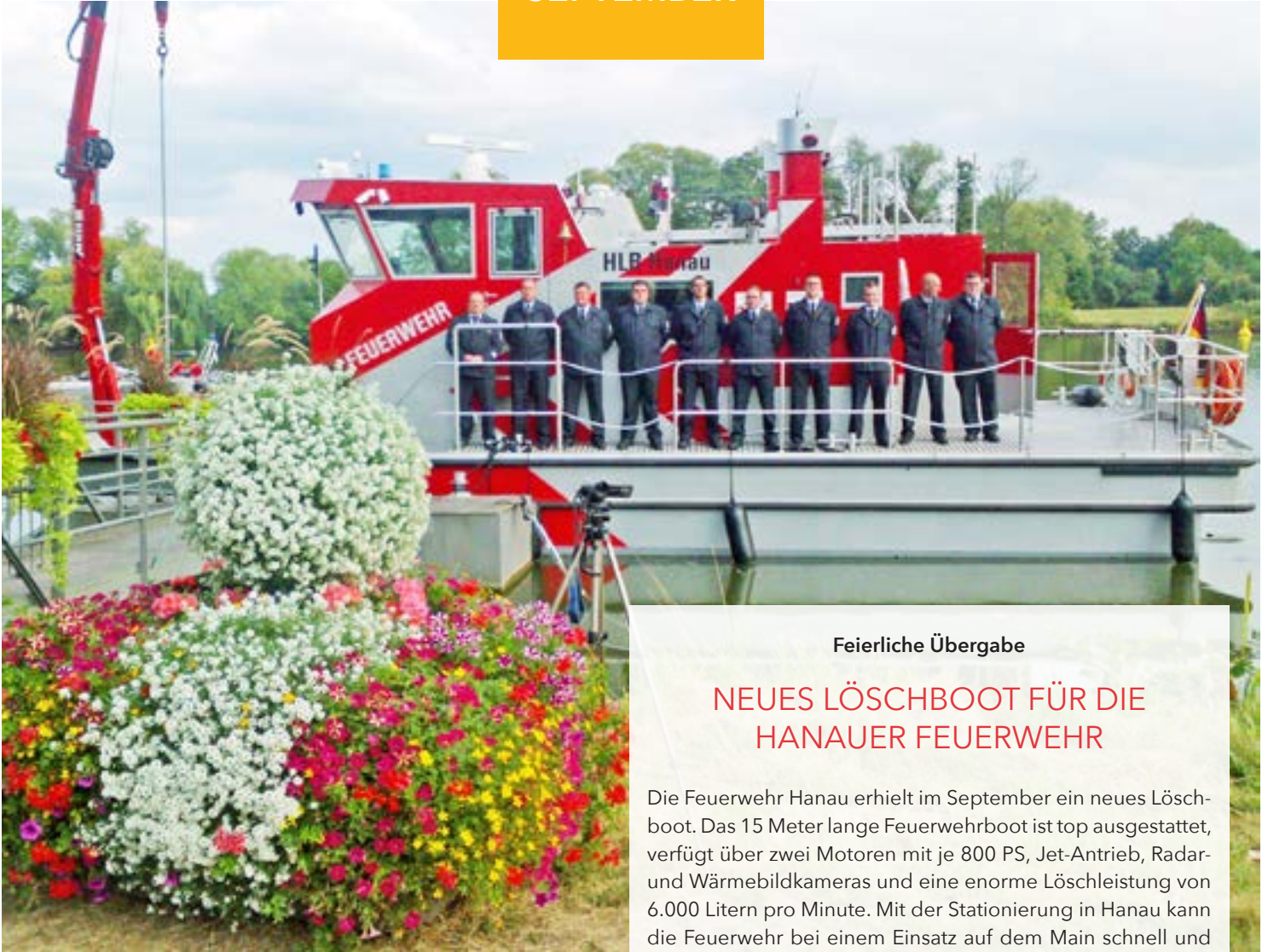
Hessischer Katastrophenschutzpreis 2018

HERAUSRAGENDES ENGAGEMENT AUSGEZEICHNET

Der Hessischen Katastrophenschutzpreis 2018 wurde auf dem Gelände der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) in Wiesbaden-Biebrich verliehen. Für ihr herausragendes Engagement wurde dabei die Fachgruppe „Wasser“ der Feuerwehr Frankfurt, bestehend aus Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehr Frankfurt-Rödelheim sowie des Ortsverbandes Frankfurt des Technischen Hilfswerks (THW), mit dem ersten Preis ausgezeichnet. Auf den Plätzen zwei und drei landeten der Regionalverband Mittelhessen der Johanniter Unfallhilfe sowie der Zweite Sanitätszug des Rheingau-Taunus-Kreises, der vom Malteser Hilfsdienst Oestrich-Winkel gebildet wird. Zudem erhielt Sven Janssen, DLRG-Beauftragter für den Katastrophenschutz, im Rahmen der Veranstaltung die Silberne Katastrophenschutz-Verdienstmedaille für sein hervorragendes langjähriges ehrenamtliches Wirken im hessischen Katastrophenschutz.

Im Rahmen der Preisverleihung übergab Minister Peter Beuth den Hilfsorganisationen Förderbescheide in einer Gesamthöhe von insgesamt 237.000 Euro zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben. Mit den Zuwendungen unterstützt das Land die Anschaffung der persönlichen Schutzausrüstung für die Helferinnen und Helfer. Zusätzlich erhalten die Landesverbände der Hilfsorganisationen einen Zuschuss zu den Verwaltungskosten sowie für kleinere Baumaßnahmen. Bereits im April erhielten die Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz eine Förderung von rund 423.000 Euro für die Ausbildung an organisationseigenen Ausbildungsstätten.





Feierliche Übergabe

NEUES LÖSCHBOOT FÜR DIE HANAUER FEUERWEHR

Die Feuerwehr Hanau erhielt im September ein neues Löschboot. Das 15 Meter lange Feuerwehrboot ist top ausgestattet, verfügt über zwei Motoren mit je 800 PS, Jet-Antrieb, Radar- und Wärmebildkameras und eine enorme Löschleistung von 6.000 Litern pro Minute. Mit der Stationierung in Hanau kann die Feuerwehr bei einem Einsatz auf dem Main schnell und effektiv reagieren. Mit der Übergabe des Hilfeleistungslöschboots (HLB) ist die Bundeswasserstraße Main zwischen der bayerischen Grenze in Mainflingen und der Stadt Offenbach noch sicherer geworden. Das Land Hessen hatte die Beschaffung des insgesamt 1,7 Millionen Euro teuren Löschbootes in Hanau mit einer Zuwendung in Höhe von einer Million Euro unterstützt. Neben der Förderung für die Anschaffung übernahm das Land die Ausbildungskosten für das Radarpatent und fördert die laufenden jährlichen Kosten mit einem festgelegten Fördersatz. Das Hilfeleistungslöschboot ist in Hanau stationiert, weil der bisherige Einsatzbereich des Feuerlöschbootes der Feuerwehr Frankfurt von Frankfurt bis zur hessisch-bayerischen Grenze zu groß war.

Die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie die Städte Karlsruhe und Hanau hatten 2012 eine Projektgemeinschaft gebildet, um den flächendeckenden Schutz auf der Bundeswasserstraße Main und Rhein zu verbessern. Hierzu wurde von allen beteiligten Projektpartnern eine gemeinsame Spezialanfertigung von vier neu konzipierten Hilfeleistungslöschbooten in Auftrag gegeben. Das Hilfeleistungslöschboot in Hanau war nach Ende der dreimonatigen Erprobungsphase das erste, welches offiziell in den Dienst gestellt wurde. Die Nutzung und Instandhaltung des neuen Hilfeleistungslöschbootes wird von der Feuerwehr Hanau übernommen, die über 275 Einsatzkräfte bei der Freiwilligen Feuerwehr sowie 65 Beschäftigte beim Hanauer Brandschutzamt verfügt.



Startschuss für das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum

MEILENSTEIN FÜR DIE HESSISCHE JUGENDFEUERWEHR

Der 15. September 2018 war ein großer Tag für die Hessischen Jugendfeuerwehren. In Marburg wurde der offizielle Spatenstich für den Bau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums vorgenommen. Mit dem Neubau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums (JFAZ) entsteht ein zeitgemäßes Lern- und Ausbildungszentrum im modernem Antlitz. Für die rund 7.000 ehrenamtlichen Jugendfeuerwehrwarte sowie Betreuer wird somit eine noch vielfältigere Angebotspalette geschaffen. Das Land baut auf dem ehemaligen Gelände der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) eine ganze Reihe moderner Gebäude für die Jugendfeuerwehrausbildung, in denen vor allem die Ausbilder und Ausbilderinnen der Jugendfeuerwehren geschult werden.

Die verbesserte Qualität der Ausbildung wird insbesondere den rund 25.000 Kindern und Jugendlichen der Jugendfeuerwehren zugutekommen. Die Gebäude stehen aber auch für die Lehrgänge der Hessischen Landesfeuerweherschule (HLFS) zur Verfügung. Dadurch werden Synergieeffekte erzielt und eine optimale Auslastung erreicht. Auch die Geschäftsstelle der Hessischen Jugendfeuerwehr wird am Standort beheimatet sein. An den Planungen wirken der Landesfeuerwehrverband und die Hessische Jugendfeuerwehr aktiv mit. Im ersten Bauabschnitt, für den 6,5 Millionen Euro bereit-

stehen, werden 42 Lehrgangplätze entstehen. Es ist beabsichtigt, in einem zweiten Bauabschnitt die Zahl der Lehrgangplätze auf 72 zu erhöhen. Das gesamte Gelände umfasst 13.400 Quadratmeter.

„Die hessischen Feuerwehren mit ihren über 2000 Jugendfeuerwehren freuen sich, dass heute der offizielle Startschuss für den Bau des Jugendfeuerwehrausbildungszentrums erfolgt. Damit wird eine moderne Anlage für die hessischen Jugendfeuerwehren errichtet, die eine zeitgemäße zentrale Aus- und Fortbildungsstätte für die Jugendfeuerwehren sein wird und insbesondere eine Zentrale für die überörtliche Jugendarbeit als auch Kinderfeuerwehren bietet. Wir bedanken uns bei der Hessischen Landesregierung sowie der Hessischen Landesfeuerweherschule herzlich für die Umsetzung“, sagte Dr. h.c. Ralf Ackermann, Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen.

Dass die Jugendfeuerwehren in Hessen auf einem guten Weg sind und sich das Engagement für den Nachwuchs lohnt, belegen aktuelle Zahlen. Im vergangenen Jahr konnten die Jugendfeuerwehren in Hessen erstmals seit Jahren ein Mitgliederplus von mehr als drei Prozent verzeichnen.





Zwei neue Löschfahrzeuge

AUCH ROTENBURGER FUHRPARK WIRD MODERNISIERT

Über gleich zwei Zuwendungsbescheide von Staatssekretär Werner Koch freute sich die Freiwillige Feuerwehr Rotenburg. Ein Bescheid in Höhe von rund 107.000 Euro diente der Beschaffung eines neuen Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeugs mit Druckzumischanlage (HLF 20 mit DZA). Mit einer weiteren Förderung in Höhe von 40.000 Euro unterstützte das Land einen Einsatzleitwagen (ELW 1). Der Staatssekretär dankte den Einsatzkräften für ihren Dienst. Mit dem Doppelhaushalt 2018/2019 wurde die Garantiesumme der Feuerchutzsteuer erhöht. Dafür standen weitere 5 Millionen Euro im Jahr 2018 und 10 Millionen Euro im Jahr 2019 zur Verfügung, sodass die Garantiesumme 2018 bei insgesamt 35 Millionen Euro lag und 2019 auf 40 Millionen angestiegen ist. Damit unterstreicht die Landesregierung ihr Bestreben, die hessischen Feuerwehren flächendeckend verlässlich zu unterstützen und zukunftsfähig aufzustellen.



Neues Löschfahrzeug

HLF 10 FÜR DIE BRANDSCHÜTZER AUS WALDEMS-ESCH

Zum Tag der Offenen Tür bei der Freiwilligen Feuerwehr Waldems-Esch überreichte Staatssekretär Werner Koch Bürgermeister Markus Hieß einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 50.000 Euro für die Beschaffung eines neuen Hilfeleistungs-Löschgruppenfahrzeugs HLF 10. Die Freiwillige Feuerwehr Esch besteht aus 35 aktiven Einsatzkräften, die Verantwortung für die Sicherheit von über 1.000 Einwohnern übernehmen. Im vergangenen Jahr wurden 25 Einsätze geleistet. „Mit der Zuwendung unterstützt die Hessische Landesregierung aktiv die hervorragende Arbeit der Escher Brandschützer, die mit einer Vielzahl komplexer Gefahrenlagen und Aufgaben konfrontiert sind. Das Engagement und die Bereitschaft, Tag für Tag, Nacht für Nacht für die Mitmen-



schen in Esch da zu sein, ist vorbildlich. Deshalb misst die Hessische Landesregierung dem Brand- und Katastrophenschutz eine besondere Bedeutung für die Gefahrenabwehr in Hessen bei“, betonte Werner Koch.

„ Dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind, sondern sich gut und zum Wohle Hessens ergänzen, zeigt sich in der energetischen Sanierung der Polizeidirektion in Eschwege, die nunmehr Energiekosten einspart und klimaneutral betrieben werden kann. Das Gebäude erfüllt neben einer besseren Energiebilanz auch alle funktionalen und sicherheitsrelevanten Anforderungen, die zu einer Optimierung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen beitragen. Damit sorgt das Land für eine gute Infrastruktur seiner Behörden, die Voraussetzung für ein sicheres Hessen sind.

WERNER KOCH



CO₂-saniert

BESSERE ENERGIEBILANZ AUCH BEI DER POLIZEI IN ESCHWEGE

Staatssekretär Werner Koch verlieh der Polizeidirektion Werra-Meißner in Eschwege die „CO₂-saniert“-Plakette des COMET-Programms (CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm). Das Dienstgebäude wurde seit 2015 für insgesamt 5,4 Millionen Euro energetisch saniert. Neben der Dämmung der Fassade, des Daches, der Installation einer Photovoltaikanlage sowie dem Austausch von Fenstern und Türen wurde für die Energieerzeugung eine moderne Pelletkessel-Anlage installiert. Darüber hinaus wurde das Dachgeschoss ausgebaut, die Wache umgebaut und Toiletten, Duschen und Umkleiden saniert. Durch den Einsatz regenerativer Energie und der Verwendung von Ökostrom kann das Gebäude CO₂-neutral betrieben werden.

Höchstpunktzahl von 15 Punkten

WERNER KOCH EHRT BESTE AUSZUBILDENDE

Die zehn landesbesten Auszubildenden in Verwaltungsberufen wurden Mitte September 2018 im Regierungspräsidium Gießen von Staatssekretär Werner Koch geehrt. Von insgesamt rund 600 Auszubildenden, die 2018 die Prüfung in den Verwaltungsberufen abgelegt hatten, erreichten sie die Höchstpunktzahl von 15 Punkten. Werner Koch gratulierte Sina Dittmann, Annika Dittmar, Catrina Dusing, Gregor Reuschling, Nadine Ripcke, Michelle Simon (Kauffrau/-mann für Büromanagement) sowie Saskia Alicia Dietz, Mareike Höhl, Sarah Lohrey, Luisa Polzer (Verwaltungsfachangestellte) zu dieser hervorragenden Leistung: „Sie haben die Ausbildung nicht einfach nur geschafft, Sie haben diese mit einem exzellenten Ergebnis abgeschlossen. Ihnen stehen jetzt viele Türen mit vielversprechenden Perspektiven offen.“





57 neue E-Autos

START DES GRÖßTEN E-PROJEKTS BEI DER HESSISCHEN POLIZEI

Hessens Polizei ist seit Ende September 2018 auch mit Elektroantrieb unterwegs. Innenminister Peter Beuth und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir übergaben auf dem Schloßplatz in Wiesbaden die neuen Elektrofahrzeuge offiziell an die Hessische Polizei. Insgesamt 57 E-Autos (26 reine Elektrofahrzeuge und 31 Hybride) wurden für den Polizeibereich angeschafft. Zusätzlich wurden bei der Hessischen Polizei 65 neue Ladepunkte für E-Autos umgesetzt, die auch von Bediensteten und ihren Privatfahrzeugen mitgenutzt werden dürfen, sofern keine dienstlichen Belange entgegenstehen. Die Landesregierung fördert mit diesen Maßnahmen die Erprobung der Elektromobilität. Aufgezeigt werden soll, wie attraktiv die Nutzung von E-Fahrzeugen ist. Nach Möglichkeit soll dabei Strom aus erneuerbaren Energiequellen zum Einsatz kommen, denn so ist diese Form der Mobilität nahezu klimaneutral.

An Einsatzfahrzeuge werden im Polizeibereich hohe Anforderungen gestellt und die Anwendungsszenarien der Polizei setzen die Fahrzeuge wiederkehrend extremen Bedingungen

aus. Die angeschafften Fahrzeuge werden u.a. bei den Polizeirevieren und -stationen als uniformierte Funkstreifenwagen mit polizeispezifischer Ausstattung ausgiebig getestet. Weitere zivile E-Autos werden seit September 2018 für Kurier- und Logistikfahrten sowie im Rahmen der Sicherheitsinitiative KOMPASS genutzt. Das Forschungsprojekt „Erprobung von Funkstreifenfahrzeugen bei Polizeirevieren und Polizeistationen“ wird von der Hochschule für Polizei und Verwaltung bis ins Jahr 2020 begleitet. Es soll hilfreiche Informationen zum möglichen und sinnvollen Einsatz von uniformierten Elektrofahrzeugen liefern. Das Ergebnis wird als Entscheidungsgrundlage für die weitere Elektrifizierung des polizeilichen Fuhrparks dienen.

Die Polizei Hessen hat mit Abstand den größten Fahrzeugbestand innerhalb der hessischen Landesverwaltung. Der Fuhrpark, der sich in einem kontinuierlichen Erneuerungszyklus befindet, umfasst rund 4.000 Fahrzeuge.

100. NSK Beratungsgespräch

LAND HILFT KOMMUNEN BEI DER ZUKUNFTSGESTALTUNG



Das Land Hessen unterstützt Nicht-Schutzschirmkommunen (NSK) in Haushaltsfragen. Im September erhielt die Gemeinde Grävenwiesbach das 100. NSK-Beratungsgespräch. Den Städten und Gemeinden wird seit 2015 eine vergleichende Haushaltsanalyse angeboten und Handlungsempfehlungen für die zukünftige Haushaltspolitik dargelegt. Die detaillierte Feinanalyse des jeweiligen Haushalts wird durch Experten des Kompetenzzentrums Interkommunale Zusammenarbeit (KIKZ) sowie des Hessischen Rechnungshofs vorgenommen. Seit 2015 und bis Ende September 2018 wurden 21 Gemeinden (> 5.000 Einwohner), 59 Kleinstädte (5.000 bis 20.000 Einwohner) und 20 Mittelstädte (< 20.000 Einwohner) beraten. Ziel jeder Haushaltsanalyse ist, dass die Kommunen ihre Handlungsfähigkeit wiedergewinnen, damit neue Spielräume für kluge Investitionen eröffnet werden können.

Polizeipräsidium für Technik

MODERNE UND INNOVATIVE BEHÖRDE WIRD UMBENANNT

Das Hessische Polizeipräsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) heißt seit Oktober 2018 Hessisches Polizeipräsidium für Technik (HPT). Auf der offiziellen Umbenennungsfestung würdigte Innenminister Peter Beuth die Behörde als modern und innovativ. Seit 2001 ist das Technikpräsidium für die Funktionssicherung der gesamten hessischen Polizei und damit für die sieben Flächenpräsidien und die drei zentralen Polizeibehörden (Landeskriminalamt, Bereitschaftspräsidium und Polizeiakademie) zuständig. Über 400 Fachkräfte, unter anderem bestehend aus Ingenieuren, Informatikern, Juristen sowie Polizei- und Verwaltungsbeamten sorgen dafür, dass die Einsatztechnik, die Ausstattung und polizeiliche Informations-

und Kommunikationstechnik für die rund 19.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Polizei stets zur Verfügung steht und den kommenden Herausforderungen auf hohem Niveau gerecht wird. Durch die Zusammenführung der Organisation der Einsatzmittel werden größtmögliche Synergieeffekte bei Beschaffung, Technik und Ausstattung in Quantität und Qualität gewährleistet. Im Polizeipräsidium für Technik kann unmittelbar auf polizeitaktische Gegebenheiten reagiert werden, was letztendlich zu einer standardisierten Ausstattung mit den Merkmalen Kompatibilität, Qualität und Wirtschaftlichkeit führt.



Ob Hubschrauber, Boote, Funkwagen, Anti-Terror-Schutzausstattung, leistungsstarke Mitteldistanzwaffen, Drohnen, Polizei-Messenger oder Body-Cam: das Polizeipräsidium ist für Anschaffungen aller Art bei der hessischen Polizei zuständig und hat sich seit Gründung im Jahre 2001 von einer Verwaltungsbehörde zu einem erfolgreichen und fortschrittlich denkenden Technikdienstleister der hessischen Polizei gewandelt. Das ‚Hessische Polizeipräsidium für Technik‘ steht sinnbildlich für die gesamte hessische Polizei, die aufgrund ihrer innovativen und modernen Ausstattung erfolgreich arbeiten kann. Den Weg der Modernisierung wollen wir weiter bestreiten und dafür Sorge tragen, dass unseren Schutzleuten auch der bestmögliche Schutz zuteil wird.

PETER BEUTH





57 neue Katastrophenschutz-Fahrzeuge

NÄCHSTE ETAPPE DER AUSSTATTUNGSOFFENSIVE

57 neue Einsatzfahrzeuge mit einem Gesamtwert von rund 4,7 Millionen Euro bekamen ehrenamtliche Helfer aus Feuerwehr und Katastrophenschutz im Oktober auf dem Gelände des Hessischen Innenministeriums überreicht.

Minister Peter Beuth überreichte die ersten 40 von insgesamt 80 neuen Mannschaftstransportwagen (**MTW-Bt**). Sie dienen dem Transport von Personal und Ausrüstung im Betreuungsdienst, der wichtige Hilfeleistungen für Betroffene (z.B. durch soziale Betreuung, Verpflegung, Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs oder vorübergehende Unterbringung) übernimmt.

Zudem konnten neun neue Gerätewagen-Taucher (**GW-Taucher**) überreicht und damit die Wasserrettung in Hessen gestärkt werden. Die GW-Taucher sind für den Transport der Taucher samt Schutzausrüstung (Tauchanzüge und -geräte) vorgesehen. In den kommenden Jahren werden diese Fahr-

zeuge zusätzlich mit neun Rettungsbooten (RTB Typ 2) ausgestattet. Um auch bei biologischen und chemischen Zwischenfällen schnell Hilfe leisten zu können, überreichte der Minister die ersten acht von insgesamt 27 Gerätewagen Gefahrstoff-ABC-Erkundung (**Typ GW ABC-Erk**) an die Gefahrstoff-Mess-Einheiten. Die ABC-Einheiten stellen die von radioaktiven, biologischen und chemischen Stoffen ausgehenden Gefahren fest und verhindern oder verringern die Auswirkung der Schäden auf Menschen, Tiere oder die natürlichen Lebensgrundlagen. Neben der Fahrzeugübergabe überreichte der Minister fünf **Förderbescheide** im Gesamtwert von 250.000 Euro zur Stärkung der organisationseigenen Vorhaltungen im Bereich Betreuung sowie die ersten von insgesamt 178 neuen **Navigationsgeräten** für die Einsatzfahrzeuge im Katastrophenschutz.



”

Mit der Übergabe von 57 neuen Einsatzfahrzeugen stärken wir den Fuhrpark der hessischen Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter und feiern die nächste Etappe unserer Ausstattungsoffensive. Die neuen Einsatzfahrzeuge sollen eine Motivationsquelle für die Kameradinnen und Kameraden vor Ort sein. Ohne die ehrenamtlichen Einsatzkräfte wäre ein flächendeckender, schlagkräftiger und schneller Schutz der Bevölkerung nicht möglich. Schließlich sind die zahlreichen ehrenamtlichen Einsatzkräfte das Rückgrat der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Hessen. Das Mindeste, was wir für Sie tun können, ist Ihnen die bestmögliche Ausstattung für ihre wichtige Arbeit zur Verfügung zu stellen. Das Land wird Sie in Ihrem Wirken auch weiterhin nach Kräften unterstützen“

PETER BEUTH



KOMPASS

WEITER REGER ZUSPRUCH FÜR SICHERHEITSINITIATIVE

Nachdem im September Hattersheim, Bad Soden, Rüsselsheim, Griesheim und Taunusstein der Sicherheitsinitiative KOMPASS des Hessischen Innenministeriums beitraten, begrüßte Innenminister Peter Beuth im Oktober des Jahres mit Bensheim und Stockstadt am Rhein zwei weitere Kommu-

nen, die sich um mehr Sicherheit und ein erhöhtes Sicherheitsgefühl in ihrer Stadt bemühen möchten. Bis Ende des Monats Oktober 2018 nahmen damit rund 20 Kommunen an KOMPASS teil.

Gemeinsam für mehr Sicherheit in Bensheim (v.l.n.r.): Stadtrat Adil Oyan (Stadt Bensheim), Abteilungsdirektor Dirk Engelhard (Polizeipräsidium Südhessen), Innenminister Peter Beuth, Landtagsabgeordnete Birgit Heitland und Bensheims Bürgermeister Rolf Richter.



Neben der Begrüßung als KOMPASS-Kommune nahm Minister Peter Beuth in Stockstadt am Rhein zusätzlich an der Einweihung der ersten von insgesamt 13 neuen LEON-Hilfeinseln teil. Hilfeinseln sind Geschäfte, Dienstleistungsbetriebe oder sonstige öffentlich zugängliche Einrichtungen, die als Anlauf-

stelle dienen, wenn sich Kinder in Gefahr befinden, von Fremden angesprochen werden oder sich verlaufen oder verletzt haben. Das Präventionsprojekt der Hessischen Polizei wird bereits in rund 70 hessischen Kommunen umgesetzt.



Auch Stockstadt am Rhein ist seit Oktober 2018 neue KOMPASS-Kommune (v.l.n.r.): Polizeidirektor Jörg Winter, Abteilungsdirektor Dirk Engelhard (Abteilungsdirektor Dirk Engelhard (Polizeipräsidium Südhessen), Minister Peter Beuth, Bürgermeister Thomas Raschel sowie Polizeidirektorin Kathrin Rahn.

Streifenboot „Hessen 3“

MODERNE POLIZEI MIT MODERNEN EINSATZMITTELN

Mit einem neuen Polizei-Streifenboot, der „Hessen 3“, ist die Wasserschutzpolizeistation Gernsheim auf dem Rheinkilometer 427 (Landesgrenze zu Baden-Württemberg und Hessen) bis 481 (Oppenheim/Kornsand) seit Oktober 2018 unterwegs. Innenminister Peter Beuth übergab das neue Einsatzfahrzeug. Als offizielle Taufpatin fungierte Hessens Sportlerin des Jahres, Carolin Schäfer.

Das neue High-Tech-Streifenboot ist mit der modernsten polizeilichen und nautischen Technik ausgestattet. Neben modernster Kommunikationstechnik inklusive einer Radaranlage mit unterlegter Flusskarte ist die „Hessen 3“ mit einem eingebauten Sonar-Echolot, einer Wärmebildkamera, einem leistungsstarken LED-Suchscheinwerfer sowie zwei unabhängigen Messsonden ausgestattet, die gefährliche Gase registrieren und einen Alarm auslösen können. Das neue Polizei-Streifenboot erreicht eine Dauerhöchstgeschwindigkeit von 50 km/h (27 Knoten) und kann voll betankt im Streifenbetrieb mehr als 80 Stunden fahren.



Das neue Einsatzfahrzeug folgt den in den Dienst gestellten Streifenbooten „Hessen 8“, „Hessen 6“ und „Hessen 4“. Im Frühsommer 2019 findet die Hessische Flotten-Modernisierung mit der Indienstellung der „Hessen 5“ an die Wasserschutzpolizei Rüdesheim seine Fortsetzung. Die Gesamtinvestitionen für alle fünf Streifenboote belaufen sich auf über vier Millionen Euro. Weitere 400.000 Euro investiert das Land derzeit für die Anschaffung von drei leistungsstarken Fest-rumpfschlauchbooten, die ebenfalls 2019 an die Wasserschutzpolizei Hessen übergeben werden.

Die Hessische Wasserschutzpolizei (WSP) ist eine Abteilung im Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium. Ihre Bootsflotte umfasst derzeit acht schwere und zwölf leichte Streifenboote, die fortwährend modernisiert werden. Die neue „Hessen 3“ zählt zu den schweren Streifenbooten. Schwerpunkt der Tätigkeit der WSP ist die Überwachung des Schifffverkehrs und des Umweltschutzes. Hierzu unterhält sie neben einer Zentralen Ermittlungsgruppe Wasserschutzpolizeistationen in Wiesbaden, Rüdesheim, Frankfurt und Gernsheim sowie Wasserschutzpolizeiposten in Weilburg, Waldeck und Kassel. Mit seiner Flotte stellt die Wasserschutzpolizei den ganzjährigen Dienstbetrieb auf den Flüssen und Seen sicher.

Innenminister Peter Beuth gemeinsam mit Polizeikommissarin und Siebenkämpferin Carolin Schäfer und dem Leiter der Wasserschutzpolizeistation Gernsheim, Michael Spahn, bei der Bootstaufe der „Hessen 3“.

A person is seen from behind, holding a lit Bengal firework. The firework is bright yellow and orange, with a large plume of white smoke rising from it. The background is a solid, vibrant red color. The person's hands are visible, holding the red handle of the firework. The overall scene is dramatic and intense.

Innenminister fordert:

„BENGALOS KÜNFTIG ALS SPRENGSTOFF ÄCHTEN“

Anlässlich der 42. Sportministerkonferenz im saarländischen St. Wendel forderte der Hessische Innen- und Sportminister Peter Beuth eine Strafverschärfung beim Einsatz von Pyrotechnik. Immer wieder wurden in den vergangenen Monaten Stadionbesucher sowie Einsatzkräfte durch das Abbrennen sogenannter „Bengalos“ im Stadion verletzt. „1.000 Grad heiße Pyros haben nichts mit Fankultur zu tun. In den Händen von gewalttätigen Chaoten verletzen sie nicht nur die Atemwege unschuldiger Stadionbesucher, sondern werden auch zu lebensgefährlichen Wurfgeschossen. Wenn die Vereine nicht in der Lage sind, ihre Stadien frei von Pyrotechnik zu halten, muss eben der Staat Konsequenzen ziehen und Bengalos künftig nach dem Sprengstoffgesetz behandeln und sie so weiter ächten“, erklärte Peter Beuth. Nach der

hessischen Initiative soll der Einsatz explosionsgefährlicher Stoffe in oder gegen Menschenmengen mit mindestens einem Jahr geahndet werden. Hierfür muss das Sprengstoffgesetz entsprechend geändert werden. Bisher wird das unerlaubte (soweit folgenlose) Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen als Ordnungswidrigkeit mit einem - von Land zu Land unterschiedlichen - Bußgeld behandelt.

Der Hessische Innen- und Sportminister hatte sich bereits 2017 auf der Sportministerkonferenz für eine Ächtung von Gewalt und Pyrotechnik in Sportstätten eingesetzt. Auf hessische Initiative hatten die Sportminister so einstimmig die Vereine zur konsequenten Umsetzung von Stadionverboten für gewaltsuchende Hooligans aufgefordert.

20. Herbstgespräch

**EXTREMISTEN SUCHEN BÜNDNISSE
MIT NICHT-EXTREMISTEN**

Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat beim 20. Herbstgespräch des Landesamtes für Verfassungsschutz vor den neuen Strategien der Extremisten gewarnt. Extremismus sei heutzutage oft nur auf den zweiten Blick als solcher zu erkennen. Es bedürfe daher gut aufgestellter Sicherheitsbehörden sowie einer sensiblen und wachsamem Gesellschaft, die eine eindeutige Grenzziehung zum Extremismus aktiv einfordere.

In allen extremistischen Phänomenbereichen sei festzustellen, dass Extremisten verstärkt Bündnisse mit nicht-extremistischen Gruppen eingehen wollen, um ihre verfassungsfeindlichen Ziele in die gesellschaftliche Debatte einsickern zu lassen. Dies zeige sich im Islamismus, wo Muslimbrüder sich als Integrationspartner anböten und damit ihr Eintreten für einen Gottesstaat nach islamischem Recht verschleiern. Ebenso trete die Bündnispolitik der Extremisten im Linksextremismus zu Tage, wo bewusst gesamtgesellschaftlich relevante und akzeptierte Themen wie „Kampf gegen Rassismus“ oder „Kampf für bezahlbaren Wohnraum“ dazu genutzt werden, um auch Nicht-Extremisten zu mobilisieren. Verfassungsfeindliche Gruppierungen wie Linksextremisten, die rechtsextremistische Identitäre Bewegung oder die islamistische Realität Islam versuchten durch ein modernes Erscheinungsbild und Internet-Kampagnen ihren extremistischen Gehalt zu verschleiern. Mit ihrem frechen, selbstbewussten Auftreten habe sie das Potenzial, junge Menschen aus dem demokratischen Spektrum anzusprechen und mit links- und rechtsextremistischen Positionen in Kontakt zu bringen.



” Wenn Extremisten ihre verfassungsfeindlichen Gesichter hinter gefälligen Masken verbergen, um junge Leute auf ihre Seite zu ziehen, müssen bei uns alle Alarmglocken läuten. Es ist daher wichtig, dass wir extremistische Botschaften frühzeitig als solche entlarven und brandmarken. Der Verfassungsschutz leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Wir sollten uns aber auch vergegenwärtigen, dass es nicht nur an der attraktiven Werbung der Verfassungsfeinde liegt, wenn Extremisten Konjunktur haben. Wir müssen unseren Blick auch auf jene richten, die behilflich sind, die Grenzen zwischen Extremismus und Demokratie aufzuweichen“

PETER BEUTH



Digitalisierung

REGIERUNGSPRÄSIDIEN WERDEN „DIGITALE MODELLBEHÖRDEN“

Die zunehmende Digitalisierung der Arbeits- und Lebenswelten und der demografische Wandel verändern auch die Landesverwaltung. Das Projekt „Digitale Modellbehörden“ ist im November 2018 an den Start gegangen. Es hat die vollständige Digitalisierung von Serviceleistungen der hessischen Verwaltung zum Ziel. Die Regierungspräsidien wurden als „Digitale Modellbehörden“ ausgewählt, um die Weiterentwicklung zu einem noch attraktiveren digitalen Service für Bürger, Unternehmen, Kommunen und andere verwaltungsinterne Kunden modellhaft zu vollziehen.

Verwaltungsaufgaben und Dienstleistungen sollen in den kommenden Jahren Schritt für Schritt digitalisiert werden. Das Land will damit noch effizientere Strukturen in den Behörden schaffen. So werden letztlich alle Bürgerinnen und

Bürger sowie Unternehmen in Hessen von diesen Modernisierungsschritten der Verwaltung profitieren, um Verwaltungsvorgänge jederzeit, einfach, bequem und sicher von zu Hause aus erledigen zu können. Die Regierungspräsidien eignen sich für das Modellprojekt besonders gut, da ihr umfangreiches Leistungsspektrum sehr viele Bereiche der Landesverwaltung abdeckt und auf viele weitere Behörden ausstrahlt. Nach Abschluss des 2018 gestarteten Vorprojektes sieht das Hauptprojekt in den Jahren 2019 und 2020 die schrittweise Digitalisierung ausgewählter Prozesse und Verwaltungsleistungen in den drei hessischen Regierungspräsidien vor. Die Ergebnisse und Grundlagen der Digitalen Modellbehörde sollen ab dem Jahr 2021 sukzessive als neues Modell für die Digitalisierung der gesamten Landesverwaltung dienen.



Polizeisportlerehrung

MAREIKE THUM IST „HESSENS POLIZEISPORTLERIN DES JAHRES“

Mareike Thum, Polizeikommissarin und Weltmeisterin im 1.000 Meter Sprint im Inline-Speedskating, ist Hessens Polizeisportlerin des Jahres. Das gab Innen- und Sportminister Peter Beuth im Rahmen der Ehrung von 96 erfolgreichen Polizeisportlerinnen und Polizeisportlern im Schloss Biebrich in Wiesbaden bekannt.

Seit 17 Jahren findet jährlich die Ehrung erfolgreicher hessischer Polizeisportlerinnen und Polizeisportler durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport persönlich statt. Mit Einführung der Sportfördergruppe im Jahre 2005 wurden der Spitzensportförderung in der hessischen Polizei feste Strukturen gegeben. Dadurch konnten viele junge Talente in den unterschiedlichsten Disziplinen gefördert und ihnen eine berufliche Absicherung geben werden.

Polizeisportlerin oder Polizeisportler der vergangenen zehn Jahre

Jahr	Name	Disziplin
2008	Christian Reitz	Schießen
2009	Ariane Friedrich	Leichtathletik (LA)/Hochsprung
2010	Jenny Mensing	Schwimmen
2011	Christian Reitz	Schießen
2012	Kathrin Klaas	LA/Hammerwerfen
2013	Yvonne Ruch	Kegeln
2014	Anna-Laethisia Schimek	Speedskating
2015	Christian Reichert	Schwimmen
2016	Christian Reitz	Schießen
2017	Carolin Schäfer	Leichtathletik/Siebenkampf
2018	Mareike Thum	Inline-Speedskaten

Um die hohen Anforderungen des Studiums auf der einen Seite und des Spitzensports mit Training und Wettkämpfen auf der anderen Seite zu vereinbaren, wurde das duale Studium bei der hessischen Polizei um eineinhalb Jahre auf viereinhalb Jahre verlängert. Ende 2018 gab es fünf Sportfördergruppen mit insgesamt 41 hessischen Spitzensportlerinnen und -sportlern im Studium. Darüber hinaus wurden noch weitere 20 hessische Sportlerinnen und Sportler in der Berufsausübung als Spitzensportlerinnen und -sportler gefördert.



” Mit Mareike Thum zeichnen wir dieses Jahr nicht nur eine Meisterin ihrer Disziplin, sondern auch eine Weltmeisterin als Hessens Polizeisportlerin des Jahres aus. Sie hat bereits bei den World Games 2017 in Breslau Gold auf der 500 Meter-Strecke geholt und nun auch bei der Weltmeisterschaft im niederländischen Heerde über 1.000 Meter den Weltmeistertitel eingefahren. Sie steht beispielgebend für den Erfolg der hessischen Sportfördergruppe und verdeutlicht, wie wichtig und richtig diese Sportförderung innerhalb der hessischen Polizei ist.

PETER BEUTH

Sportminister Peter Beuth und der Vorsitzende des Hessischen Polizeisportausschusses, LtD. PD Peter Schmidt, gratulieren Inline-Speedskaterin Mareike Thum zur Auszeichnung „Hessens Polizeisportlerin des Jahres 2018“.



Europäische Union

PROGRAMM „SPORT UND FLÜCHTLINGE“ GEWINNT #BEINCLUSIVE SPORT AWARD

Das bundesweit einmalige Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ des Landes Hessen gewann Ende November in Brüssel den #BeInclusive Sport Award der Europäischen Union. Das Förderprogramm wurde aus insgesamt 111 Bewerbungen zum Sieger gekürt. Die EU würdigt damit den Beitrag des Förderprogramms für die Integration von Flüchtlingen in Hessen.

Der #BeInclusive Sport Award wird an Projekte und Initiativen vergeben, die den Sport als Mittel nutzen, um sozial benachteiligten Gruppen gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Kriterien sind dabei unter anderem Wirkung und Reichweite der Projekte, ihre Nachhaltigkeit sowie der innovative Ansatz. Das Programm „Sport und Flüchtlinge“ wurde 2016 im Zuge der großen Flüchtlingsströme zusammen mit dem Kooperationspartner Sportjugend Hessen ins Leben gerufen. Das Land Hessen unterstützt damit Sport- und Bewegungsangebote mit Flüchtlingen in den hessischen Städten und Gemeinden und trägt so zur Integration der Flüchtlinge bei. Das Förderprogramm hat einen Haushaltsansatz von 2,4 Millionen Euro jährlich.

Bundesweit sticht es sowohl hinsichtlich seiner Struktur als auch der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel hervor. Zentrales Element sind die sogenannten Sport-Coaches. Sie fungieren als Netzwerker, die die Interessen der Beteiligten vor Ort im Bereich Flüchtlinge und Sport (Gemeinde, Sportvereine, Asylbetreuung, Flüchtlingsinitiative, Flüchtlinge)



bündeln. Über die regelmäßige Teilnahme an speziell auf die Arbeit mit Flüchtlingen ausgerichteten Schulungen der Sportjugend Hessen ist die gleichbleibend hohe Qualität ihrer Arbeit gewährleistet. Derzeit sind rund 300 Sport-Coaches aktiv.

Mit den Fördermitteln aus dem Programm „Sport und Flüchtlinge“ können die hessischen Kommunen Aufwandsentschädigungen für die Sport-Coaches und Übungsleiter sowie Sachmittel für die Sport- und Bewegungsangebote finanzieren. Seit dem Start 2016 nehmen jährlich rund 250 und damit mehr als die Hälfte der hessischen Gemeinden an dem Landesprogramm teil. „Sport und Flüchtlinge“ wird auch im Jahr 2019 fortgeführt.

Wiesbaden

WAFFENVERBOTSZONEN IN DER LANDESHAUPTSTADT

Im Kampf gegen Waffengewalt hatte Hessens Innenminister Peter Beuth 2018 auf der Innenministerkonferenz (IMK) in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) erfolgreich für ein bundesweit einheitliches Vorgehen zur Einrichtung von Waffenverbotszonen geworben. Hessen hatte daraufhin auf Landesebene die nötigen Voraussetzungen geschaffen, damit Kommunen selbstständig Waffenverbotszonen an bestimmten Plätzen einrichten können. Im Dezember entschied die Landeshaupt-

stadt Wiesbaden in ihrer Stadtverordnetenversammlung, Waffenverbotszonen an bestimmten Örtlichkeiten in der Innenstadt einzurichten. Innenminister Peter Beuth lobte dieses Vorgehen gegen Waffengewalt. Es habe Signalwirkung für Hessen und Deutschland. Wichtig sei, dass die Verantwortungsträger in den Kommunen den Kontrolldruck durch eine starke Präsenz der Ordnungsbehörden gemeinsam mit der Landespolizei sicherstellen.



Schutzschleifen-Kampagne

SOLIDARITÄTS-AKTION FÜR EINSATZKRÄFTE IN BAD HOMBURG

Mit einer Solidaritätsaktion warb die Stadt Bad Homburg im Dezember um mehr Rückendeckung für Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehren und Rettungsdiensten. Die von der Stadt konzipierten Schutzschleifen-Plakate wurden an den Bad Homburger Feuerwehrhäusern sowie an ausgewählte Kreuzungen im Stadtgebiet gut sichtbar platziert. Zusätzlich führte die Stadt zusammen mit der Feuerwehr Bad Homburg sowie dem Kreisfeuerwehrverband Hochtaunus Aktionen in der Fußgängerzone durch. Als Zeichen der Solidarität für Einsatz-

kräfte hatte Hessen 2016 die „Schutzschleife“ entwickelt, die mittlerweile deutschlandweit über 70.000 Mal verteilt und zuletzt auch vom Bundesland Saarland eingeführt wurde. Innenminister Peter Beuth besuchte die Solidaritäts-Aktion und lobte die Verantwortlichen für ihren Einsatz: „Ich bin sehr froh und dankbar, dass die Stadt Bad Homburg und der Hochtaunuskreis die Landeskampagne aufgreifen und mit einer eigenen Plakataktion öffentlich zu mehr Solidarität mit Einsatzkräften aufrufen“, so der Minister.



Mit Großflächenplakaten machte die Stadt Bad Homburg vor der Höhe auf die Schutzschleifen-Kampagne des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport aufmerksam.



Sportplakette 2018

**LAND WÜRDIGT EINSATZ
FÜR DEN SPORT**

Sieben Sportlerinnen und Sportler, ein Sportteam und fünf ehrenamtlich engagierte Frauen und Männer wurden im Dezember mit der Sportplakette des Landes Hessen geehrt. Seit 40 Jahren verleiht das Land Hessen diese Auszeichnung an die besten und engagiertesten Vertreterinnen und Vertreter aus dem Leistungs- und Breitensport. Das Frankfurter Festhallen-Reitturnier, für dessen Ausrichtung der Minister einen Zuwendungsbescheid in Höhe von 50.000 Euro übergab, bot eine würdige Kulisse für eine der höchsten Auszeichnungen des Landes im Bereich des Sports.

Zur Anerkennung sportlicher Leistungen und zur Anerkennung besonderer Verdienste um den Sport in Hessen wurde die Sportplakette des Landes Hessen gestiftet. Sie wird jährlich an Personen oder Mannschaften verliehen, die nach internationalen und nationalen Maßstäben sportliche Höchstleistungen erzielt haben und durch ihre sportliche Haltung Vorbild sind, sowie an Personen, die sich in langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit in Vereinen und Verbänden um die Jugend- oder Breitenarbeit im Sport besonders verdient gemacht haben.

„ Mit der Sportplakette ehren wir herausragende hessische Spitzensportler sowie engagierte Verbands- und Vereinsvertreter, die in der vergangenen Zeit Höchstleistungen im Sport oder jahrzehntelangen Einsatz im Ehrenamt gezeigt haben. Sie sind Aushängeschilder des Sportlandes Hessen, tolle Botschafter für sportliche Betätigung und Vorbilder eines sauberen wie fairen Sports. Mit ihrer Hingabe für den Sport verkörpern unsere Preisträger all das, was Millionen Menschen in unserem Land bewegt und motiviert. Ob sie unter dem Jubel Tausender im Stadion Höchstleistungen vollbringen oder hinter den Kulissen dafür Sorge tragen, dass Kinder die Passion für den Sport entdecken können: Sie alle sind Vorbilder.

PETER BEUTH

Preisträger Sport 2018:

Anna Elendt (DSW 1912 Darmstadt)	Schwimmen
Reva Foos (DSW 1912 Darmstadt)	Schwimmen
Sophia Krause (Limburger Club für Wassersport)	Rudern
Thade Rosenfeld (Tischball-Sportgruppe Marburg)	Tischball
Lea Tkaltschewitsch (TSG 1855 e.V. Neu Isenburg)	Rhythm. Sportgymnastik
Sina Tkaltschewitsch (TSG 1855 e.V. Neu Isenburg)	Rhythm. Sportgymnastik
Eduard Trippel (Judo-Club Rüsselsheim e.V.)	Judo
SSG Blista Marburg	Goalballteam

Preisträger Ehrenamt 2018:

Rainer Boos (Hessischer Fußball Verband e.V.)	Fußball
Horst Klee (FV Biebrich 02)	Fußball
Bernd Klenke (FTSV Heckershausen 1890 e.V.)	Tischtennis und Fußball
Angela Pohl (BSG Groß-Gerau e.V.)	Tanzsport
Markus Zaumbrecher (SSG Blista Marburg/Blau-Gelb Marburg)	Judo

UNSERE FEUERWEHREN DES JAHRES 2018

In Hessen sind derzeit über 70.000 Brandschützer in mehr als 2.400 Feuerwehren tätig. Dieses unschätzbare Engagement unterstützt das Land mit zahlreichen Förderungen, Maßnahmen und Kampagnen. Mit der Auszeichnung „Feuerwehr des Monats“ will das Land einerseits die unverzichtbare Arbeit der Brandbekämpfer wertschätzen und andererseits potentielle neue Mitglieder für den freiwilligen Dienst zum Wohle der Allgemeinheit begeistern. Hessische Feuerwehren, die tolle Aktionen durchgeführt, außergewöhnliche Ideen auf den Weg oder umgesetzt haben können sich für die Auszeichnung bewerben. Der Preis ist mit einer Prämie von 500 Euro dotiert.



Januar 2018: Freiwillige Feuerwehr Marburg

Mit zwei kleinen Trailern warb die Einsatzabteilung der Feuerwehr Marburg sowie die Jugendfeuerwehr um neue Mitglieder. Beide Filme waren Teil einer Werbekampagne mit dem Titel „Helden des Alltags“. Sie zeigen „Marburger Lokalkolorit“ und wurden im Marburger Cineplex gezeigt. Für die Initiative ehrte das Land die Brandschützer aus Marburg mit dem Titel „Feuerwehr des Monats Januar 2018“.



Februar 2018: Freiwillige Feuerwehr Gießen

Die Höhenretter der Schnelleinsatzgruppe Spezielle Rettung (SEG SR) der Freiwilligen Feuerwehr Gießen hatten sich kurz vor Weihnachten unter dem Arbeitstitel „#OperationFlying-Santa“ als Nikoläuse verkleidet, von einer Kinderklinik abgeseilt und von außen in die Zimmer der kleinen Patienten geschaut. Später überbrachten die „Feuerwehr-Weihnachtsmänner“ den Mädchen und Jungen, die krankheitsbedingt über die Feiertage nicht nach Hause konnten, kleine Schokoladennikoläuse und beschäftigten sich noch lange mit ihnen. Für einen kurzen Moment war so der Klinikalltag vergessen.



März 2018: Freiwillige Feuerwehr Allendorf/Hardtberg

Bereits vor zehn Jahren begannen die Feuerwehren aus Allendorf/Hardtberg und Dainrode aus eigenen Stücken eine Diskussion zur **Erhaltung der Einsatz- und Zukunftsfähigkeit** ihrer kleinen Ortsteil-Feuerwehren. Schon damals war der demografische Wandel in den beiden, knapp 180 Einwohner zählenden, Ortsteilen zu erkennen. Schritt für Schritt näherten sich die Kameradinnen und Kameraden an. So wurden der Alarmplan synchronisiert sowie Einsätze gemeinsam und erfolgreich gemeistert. Letztendlich führte man auch Übungen zusammen durch und entschied sich im letzten Schritt einstimmig zu einem Zusammenschluss der beiden Ortsteil-Feuerwehren, der das ohnehin schon vorhandene Gemeinschaftsgefühl nochmals verstärkt. Durch diese Verbindung ist der Brandschutz in Allendorf/Hardtberg und Dainrode auch künftig gesichert.



April 2018: Freiwillige Feuerwehr Wetzlar

Innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr Wetzlar hatte sich eine Arbeitsgemeinschaft von medieninteressierten Einsatzkräften gebildet, die die Öffentlichkeitsarbeit der Brandschützer auf ein neues Level hieften und die Feuerwehr modern und transparent darstellt. Die **„AG für Bevölkerungsinformation und Medienarbeit“** hat das Wesen der Feuerwehr nach außen stärker wahrnehmbar gemacht. Dafür wurde ein Logo entwickelt, eine neue Homepage erstellt, Social-Media-Auftritte gebündelt und eine Kampagne zur Mitgliedergewinnung aufgelegt. All diese Maßnahmen bewirkten, dass das Engagement der Brandschützerinnen und Brandschützer noch stärker in den Fokus gerückt wird und sich das ohnehin schon vorhandene Gemeinschaftsgefühl nochmals verstärkte.



Mai 2018: Kreisjugendfeuerwehr Waldeck-Frankenberg

Die Nachwuchs-Brandschützerinnen und -Brandschützer der Kreisjugendfeuerwehr Waldeck-Frankenberg führten in allen Grund- und weiterführenden Schulen des Landkreises Aktionen zur Mitgliedergewinnung durch. In 18 von 22 Kommunen des Kreises waren sie aktiv und haben **in den Schulen für die Feuerwehr geworben**. Mit Unterstützung von ‚Captain Firefighter‘ und ‚Hydro-Girl‘ sowie zahlreichen Materialien konnten viele neue Mitglieder für die Jugendfeuerwehren geworben werden. Ein Zuwachs von 77 Jugendlichen auf rund 1.469 Jugendliche zeigte, dass sich der Aufwand lohnt hat.



Juni 2018: Freiwillige Feuerwehr Bebra-Gilfershausen

Mit der Idee einen **Kinderspielplatz** unter dem Motto Feuerwehr vor dem Dorfgemeinschaftshaus zu errichten, haben die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Bebra-Gilfershausen die Begeisterung bei vielen Kindern für die Ortsteil-Feuerwehr entfacht. Den Löschminis gehören mittlerweile 13 Kinder an. Neben dem erfolgreichen Nachwuchs haben sie es aber auch geschafft, zahlreiche Eltern von der Wichtigkeit und Attraktivität einer starken Freiwilligen Feuerwehr zu überzeugen. Nicht ohne Grund hat sich die Stärke der Einsatzabteilung seit 2012 von 14 auf 28 Aktive verdoppelt. In beinahe jeder Familie in Gilfershausen hat jemand etwas mit der Feuerwehr zu tun.



Juli 2018: Freiwillige Feuerwehr Rosbach

Die Freiwillige Feuerwehr Rosbach hat es 2017 und 2018 verstanden, die **Arbeitgeber der Stadt für den Brandschutz zu sensibilisieren** und damit die Tagesalarmbereitschaft deutlich gestärkt. So wurden Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft und städtische Angestellte, die Mitglied in einer Feuerwehr außerhalb Rosbachs sind, davon überzeugt in die Freiwillige Feuerwehr Rosbach einzutreten, um die Verfügbarkeit von Tagesalarmkräften zu erhöhen. In diesem Zuge konnten auch Neueinsteiger gewonnen werden. Durch die aktive Ansprache ist die Tagesalarmbereitschaft von sechs verfügbaren Einsatzkräften auf 17 deutlich angestiegen. Dieses Engagement der Freiwilligen Feuerwehr Rosbach war beispielgebend für ganz Hessen.



August 2018: Freiwillige Feuerwehr Neukirchen-Seigertshausen

Die Freiwillige Feuerwehr Neukirchen-Seigertshausen erhielten die Auszeichnung für ihre kreative Nachwuchsarbeit: Die Freiwillige Feuerwehr hat für ihre Kinderfeuerwehr in fast 300 Stunden ehrenamtlicher Arbeit einen alten Bollerwagen zu einem voll funktionsfähigen **Minilöschfahrzeug** umgebaut. Das Fahrzeug ist mit allem ausgestattet, was man für die Arbeit in der Kinderfeuerwehr benötigt. Mit dem selbstgebauten Minilöschfahrzeug stellt die Freiwillige Feuerwehr nicht nur ihre Kreativität unter Beweis, sondern stärkt damit auch ihre Nachwuchsarbeit.



September 2018: Freiwillige Feuerwehr Höchst im Odenwald

Die Brandschützer aus dem Odenwald haben den **Feuerwehrynachwuchs fest im Blick** und engagieren sich vorbildlich, um neue Mitglieder für ihre Einsatzabteilung zu gewinnen. So führten die Kameradinnen und Kameraden etwa einen Aktionstag mit ihren Nachwuchsabteilungen in der Grundschule durch, stellten dabei die wichtige Aufgabe der Feuerwehren vor und verteilten Gutscheine für einen Aktionstag im Feuerwehrhaus. Hierfür und für zahlreiche weitere tolle Maßnahmen wurde die Freiwillige Feuerwehr Höchst als „Feuerwehr des Monats September“ ausgezeichnet.



Oktober 2018: Freiwillige Feuerwehr Dreihausen

Mit ihrem Imagefilm unter dem Titel „**Ein Team. Eine Aufgabe. Ihre Sicherheit.**“ hatten die Brandschützer der Freiwilligen Feuerwehr Ebsdorfergrund-Dreihausen nicht nur deutlich gemacht, dass die Mitarbeit in einer Feuerwehr etwas ganz Besonderes ist. Mehr noch hatten die kleinen und großen Kameradinnen und Kameraden eindrucksvoll dargestellt, dass sie sich als eine Feuerwehrfamilie verstehen, die mit großer Begeisterung und Lust ans Werk geht und Gemeinschaft lebt.



November 2018: Freiwillige Feuerwehr Niedernhausen

Die Freiwillige Feuerwehr Niedernhausen wurde als „Feuerwehr des Monats November“ ausgezeichnet. Die Brandschützer hatten mit einer „**Löscheimer**“-Aktion in ihrer Heimatgemeinde auf die Notwendigkeit eines funktionierenden Brandschutzes aufmerksam gemacht. Mit dem bewusst provokanten Hinweis, mit dem „Löscheimer“ doch eine Eimerkette zu bilden, wenn keine Feuerwehr mehr komme, konnte die Freiwillige Feuerwehr Niedernhausen zahlreiche neue aktive Mitglieder und auch passive Unterstützer für ihre wichtige Aufgabe gewinnen.



Dezember 2018: Freiwillige Feuerwehr Obertiefenbach

Die Freiwillige Feuerwehr Beselich-Obertiefenbach (Landkreis Limburg-Weilburg) wurde im Dezember als „Feuerwehr des Monats“ ausgezeichnet. Die Brandschützer sind seit nunmehr über 130 Jahren ein Garant im Notfall- und Katastrophensystem der Gemeinde und hatten mit zahlreichen Maßnahmen und Aktionen zur Stärkung der Wehr beigetragen. Unter anderem entwickelten sie ein **Patenschaftsmodell**, welches eine enge Bindung der Nachwuchsbrandschützer an die Einsatzabteilung sichert.

Herausgeber

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

Redaktion

Benjamin Crisolli, Michael Schaich, Marcus Gerngroß

Internetabruf

www.innen.hessen.de

E-Mail-Adresse

pressestelle@hmdis.hessen.de

Gestaltung & Realisation

Grütmacher GmbH, Agentur für Digital- und Printmedien,
Frankfurt

Bildnachweis

Seite 22, 34, 35, 38, 43, 51, 65: fotolia.com;
18 & 36: picture alliance;
35: Deutsche Sport Marketing GmbH;
24 und 67: L.F. Postl;
37: Wissenschaftsstadt Darmstadt;
41: Feuerwehr FFM; 42: LFV Hessen;
44: Feuerwehr Hanau; 45: Fotolia;
50: Radrennen Eschborn-Frankfurt;
50: Eintracht Frankfurt e.V.; 54: Isb h;
55: HTV; 56: Weisser Ring e.V.;
80: Shutterstock; 85: iStock

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags und Kommunalwahlen so wie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

www.innen.hessen.de